

Chile im Wandel?

Dokumentation des Thementags
der stiftung medico international und der
Katholischen Akademie Rabanus Maurus



Chile im Wandel?

Am 11. September 2013 jährte sich zum vierzigsten Mal der Militärputsch in Chile. Unter Führung von General Pinochet wurde die Regierung unter Salvador Allende gestürzt. Damit wurde ein politisches Experiment gewaltsam beendet, das die Verwirklichung der politischen und sozialen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt seines Handelns gestellt hatte. Dabei verfolgte die Diktatur nicht nur die politischen Feinde auf brutale Weise, sondern installierte ein neoliberales Gegenmodell. Die Diktatur Pinochets gibt es nicht mehr. Das Diktat des neoliberalen Modells aber hat nach wie vor Verfassungsrang. Die Privatisierung der einst öffentlichen Daseinsvorsorge u.a. im Bildungs- und Gesundheitssektor spaltet die Gesellschaft und ist Gegenstand von heftigen Auseinandersetzungen.

Nach Jahren des politischen Stillstands haben sich neue soziale Bewegungen entwickelt. Mit erstaunlicher Beharrlichkeit demonstrieren SchülerInnen und StudentInnen für das Recht auf Bildung, kämpfen Stadtbevölkerungen gegen die weitere Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur wie Wasser und Gas, will die Mapuche-Bevölkerung ihre verbrieften Rechte gegen das Primat der „Wirtschaftsinteressen“ durchsetzen. Gibt es eine gemeinsame Basis für diese neuen demokratischen und sozialen Bewegungen und wie nachhaltig sind sie? Welche Spuren haben die schweren Menschenrechtsverletzungen der Diktatur bis heute in Politik, Gesellschaft und Individuen hinterlassen? Welche allgemeinen Lehren lassen sich aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte im Modelland des Neoliberalismus ziehen?

Veranstalter:

stiftung medico international in Kooperation mit der Katholischen Akademie Rabanus Maurus

Kontakt:

Katja Maurer und Monika Hufnagel

medico international, Burgstraße 106, 60389 Frankfurt, Tel. 069 94438-0

info@medico.de | www.medico.de

Inhalt

Katja Maurer:

Begrüßung 4

Carlos Pérez Soto:

Vierzig Jahre Neoliberalismus in Chile 6

Miguel Castello:

Chile, la alegría (neoliberal) ya viene 20

Marcelo Henriquez Kries:

Die juristische Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen 26

Michael Ramminger:

Eine Chronologie der chilenischen Kirche von Unten 30

Pavel Eichin:

Como aprendí a ser chileno 33

medico-Projekte in Chile 42

Begrüßung

Zur persönlichen und politischen Bedeutung der chilenischen Geschichte und Gegenwart.

Katja Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich begrüße Sie, hier im Haus am Dom in Frankfurt, im Namen der stiftung medico international zur Tagung „Chile im Wandel?“.

Wir haben uns anlässlich des 40. Jahrestages des Militärputsches in Chile zusammengefunden. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Tagung war dies ein einschneidendes Ereignis. Hier sind Opfer oder Angehörige von Opfern der Diktatur, chilenische Exilanten oder Kinder von Exilanten. Und es gibt Menschen wie mich. Ich erinnere mich nicht nur gut, wie die ersten Chilenen nach Frankfurt ins Exil kamen. Sie waren zum Teil untergebracht in Zeilsheim, wo nach dem zweiten Weltkrieg jüdische Überlebende der Konzentrationslager lebten. Ich weiß auch, dass wir als junge linke Schüler in dem Putsch die Wiederkehr des Faschismus sahen. Und das rührte in uns die Erinnerung an die eigene deutsche Geschichte der Nazi-Herrschaft an, die doch 1973 noch nicht so fern war, wie sie heute erscheint. Unsere Solidarität mit den verfolgten Chileninnen und Chilenen schien uns so auch ein Stück Befreiung von der Last der eigenen Geschichte.

Heute jedoch wollen wir uns mit dem Jahrestag des Putsches nicht in erster Linie mit diesen Fragen beschäftigen. Ausgangspunkt unserer gemeinsamen Überlegungen, eine solche Konferenz zu veranstalten, war viel mehr die Frage, welches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell durch den Putsch entstanden ist. Wir wollen der Frage nachgehen, warum dieses neoliberale Modell auch 20 Jahre nach Ende der Diktatur so stabil ist. Und es beschäftigt uns der Gedanke, dass die chilenische Peripherie uns in vielfacher Hinsicht vorlebt, was möglicherweise eine eigene Zukunft hierzulande sein könnte.

Warum beteiligt sich eine sozialmedizinische Hilfs- und Menschenorganisation wie medico international an einem solchen Seminar? Zum einen unterstützen wir Partner in Chile seit Mitte der 1980er Jahre. Bereits unter der Militärdiktatur kooperierte medico mit der Vereinigung ILAS, die psychosoziale Hilfe für Folteropfer leistete. Der Ansatz von ILAS, die Betroffenen nicht zu pathologisieren,

auch wenn die Folter massive gesundheitliche Störungen zur Folge hatte, trägt die von medico geförderte psychosoziale Arbeit bis heute. Krank ist die Folter – die Störungen sind eine normale menschliche Reaktion auf nicht normale unmenschliche Erfahrungen. Individuelle Hilfen und Entprivatisierung der dem Trauma zugrunde liegenden politischen Ursachen sind so Achsen der medico-Arbeit bis heute. Dem Gedanken der Entprivatisierung von Leid folgend unterstützt medico heute die Arbeit der Menschenrechtsorganisation CODEPU. Sie setzt sich für die juristische Aufarbeitung der Diktatur-Verbrechen ein, begleitet Angehörige bei Gerichtsprozessen und unterstützt die Mapuche, die Ureinwohner Chiles, in ihrem Kampf um die Anerkennung ihrer indigenen Rechte. Letztere stören das im Text beschriebene neoliberale System empfindlich, weshalb die Mapuche mit allen Mitteln der Repression in Chile verfolgt werden.

Aber unser Interesse geht noch darüber hinaus. In dem Maße, wie der Neoliberalismus à la Chile die Weltverhältnisse prägt, ändert sich auch die Rolle und Arbeit der Hilfsorganisationen. Hilfe droht zum Pflaster der Barmherzigkeit auf Wunden zu werden, die immer wieder aufreißen. Ideen von Nachhaltigkeit, Emanzipation und Befreiung, die doch Bestandteil einer Idee von Solidarität und Hilfe waren, werden unter diesen Bedingungen geopfert. Nicht mehr die Ursachen der Not werden beseitigt, sondern Hilfsorganisationen federn in immer größerem Maße die Strukturen der Ungleichheit ab. Wir machen sie erträglicher. Als Menschenrechtsorganisation jedoch sehen wir die Verteidigung und Verwirklichung von Rechten auf soziale und demokratische Teilhabe als zentrale Aufgabe einer emanzipatorischen Hilfe. Deshalb ist es für uns von Bedeutung, uns am Beispiel Chiles wirklich in der Tiefe mit Ursachen und Ausprägungen der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung zu beschäftigen und zu verstehen, wo unsere gemeinsamen Kräfte liegen, um diese Ordnung zu stören und für das Recht aller in dieser Welt auf soziale und demokratische Teilhabe zu wirken.

Wie wollen wir das Seminar angehen. Zuerst hören wir den halbstündigen Eingangsvortrag von Carlos Pérez

Soto. Er wird uns eine detaillierte Beschreibung der chilenischen Zustände liefern, und zwar genau im Hinblick auf ihre Bedeutung in der globalen Ordnung, in der wir heute alle notgedrungen leben.

Carlos Pérez ist Hochschullehrer, marxistischer Theoretiker, ehemaliges Mitglied der KP-Chile. Autor von vielen Büchern und Texten, die sich von der Beschäftigung mit dem modernen Tanz bis zur Ausarbeitung eines hegelischen Marxismus und dem Vorschlag zu einer zweiten Antipsychiatrie-Bewegung mit einer großen Palette von Themen beschäftigen.

Im Anschluss haben wir weitere Referenten, die sich in 15-minütigen Beiträgen mit Aspekten der chilenischen Wirklichkeit auseinandersetzen. Zum Tagesausklang werden wir auch die lateinamerikanische Perspektive in den Blick nehmen. Die Schüler- und Studentenproteste in Chile, die weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt haben, finden im Juni 2013 ihr Gegenüber in den Massenprotesten in Brasilien. Sie alle eint die Forderung nach gleichem Zugang zu Bildung und Gesundheit für alle und nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die die Überreste der Militärdiktaturen beseitigt und echte demokratische Teilhabe ermöglicht. Wir haben also mit Prozessen zu tun, die so unterschiedlich sie auch sein mögen, vieles gemeinsam haben. Und eins symbolisieren: Die Möglichkeit aufzubegehen gegen System aus Konkurrenz und Entsolidarisierung, zu dem es vielleicht doch eine Alternative gibt.

Katja Maurer leitet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei medico international. Die ausgebildete Dolmetscherin und Übersetzerin für Russisch arbeitet seit 1983 zunächst als Journalistin und dann als Öffentlichkeitsarbeiterin. In ihrer publizistischen Tätigkeit hat sie sich immer wieder mit den Debatten um die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Deutschland sowie den Debatten um den juristischen wie psychosozialen Umgang mit Verbrechen gegen die Menschheit in den lateinamerikanischen Diktaturen auseinander gesetzt.

Vierzig Jahre Neoliberalismus in Chile

Die Stabilisierung der sozialen Katastrophe im demokratischen Chile.

Carlos Pérez Soto

Seit fast vierzig Jahren (seit 1975) ist Chile Schauplatz eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Experiments. In einem durch den Staatsstreich (September 1973) und die darauf folgende blutige Repression (1973-1978) mit Gewalt befriedeten Land konnten die zivilen Minister der Militärregierung auf brutale Weise jegliches institutionelle Hindernis beiseite schieben und mittels Verordnungen ein der chilenischen Tradition völlig fremdes Wirtschaftsmodell implementieren. Dafür gab es weltweit keinen Präzedenzfall.

Viele der von den neoliberalen Theoretikern in den letzten Jahrzehnten entwickelten Wirtschafts- und Sozialformeln wurden erstmalig in Chile angewandt. Der viel gepriesene „Erfolg“ des chilenischen Modells verschleiert aber vor allen Dingen die soziale Katastrophe, die es für die meisten Chilenen bereit hält und verschweigt, dass es auf Raubbau und Plünderung der chilenischen Ressourcen beruht. Hier sollen zwei Angaben genügen:

Zwischen 2006 und 2011 haben die großen ausländischen Bergbauunternehmen über 160 Milliarden Dollar Profite aus Chile abgezogen. Allein 2006 betrugen ihre Profite etwa 25 Milliarden Dollar. Hingegen betrug die Summe der Gesamtinvestitionen dieser Unternehmen zwischen 1974 und 2006 knapp 20 Milliarden Dollar. In einem Jahr machten sie also mehr Profite als die Summe ihrer Gesamtinvestitionen von 22 Jahren.

Laut Angaben der Steuerbehörde verfügen 99% der Chilenen über ein monatliches Durchschnittseinkommen von 680 Dollar. Die restlichen 1% über 27.400 Dollar. Das heißt sie haben 40 Mal mehr. Und unter der Mehrheit gibt es ebenfalls beträchtliche Unterschiede: 81% der Personen leben von einem Durchschnittslohn von nur 338 Dollar.

Diese Fakten zeigen den Betrug, der sich hinter den vermeintlich „erfolgreichen“ makroökonomischen Zahlen verbirgt. Aber mehr als die Kennziffern oder als der gewalttätige Ursprung des in Chile praktizierten „Modells“

interessiert mich die Frage: Worin besteht sein tieferes Wesen und auf welche Weise kann eine marxistische Analyse seine „Normalität“ erklären. Also seine außerordentliche politische Stabilität, die bis zum heutigen Tag wirksam ist. Mein Anliegen ist es, seine Mechanismen und die politischen Kompromisse zu beschreiben, die sein Funktionieren ermöglichen.

Am besten dokumentiert ist die erste Phase zur Durchsetzung des neoliberalen Modells - die der Privatisierung des Staatsvermögens und der Reduzierung staatlicher Ausgaben.¹ Auch in der eigenen Führungselite wird diese Phase am häufigsten beschrieben. Man schreibt ihr allerlei „ordnende“ und „disziplinierende“ Wirkungen im Bezug auf das Chaos zu, in das der Staat die modernen Volkswirtschaften gestürzt hätte.

Die verschiedenen linken Analysen des Modells beschäftigen sich insbesondere mit seinen gewalttätigen Ursprüngen. Sie betonen die extreme Gewalt der lateinamerikanischen Diktaturen der 70er Jahre. Und sie beschäftigen sich mit der extremen Gewalt einer zivilen Korruption. Diese habe gestützt auf die Militärgewalt die natürlichen Ressourcen und jegliche öffentliche Produktion privatisiert und enteignet, die in Jahrzehnten des Desarollarismo, der nachholenden Entwicklung, aufgebaut worden waren.

Diese Betonung der expliziten Gewalt hat jedoch über einen langen Zeitraum dazu beigetragen, die zweite und viel tiefer gehende Phase zu vertuschen, in der das Modell sich ausweitet und konsolidiert, und dabei von Politikern gefördert wird, die in verschiedenem Umfang selbst Opfer der Gewalt geworden waren. Sie nutzen systematisch ihre Geschichte als Verfolgte dazu, ihre ökonomischen Dogmen, die sie angeblich kritisieren,

¹ Siehe beispielsweise María Olivia Monckeberg: El Saqueo de los Grupos Económicos al Estado Chileno (2001), Ediciones B, Santiago, 2001; Naomi Klein: La doctrina del shock: el auge del capitalismo del desastre (2007), Paidós, Barcelona, 2007.

als „Alternativen“ oder als „Modifizierungen im Rahmen des Möglichen“ zu legitimieren.

Es ist diese zweite Phase, in der Chile erneut Modellcharakter trägt, die dringend analysiert und kritisch reflektiert werden muss. Denn dieses chilenische Modell ist in fast allen „Auswegen“ präsent, die weltweit für die Folgen der sich seit 2008 entwickelnden Finanzkrise angeboten werden. Diese Phase muss erklärt und angeprangert werden, vor allem, um einen der wichtigsten Mythen der herrschenden anti-neoliberalen Kritik bloß zu stellen: das neoliberale Modell wurde WEDER von Militärdiktaturen aufgezwungen, NOCH von ihnen als wirksamer und gangbarer Weg gestaltet. Seine wahrhaftige Wirksamkeit und Tiefe ist Schritt für Schritt von zivilen Regierungen implementiert worden, mit „demokratischen“ Mitteln und von politischen Koalitionen, die sich als „Mitte-links“ ausgeben. Lagos und Bachelet sind die perfekten Erben Pinochets und seiner Finanzminister. Die PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei) ist das perfekt komplementär zur PP (Volkspartei) in Spanien. Das Ehepaar Kirchner sind die perfekten Nachfolger von Menem. Lula von Cardoso. Und das geschieht mit allen „Mitte-links“ Kräften in Europa und trotz all ihrer Anti-Thatcher und Anti-USA Rhetorik.

Die erste Etappe des neuen Modells kapitalistischer Herrschaft, das seit den 80er Jahren überall in der Welt implementiert wird, ist oft als „Schockpolitik“ charakterisiert worden. Im Licht der späteren Ereignisse ist es notwendig, dieser vereinfachenden Sicht erhebliche Differenzierung hinzuzufügen. Zweifelsohne haben solche Schockmomente existiert, aber sie waren trotz ihrer Bedeutung eher die Ausnahme als die Regel. Jedenfalls ist die Anwendung militärischer Gewalt kein entscheidendes Element gewesen und schon gar nicht die sie ermöglichende Bedingung. Der Schock in Griechenland, Irland, Spanien, Portugal hat sich in einem uneingeschränkt demokratischen Rahmen durchführen lassen. Der tiefe neoliberale Übergang erfolgt in den USA, Großbritannien, Deutschland, Russland und in fast allen Ländern, die vormals zum sozialistischen Block gehörten, ohne einen sichtbaren Schock, mittels vielfacher in diese Richtung weisenden Maßnahmen, die sich aber nicht als eine massive, schnell wirkende und ausdrückliche Politik darstellen.

Der neoliberale Schock vollzieht sich vor allen Dingen in vier Bereichen:

- a. in einer Politik zur Prekarisierung der Beschäftigung und zur Schwächung der Arbeitsgesetzgebung
- b. in einer Politik der Privatisierung staatlicher Güter;
- c. in einer umfassenden Politik der Entnationalisierung von natürlichen Ressourcen;

d. in einer umfassenden Politik der Liberalisierung des Welthandels, der Beseitigung von Zollschränken, was den neuen Formen der weltweiten Industrieproduktion entspricht.

Mehr als eine Militärdiktatur, die solche Maßnahmen per Verordnung durchsetzt (wie in Chile geschehen), ist es in Wirklichkeit dieser letzte Aspekt, der die drei vorhergehenden auslöst und als deren Motor agiert. Seit Ende der 70er Jahre hat eine drastische Neuordnung, sowohl der technischen Basis des Kapitals als auch seiner Standorte stattgefunden. Die verarbeitende Produktion ist nicht mehr in großen, zentralisierten, vor allem im geographischen Bereich der „Ersten Welt“ gelegenen Anlagen organisiert, sondern wurde in die Peripherie verlagert, wo es möglich ist, die Lohnkosten beträchtlich zu senken. Hinzu kommt die netzartige Form der Produktion von Teilen und Stücken, in der nur einige Module als Integrations- oder Montagewerk agieren. Dies hat eine radikale Deindustrialisierung von den USA und Europa zur Folge. Gleichzeitig kam es zu einer wachsenden Industrialisierung von Ländern wie Südkorea, Taiwan, Singapur, Malaysia in einer ersten Welle, und nun China, Indien, Brasilien und Mexiko. Durch diese vernetzte Produktion ist der Welthandel innerhalb der multinationalen Konzerne selbst stark gewachsen. Sie selbst organisieren sich als Netzwerke, die „innere“ über die nationalen Grenzen hinausgehende Märkte beliefern. Diese Organisation hat eine vollständige Öffnung des Handels erzwungen. Im selben Aufwasch wurde die Möglichkeit für die übrigen Länder, Initiativen einer konsistenten industriellen und halbwegs autonomen Entwicklung auszuarbeiten, gleich mit erledigt.

Die Prekarisierung der Beschäftigung, die Entnationalisierung der natürlichen Ressourcen und die Privatisierung der staatlichen Güter sind so Folgen dieser tiefgreifenden Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, die von historischem Ausmaß ist. Streng genommen sind der doktrinaire neoliberale Diskurs, sein angeblich „technisches“ Wissen weder Ursache noch Motor dieser Reorganisation, sondern eher ihre Legitimierung. Die „Ineffizienz des Staates“; die zwanghafte Notwendigkeit, sich in die „Globalisierung“ einzureihen; das angebliche Unheil, das durch den „Protektionismus“ heraufbeschworen würde; die vermeintlichen Vorteile der „Eigeninitiative“ und „des unternehmerischen Selbst“, das selbst für kleinste Wirtschaftseinheiten gepredigt wird, sind alles Argumente, die aus diesem Prozess der Neuordnung der Produktion entspringen und ihm dienlich sind.

Aus diesem Grund ist der so genannte neoliberale Schock in Ländern mit „demokratischen“ Herrschaftsformen nicht auf massive, ausdrückliche und eindeutige Weise

eingetreten, das heißt, an solchen Orten und in solchen sozialen Räumen, wo diese post-fordistische Revolution noch nicht notwendig geworden ist. Die Prekarisierung der Beschäftigung ist beispielsweise im größten Teil der Welt durch beschäftigungspolitische Maßnahmen eingeführt worden, die auf paradoxe Weise als „Förderung“ oder „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ oder als „Ausnahme“ dargestellt werden: prekäre Beschäftigung für Jugendliche, für Frauen, für ärmere Regionen, für Schul- oder Studienabgänger. Neue Normen kommen zu den bestehenden hinzu, ohne sie zu ersetzen, wenngleich die alten faktisch negiert werden. Sie werden begleitet von kostspieligen Propagandaaktionen nach und nach zu einer vorherrschenden Tendenz, in deren Rahmen die traditionellen und in langen Kämpfen errungenen Arbeitsrechte Stück für Stück geschwächt werden. Diese Propagandakampagnen behaupten immer wieder und wieder, dass hiermit die Beschäftigung gefördert und die Wirtschaftsprozesse verbessert und dass jeder Einzelne und die Familien vom ökonomischen Fortschritt der Einzelpersonen und Familien profitieren würden. Natürlich ohne sich für die schlechten Standards der Arbeitsplätze noch für die daraus folgenden niedrigen Löhne oder das im Umfeld durchgesetzte absolute Fehlen jeglichen arbeitsrechtlichen Schutzes verantwortlich zu fühlen. So erklärt sich, warum in den meisten Ländern die Prekarisierung der Beschäftigung ohne weiteres einhergeht mit großen Sektoren, in denen die Arbeiter und Angestellten noch immer ihre klassischen Rechte innehaben. Das betrifft Verwaltungen, staatliche Dienstleistungen und jene Betriebe, in denen noch eine fordistische Organisation herrscht. Aber auch auf dem Land, dort wo noch nicht die neuen Formen der Agrarindustrialisierung angekommen sind. Das zeigt sich in Ländern wie Mexiko, Brasilien und Argentinien.

Ebenso ist die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen, die von antiimperialistisch geprägten Regierungen in den 1970er Jahren vorgenommen wurde, nicht auf eine einheitliche und einschneidende Weise zunichte oder rückgängig gemacht worden. Die wirksamste Form der Entnationalisierung der Ressourcen besteht heute vielmehr in der Kontrolle ihrer Vermarktung. Dafür muss man sie nicht mehr besitzen. Wichtig ist die Kontrolle über die Herstellungskette abgeleiteter Produkte oder Konzentrate, die letztendlich in der industriellen Produktion wirklich verwendet werden. Und erst recht die Kontrolle über die Verwaltung der Geldüberschüsse, die von den eigentlich nationalisierten Ressourcen erzeugt werden. Den Ländern gehören nach wie vor die Steine oder das Rohmaterial. Mehr nicht. Die Petrochemie, die Kupfer- und Zinnraffinerien, die großen Stahlwerke befinden sich hingegen in den Händen der multinationalen Konzerne. Die Geldüberschüsse werden vom internatio-

naln Bankenwesen verwaltet. Und nun, in der zweiten Phase des Modells, kommen zwei zusätzliche Mechanismen hinzu. Einer davon ist die „gemischte“ Ausbeutung der Vorkommen, bei der die Nationalstaaten mit multinationalen Konzernen (die sie oft an Wirtschaftsmacht übertrumpfen) Gesellschaftsverträge abschließen, mit „paritätischen“ Vereinbarungen, die das Kapital auf skandalöse Weise begünstigen und es gleichzeitig von Besteuerungslasten oder übermäßiger Überwachung befreien.² Ein weiterer Mechanismus besteht in Chile aus dem 1981 als Gesetz erlassenen System der „Vollkonzessionen“, das angesichts der Weigerung der Militärregierung, den Kupferbergbau zu privatisieren, von José Piñera Echeñique, einem der einheimischen Hauptideologen des Modells, erfunden wurde. Es besagt, dass der Staat das Eigentum an den Ressourcen nicht verliert, aber sich verpflichtet, bei Rücknahme einer bestehenden Konzession (mittels einfacher Verfügung des Präsidenten) der betroffenen Firma 100% (!) der ihr eventuell entgangenen Profite zu zahlen.

Die Privatisierung des staatlichen Vermögens ist also nicht durch Verordnungen des Militärregimes erfolgt, sondern bildet eher den Abschluss eines methodisch und absichtlich geführten Zerstörungsprozesses: die Verringerung der Produktivität und Effizienz infolge fehlender Investitionen, die Reduzierung des Gewinns und der Beiträge zum Staatshaushalt infolge von Verschwendung. So ist das neoliberale Dogma von der „Ineffizienz des Staates“ schlicht und einfach zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung geworden, nach der die Privatisierung fast als ein Nutzen für die gesamte Gesellschaft erscheint. So geschehen im Fall des spanischen staatlichen Telefonunternehmens, das zu Zeiten der PSOE privatisiert wurde, ebenso wie bei dem mexikanischen Telefonunternehmen, dessen Wert sich weniger als zwei Monate nach seiner Privatisierung auf „wunderbare“ Weise verdoppelt hatte. Die Dienstleistungsbetriebe auf den Gebieten der

² In Chile gab es den Skandal, dass ein ausländisches Unternehmen dem chilenischen Staat einen Teil eines großen gemeinsam betriebenen Kupferbergwerks zum sechzigfachen des von ihm ursprünglich gezahlten Preises verkauft hat. Und das in einem Land, in dem das 1971 von 100% des Parlaments angenommene Gesetz zur Nationalisierung des Kupfers weiterhin Gültigkeit besitzt, wo also alle Kupfererz-vorkommen uneingeschränkt und unveräußerbar dem Staat gehören! Im Jahr 1978 verkaufte der chilenische Staat die Konzession des Kupferbergwerks „La Disputada de las Condes“ für 98 Millionen Dollar an Exxon. Letzteres Unternehmen erklärte, in 23 Jahren gar keine Gewinne aus diesem Bergwerk gezogen zu haben, aber es gelang ihm trotzdem, die Lagerstätte im Jahr 2001 für 1,3 Milliarden Dollar an Anglo American weiter zu verkaufen. Bei diesem Verkauf, verfügte Exxon, mit stillschweigender Zustimmung der Regierung von Ricardo Lagos, über eine Konzession als Privateigentum, für die sie in jenen 23 Jahren nicht einen einzigen Peso an Steuern bezahlt hatte. Im Jahr 2012 kaufte der chilenische Staat 24,5% dieser Lagerstätte für 1,7 Milliarden Dollar, das heißt, über sechzig Mal mehr als das, was er beim ursprünglichen Verkauf seiner Konzession erhalten hatte! Dabei muss bemerkt werden, dass unter Berücksichtigung aller Abschläge und Winkelzüge im Verlauf dieser „Verhandlungen“ der wirkliche Gesamtwert der Lagerstätte auf über 10 Milliarden Dollar geschätzt wird – ein Bergwerksbetrieb, der über dreißig Jahre lang erklärt hatte, nicht den geringsten Gewinn aus ihrer Ausbeutung zu ziehen.

Kommunikation, der Logistik, der Trinkwasserversorgung können auf diesem Weg bequem und „friedlich“ privatisiert werden.

Vom chilenischen Prozess heißt es, er gründe sich auf militärische Gewalt. Sieht man genauer hin, stellt man fest, dass die reale Schockwirkungen und vor allem die Konsolidierung des Modells als Regime wirtschaftlicher Normalität ab 1990 stattgefunden hat. Also in den Regierungszeiten der Concertación und nicht unter der Diktatur. Das erwähnte Gesetz über Vollkonzessionen wurde bereits 1981 erlassen. Trotzdem erreichten die Bergbauinvestitionen in Chile zwischen 1974 und 1989 nur 2,39 Milliarden Dollar. Hingegen stiegen sie zwischen 1990 und 2005 auf 17,578 Milliarden Dollar. Die Gesetzgebung, auf deren Grundlage die Bergbauunternehmen Steuern hinterziehen oder vermeiden, stammt aus der Zeit der Regierung von Patricio Aylwin. Trotz aller angebotenen Garantien kontrollierten die großen privaten Bergbauunternehmen 1990 nur 16% der Kupferproduktion; im Jahr 2007 war dieser Anteil bereits auf 69% gestiegen. Entsprechendes lässt sich zu jeder einzelnen der großen Wirtschaftsmaßnahmen sagen, die zu Zeiten der Diktatur erlassen wurden. Heute stellt niemand mehr in Frage, dass die Regierungen der Concertación das ererbte Wirtschaftsmodell nicht nur gepflegt, sondern umfänglich vertieft haben, womit sie selbst gegen ihr eigenes Gründungsprogramm verstießen.

Deshalb ist es von großer Bedeutung, so klar wie möglich zu beschreiben, welche ökonomischen Maßnahmen den chilenischen Technokraten ermöglichten, den „Erfolg“ ihres Modells zu predigen.

Die Entnationalisierung des Kupfers ist in diesem Spiel eine wichtige Karte. Chiles Wert entspricht aus Sicht des multinationalen Kapitals dem seiner natürlichen Ressourcen. Die chilenische Bergbauproduktion macht 17,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aus. Innerhalb dieses Anteils entsprechen 16% den Kupferexporten. Davon entsprechen wiederum um 70% den privaten Bergbauunternehmen. Das heißt, über 12% des BIP verlässt Chile auf dem Weg des privaten Bergbaus.

Für das ausgewiesene Wirtschaftswachstum, von dem vor allen Dingen die privilegierten Kreise profitierten, gibt es jedoch zwei weitere Gründe, die erklären, warum chilenische Unternehmer mittlerweile sogar in andere Länder Lateinamerikas expandieren. Einer davon ist das 1980 geschaffene System der privaten Rentenversicherungsträger (Administradoras de Fondos de Pensiones, AFP), das die Chilenen dazu zwingt, 10% ihrer Löhne bei den privaten Rentenverwaltern einzuzahlen. Diese Zwangsparsnis haben die mit dem Fonds verbundenen Unternehmen als sprudelnde Kapitalquelle nutzen

können. Und das, ohne den eigentlichen Eigentümern dieses Kapitals irgendeine reale Rentabilitätsgarantie geben zu müssen oder gar eine Beteiligung an den Investitionsentscheidungen zuzugestehen. Nach über dreißig Jahren sind in diesem System 250 Milliarden Dollar angehäuft worden, die eigentlich den Einzählern gehören. Aus diesen Fonds haben die Rentenverwalter circa 30% der Beiträge als Provisionen für ihre Verwaltungstätigkeit eingestrichen, unabhängig davon, ob die von ihnen getätigten Investitionen eine reale Rentabilität aufweisen oder nicht. Die Eigentümer der AFP haben trotz wirtschaftlicher Schwankungen und Finanzkrise jährlich zwischen 0,5 und 1 Milliarde Dollar in die Hände bekommen. Seit 2008 ist infolge der internationalen Finanzkrise der Gesamtumfang des Fonds um etwa 30% (!) zurückgegangen. Dieser Rückgang ist höher als alle Gewinne, die der Fonds in den letzten 27 Jahren seiner Existenz eingenommen hat. Trotzdem haben die Besitzer des Pensionsfonds auch 2008 noch über 10 Millionen Dollar Profit gemacht haben. Und 2009, ohne dass die Fonds sich zwischenzeitlich wirklich erholt hätten, waren die Profite wieder bei einer Größenordnung von 500 Millionen Dollar angelangt. Genau damit, dass die Arbeitenden gezwungen werden, in die privaten Pensionsfonds einzuzahlen, erhalten die Betreiber der Fonds die Freiheit, sich fast ein Drittel dieser Ersparnisse als Provisionen anzueignen. Damit sind die AFP zum tragenden „Hauptbalken“ des chilenischen Unternehmertums im Einzelhandel, im Früchte- und Fischexport, der Zellulose- und Papierherstellung, oder im privaten mittleren Bergbau geworden. Zur Veranschaulichung 70% der Mittel dieser Fonds wurden bei nur zehn chilenischen Unternehmensgruppen angelegt.³

Die Kehrseite dieses riesigen Beitrags der Arbeitenden für die großen Privatunternehmen trägt dramatische Züge. Im Jahr 2012 betrug die vom System der AFP gezahlte mittlere Rente nur 178.000 CLP (etwa 360 Dollar). Die ausbezahlten Rentenbeträge entsprachen im Durchschnitt nicht mehr als 33% des vor der Rente erhaltenen Lohns. Schlimmer noch: 60% der zwischen 1982 und 2009 durch die AFP ausgezahlten Rentenbeträge sind staatliche Beiträge! Diese Situation erklärt sich aus der Tatsache, dass 60% der Rentempfänger weniger als 75.000 CLP (150 Dollar) empfangen und ihre Renten mittels staatlicher Beiträge aufgestockt werden müssen.

Der andere Mechanismus, aus dem sich erklären lässt, warum 0,1% der chilenischen Steuerzahler 17% des nati-

³ Siehe hierzu die vielfachen, vom Zentrum für nationale Studien zur alternativen Entwicklung (Centro de Estudios Nacionales de Desarrollo Alternativo (CENDA)) durchgeführten Studien über die AFP, bei www.cendachile.cl/.

onalen Reichtums in ihren Händen halten, besteht in den vielfältigen Formen der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, von denen die Unternehmen über dreißig Jahre lang profitiert haben. Dem so genannten Fondo de Utilidades Tributables (FUT) – eines der wichtigsten Instrumente in diesem Sinne – haben es die Unternehmer zu verdanken, dass etwa 40 Milliarden Dollar an Steuern hinterzogen werden konnten. Diese Milliarden gingen auf Kosten möglicher Begünstigungen für alle Chilenen. Aber mit dieser Summe war es möglich, ihr Wachstum durchzusetzen und zu kapitalisieren, und noch dazu zu behaupten, dass sei alles Ergebnis ihrer „Effizienz“. Insgesamt wurde ein Steuersystem ausgebaut, in dem die Unternehmer systematisch weniger Steuern zahlen, als die Arbeitenden.⁴

Prekarisierung der Beschäftigung, Entnationalisierung der natürlichen Ressourcen, Privatisierung der Verwaltung der Rentenfonds, ein System großzügiger Steuervorteile, das sind die wichtigsten Mechanismen, die seit den Zeiten der Diktatur wirken. Aber hinzu kommt eine zweite Phase, in der das Modell – wie bereits gesagt – erweitert und vertieft wird, eine nunmehr vollständig unter „demokratischen“ Verhältnissen initiierte und implementierte Phase.

Dazu gehört als wesentlicher Bestandteil die vollständige Unterordnung des Staates unter die Interessen der Privatunternehmer. Die Logik der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung ist in die Verwaltung der staatlichen Dienste eingeschrieben und wird begleitet von einer ungeheueren Einseitigkeit zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen. Der Staat privilegiert bei der Auftragsvergabe die Privatunternehmen zum Nachteil seiner eigenen Dienstleistungen und Dienstleister. Unter diesem Regime ist es dem Großkapital gelungen, auch Dienstleistungen in Geschäftsfelder zu verwandeln, die traditionell als soziale Rechte vom Staat bereit gestellt und garantiert werden. Im Rahmen der Kommodifizierung dieser Dienstleistungen werden die Kosten immer stärker auf die Nutzer übertragen; der Staat genehmigt die Profitmacherei mit wesentlichen Gütern und bürgt für deren Erträge, er trägt sogar direkt und indirekt das Kapital bei, das von den Privatunternehmern zur Implementierung ihrer diesbezüglichen Geschäfte benötigt wird. Dies kommt auf vier, für den gewöhnlichen Staatsbürger besonders sensiblen Gebieten, besonders klar zum Ausdruck: den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Bildungswesen, dem Gesundheitswesen und der Lebensmittelindustrie.

Der Fall des öffentlichen Personenverkehrs in Chile stellt eine Mischung von Neoliberalismus und offener Korruption dar. Die Privatisierung des staatlichen Kollektivtransportunternehmens (Empresa de Transportes Colectivos

del Estado) wurde in den ersten Jahren der Diktatur unter dem Vorwand ihrer Ineffizienz und technologischen Antiquiertheit vollzogen. Der Personenverkehr in Santiago (wo 40% der Landesbevölkerung leben) und in anderen großen Städten verlor aber mit der Zeit immer mehr an Qualität, aus ausgerechnet eben diesen Gründen, an deren Behebung die „effizienten“ Privatunternehmer natürlich nicht im Geringsten interessiert waren. Als man ab 2004 begann, an einen radikalen Wandel zu denken, wurde trotz all dieser Ineffizienz stillschweigend davon ausgegangen, dass diese Lösung auf Grundlage der Vergabe neuer Konzessionen an dieselben oder an andere Unternehmer erfolgen müsste. Die himmelschreiende Inkompetenz und mangelnde Praktikabilität des pompösen, während der Amtszeit von Ricardo Lagos entworfenen Projekts wurde ab Umsetzungsbeginn offensichtlich, der dazu noch zweckdienlicher Weise verschoben wurde, um das Problem der Folgeregierung aufzubinden. Aber gerade dann wurde für die schwerwiegenden Probleme, die solch radikale Ineffizienz für die Routine der Großstadt heraufbeschwor, eine außerordentliche Lösung gefunden: der Staat würde mittels Subventionen vollständig für eventuelle Verluste der beteiligten Unternehmen aufkommen.⁵ In den Verträgen, die der Staat mit diesen Unternehmern geschlossen hatte, wurden bestimmte Gewinnspannen bedingungslos garantiert. Es handelt sich dabei um eine Formulierung, die in den staatlichen Projektausschreibungen immer häufiger verwendet wird: für Autobahnen, Gefängnis Konzessionen und wie wir in Kürze sehen werden, für öffentliche Krankenhäuser. Was das System des Personennahverkehrs betrifft, so musste der Staat allein aus diesem Anlass in den ersten fünf Jahren seines Bestehens über 9,5 Milliarden Dollar ausgeben. Das ist eine absurde Menge Geld, die in der Tat die Summe weit übersteigt, die von den Unternehmern für den Kauf aller Busse ausgegeben werden musste, um an der Ausschreibung teilzunehmen.⁶ Damit nicht genug, unterzeichneten die staatlichen Vertreter von ihnen selbst redigierte Verträge, in denen keinerlei reale Überwachung der Servicequalität

⁴ Siehe hierzu die Beiträge von Francisco Saffie Gatica, bei www.ciperchile.cl.

⁵ Es muss daran erinnert werden, dass es inmitten der Verzweiflung, angesichts des offensichtlichen Mangels an Ressourcen, um das bereits in Betrieb befindliche System funktionsfähig zu machen, sogar auf den in der Verfassung festgelegten Fond von 2% des Jahreshaushalts zurückgegriffen wurde, der von der chilenischen Gesetzgebung für Katastrophenfälle vorgesehen ist.

⁶ Ein dermaßen offensichtliches Absurdum, das selbst von Eduardo Frei Ruiz-Tagle erkannt werden konnte. Am 12. Mai 2007 veröffentlichten alle Medien in Chile nicht ohne eine gewisse Überraschung folgende Erklärung, die von ihm als Senatsmitglied herausgegeben wurde: "Beenden wir endlich diesen Aderlass, der uns verbluten lässt. Wir sollten ein für alle Mal anerkennen, dass es sich um einen schlecht entworfenen Plan handelt, der somit nur schwer in korrekter Weise implementiert werden kann. Sagen wir die Wahrheit. Mein Vorschlag ist, dass wir ohne Umwege ein staatliches System für den Personennahverkehr einrichten, wie in allen großen Städten auf der Erde". Natürlich hielt sich dieser unglaubliche staatsverrante Vorschlag nicht eine Woche in den Medien. Er wurde einfach unterdrückt und für immer vergessen.

festgeschrieben, sondern Erfüllungsstandards festgelegt wurden, für deren Nichteinhaltung nicht die geringste Vertragsstrafe vorgesehen war. Für die einzustellenden Arbeiter gab es ohnehin keinerlei Schutzgarantie, was Löhne oder Arbeitssicherheit anbetrifft. Doch damit nicht genug. Als die damalige Opposition die Möglichkeit erkannte, die kommenden Präsidentschaftswahlen zu gewinnen und die nächste Regierung zu stellen, trafen beide Blöcke eine Vereinbarung, die Angelegenheit nicht zum Wahlkampfthema zu machen (weder die Rechte kritisierte die Regierung an deren schwächster Flanke, noch die Regierung machte Anstalten, von der Rechten die Lösung der anstehenden Probleme einzufordern, wenn sie die Wahlen gewinnen sollte). Sie vereinbarten ein Gesetz, um die Finanzierung der Ineffizienz und der Profite der Unternehmer auf Kosten aller Chilenen sicherzustellen. Diesem Gesetz zufolge unterstützt der Staat dieses System und weitere ähnliche in den anderen Regionen des Landes mit einer Summe von 16 Milliarden Dollar für das Jahrzehnt 2012-2022. Dieser Betrag erwies sich schnell als unzureichend. Es werden nun alljährlich zusätzliche Budgetposten verabschiedet, um die Beiträge zu erhöhen.

Wenn man diese unglaubliche Ansammlung von Ineffizienzen und Kosten betrachtet, fällt auf, dass das, was ganz einfach Schwachsinn und Sorglosigkeit zu sein scheint, eine systematische Politik verbirgt. Diese Praxis ist nichts anderes als systematische Korruption. In den großen Verträgen zu öffentlichen Bauten, die an Privatfirmen vergeben werden, garantiert der öffentliche Auftraggeber nicht nur Gewinnmargen. Häufig akzeptiert er ganz besonders günstige Angebote. Aber im Verlauf der Arbeiten erklärt der Vertragsnehmer, er müsse am ursprünglichen Projekt „Korrekturen“ oder „Erweiterungen“ vornehmen, weswegen der Vertrag dann, außerhalb jeglicher Projektvergabeverfahren, komplett neu verhandelt wird. Zu Beträgen, die doppelt so hoch ausfallen können wie die ursprünglich vorgesehenen Kosten.

Auch das Verhalten gegenüber der Lebensmittelindustrie illustriert die systematische Voreingenommenheit der Beamten zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen, die den Beamten immer wieder in Fortbildungen vermittelt wird. So wird eine Vorschrift bezüglich der maximal zulässigen Anteile bestimmter Stoffe in Lebensmitteln hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Unbedenklichkeit so erlassen, dass mit diesen Grenzwerten praktisch alle bereits in Umlauf befindlichen Lebensmittel zugelassen sind, unabhängig davon, ob sie schädlich für die Gesundheit sind oder nicht. Es werden Freihandelsabkommen mit einer Reihe von Klauseln unterzeichnet, die es ermöglichen, die Autonomie oder gar die Sicherheit der Lebensmittelversorgung des Landes zu schwächen. Es werden die Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO)

zum Umlauf genetisch veränderter Organismen und Patentierung biologischer Produkte akzeptiert. Der Anbau genetisch veränderter Arten in Chile wird akzeptiert und ohne große Öffentlichkeit gefördert („nur für den Export bestimmt“). Importe genetisch veränderter Produkte für den Konsum werden uneingeschränkt zugelassen. Und die Vorschriften stellen noch sicher, dass die Lebensmittelindustrie die Tatsache, dass ihre Produkte genetisch verändert sind, nicht einmal offen legen muss.

Noch deutlicher aber zeigt sich im Bildungs- und des Gesundheitswesens, worum es bei der Vertiefung des chilenischen Modells geht. Im Bildungswesen verschenkte man das existierende System der technischen Bildung an Privatunternehmer. Im Verlaufe der 35 Jahre seit Erhalt des Geschenks haben sie sich jeglicher Investition auf diesem Gebiet enthalten. Außerdem ist ein System privater Universitäten entstanden, die alle Tricks beherrschen, um Gewinne zu machen, die ihnen per Gesetz formell verboten sind. Außerdem ist es ihnen gelungen eine ganze Reihe neuer und außerordentlicher Steuerbefreiungen durchzusetzen. Grund- und Mittelschulen wurden an die Kommunalverwaltungen übergeben. Gleichzeitig und in Konkurrenz dazu fördert der Staat das Wachstum privater Schulen durch direkte Subventionen und Steuervorteile. Unter dem Signum und Zwang der Selbstfinanzierung sind die Studiengebühren der staatlichen Universitäten auf das gleiche Kostenniveau gestiegen wie in den Privatuniversitäten. Gleichzeitig gehen öffentliche Subventionen immer weiter zurück.

Die Studenten- und Schülerbewegungen der Jahre 2005 und 2011 haben das Drama des chilenischen Bildungswesens endlich ans Tageslicht gebracht. Seither gibt es eine breite öffentliche Debatte. Aber niemals ist es gelungen, dass die Politik auch nur geringste Abstriche an der Privatisierung der Bildung gemacht hätte, obwohl die übergroße Mehrheit der chilenischen Bevölkerung dies wünscht. Schlimmer noch, alle von den Behörden als „Lösungen“ vorgeschlagenen Maßnahmen zielen ausschließlich auf eine weitere Vertiefung des Modells.

Eine Folge davon ist, dass die Familien 40% der Kosten für die Hochschulbildung tragen müssen, und zwar in fast allen Fällen, indem sie sich bei Privatbanken oder beim Staat verschulden. Die Studiengebühren in Chile zählen zu den höchsten der Welt. Hinzu kommt, dass die staatlich subventionierten Privatschulen sich zu großen privaten Gesellschaften zusammenschließen, die nicht nur mit den direkten Dienstleistungen uneingeschränkt Gewinne erwirtschaften, sondern auch mit solchen damit verbundenen Dienstleistungen wie Schultransport, Schul- und Lehrmaterial oder durch die Verwaltung von gemeinsamen Finanzierungsmodellen für Schulgebüh-

ren durch den Staat und die Familien. Gleichzeitig verarmen die kommunalen Schulen, da sie solche zusätzlichen Gewinne nicht erwirtschaften können, weil die Kommunalverwaltungen in offenem Rechtsbruch die von ihnen für Bildungszwecke empfangenen Mittel ohne jegliche Offenlegung zu anderen Zwecken verwenden. So verlieren die öffentlichen Schulen Zug um Zug ihre Schüler ans Privatsystem. Eine weitere Folge: Es wächst die Prekarisierung der Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern. Das geht so weit, dass 60% der Lehrtätigkeit von Lehrpersonal ohne festen Arbeitsvertrag ausgeübt wird. Sie erhalten oft nur zehn oder elf Monate im Jahr Gehalt.

Aber möglicherweise besteht die tiefgreifendste Veränderung darin, dass typisch privatwirtschaftliche Verwaltungsformen ins staatliche Bildungssystem eingeführt wurden. So haben sich die staatlichen Universitäten zu regelrechten Geschäftsfeldern für viele Hochschullehrer entwickelt. Sie sind angehalten, von ihnen administrierte Diplom- und Aufbaustudiengänge, sowie Postgraduierten-Programme zu schaffen, die im Namen und unter den Normen der jeweiligen Universität erteilt und durch einen geringen Anteil an den Einnahmen aus Studiengebühren entgolten werden. Rund um die staatlichen Universitäten ist ein Netz von Firmen entstanden, die die Hochschullehrer selbst gründeten. Diese Firmen sind Nutznießer von Namen und Prestige der Universitäten, aber auch von den Einrichtungen und dem Personal. Diese Firmen nehmen an Ausschreibungen teil, die darüber akquirierten Mittel kommen fast vollständig ihrem privaten Gewinnstreben zugute. Auch hier im Gegenzug für nur einen geringen Anteil der Einnahmen, den sie danach stolz als Beitrag zu der von offizieller Seite auferlegten und geförderten Selbstfinanzierung vorweisen.

Aus dieser Sicht ist es natürlich äußerst zweckmäßig, dass sich die Institutionen an ein Zertifizierungssystem halten, das partikulare und kurzfristig angelegte Formen der Geschäftsführung im Interesse einzelner Hochschullehrer begünstigt. Das Zertifizierungssystem, das als „Qualitäts“-Beweis für die Universitäten dienen soll, bewertet akademische Grade nur in formeller Hinsicht besonders hoch ebenso wie kurzfristige Forschungsprojekte, die zu Veröffentlichungen in international indizierten Fachzeitschriften führen. Gut gerankt werden Aufbaustudiengänge, die zu nichts weiter als zu ihrer Selbstreproduktion dienen. Es ist ein System entstanden, in dem die „Qualität“ der Hochschulbildung keinerlei Beziehung hat zur nationalen Entwicklung, zu strategischen Projekten der Wissensentwicklung oder gar zu den traditionellen Aufgaben der kulturellen Reproduktion und Weiterentwicklung im Dialog mit den Bedürfnissen des Landes. Die Universitäten sind zu Fabriken einzelner Fachkräfte geworden, die hier nur eine Ausbildung kaufen, die ihnen

unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Insofern hat die offizielle Lehrmeinung recht, wenn sie die Bildung nicht mehr als ein Recht, sondern als ein „Konsumgut“ betrachtet.

Mittels eines Systems periodischer Messungen, die rein auf Konkurrenzfähigkeit ausgerichtete und formelle Standards haben, installiert sich bereits ab den ersten Stufen (SIMCE im zweiten, vierten und achten Grundschuljahr, SIMCE nach Fächern, PSU für den Hochschulzugang) ein Verwaltungsmodell des Bildungswesens, das jede Schule auf allen Ebenen in konkurrierende Bildungseinheiten verwandelt. Jede Bildungseinrichtung kämpft nur noch darum, sich entsprechend der zu messenden Standards zu entwickeln. Sie passt sich in ihrem Bildungsideal vollständig den Formalitäten solcher Messungen an und verwandelt sich damit in ein „auf Prüfungen vorbereitendes“ System. Es geht nur noch darum, sich entsprechend der erzielten Punktzahl auszurichten. Es wird immer mehr abgerichtet und immer weniger gebildet und ausgebildet. Die Akteure selbst, die Lehrkräfte, die Schüler, die Familien verinnerlichen so das Konkurrenzsystem. Die Familien selbst gewöhnen sich daran, solche formellen Resultate zu fordern. Die Lehrkräfte werden anhand solcher Kriterien gemessen, ganze Bildungseinheiten werden Jahr für Jahr über die Veröffentlichung solcher Resultate bewertet und erhalten dadurch Prestige und Anerkennung als „erfolgreich“ oder auch nicht.

Ein weiteres Beispiel für die Vertiefung des Modells ist die von den Regierungen der Concertación auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens angewandte Politik. Das Paradigma der „Ressourcenkonzentration“ schuf die allgemeinen, für eine kontinuierliche Grundversorgung zuständigen Gesundheitsbudgets ab und installierte stattdessen ein Verwaltungsmodell, in dem der Staat nur die Gebäude der öffentlichen Krankenhäuser bereitstellt und ihre gesamten Operationen in Ausschreibungen an Privatfirmen vergibt. Das öffentliche Gesundheitssystem (FONASA, AUGE, GES) beschränkt sich nur noch darauf, individuelle Gesundheitsleistungen zu bezahlen.

Eine Folge davon ist die Privilegierung der kurativen Medizin zum absoluten Nachteil von Prävention und Palliativ-Versorgung. Zu letzteren erhält man nur dann Zugang, wenn die Maßnahme über Medikalisierung (Impfungen, REHA, Vorsorge-Untersuchungen) einer kurativen Versorgung nahe kommt. Die Ausschreibungen und Konzessionen der Dienstleistungen, erst der Reinigung und Ernährung und später sogar der zentralen Bereiche wie Verwaltung und medizinische Versorgung prekarisiert die Beschäftigung im Bereich des Gesundheitswesens. Die staatlichen Unterstützungsleistun-

gen hingegen dienen nicht mehr der Absicherung eines Menschenrechts, sondern gleichen Gratifikations- oder Bonuszahlungen. Das Grundrecht auf Gesundheit wird so substantiell geschwächt.

Zugleich stellt die systematische Schwächung der Infrastruktur im öffentlichen Gesundheitswesen, wie sie in dem staatlichen Garantiesystem *Garantías Explícitas en Salud*, (GES) festgelegt sind, einen geradezu beispielhaften Mechanismus dar, wie man öffentliche Gelder systematisch in den Privatsektor verschiebt.

In Chile gibt es kein tatsächlich öffentliches Gesundheitswesen mehr. Und das hat gravierende soziale Konsequenzen für Prävention und Empowerment seiner Bürger. Ein System aus Boni und Zuweisungen staatlicher Mittel ist auf die medizinischen Bedürfnisse der Individuen als isolierte Einzelpersonen ausgerichtet. Nicht soziale oder Präventionskriterien stehen im Mittelpunkt des Systems, sondern Zuweisungen nach Fallhäufigkeitstabellen. Die staatlichen Gesundheitsausgaben sind keine Investitionen mehr, die auf die Verbesserung des Gesundheitsniveaus der Bevölkerung zielen; sondern nur noch Ausgaben und Kosten, die permanent zu überwachen sind, um ein exzessives Anwachsen des Staatshaushalts zu vermeiden.

Dass dies den privaten Gesundheitsfirmen entgegenkommt, zeigt sich an dem Garantiesystem GES. Nehmen wir ein repräsentatives Beispiel. Wenn ein Beitragszahler von FONASA (der staatlichen Krankenkasse, deren Leistungen von 84% der Bevölkerung in Anspruch genommen werden) einen Krankenhausaufenthalt benötigt, stellt der Staat über FONASA einen GES-Bonus aus. Mit diesem Bonus wird das öffentliche Krankenhaus bezahlt, in das der Patient eingewiesen wurde. Im Jahr 2012 kostete ein „Bettentag“ 129.000 chilenische Pesos. Aber die realen Kosten eines solchen „Bettentags“ liegen bei über dem Doppelten, etwa 300.000 Pesos. Da die Kommune das öffentliche Krankenhaus als unabhängige Wirtschaftseinheit verwaltet, bleibt das Krankenhaus dem Staat diese Differenz schuldig. Diese Kosten sollten eigentlich von den Kommunen übernommen werden, aber diese erhalten keine Mittel vom Staat, um diese Differenz zu decken. Also können nur die vier oder fünf Kommunen in Chile (von 350!) die Leistungen der Krankenhäuser aufrecht erhalten, die über einen finanziellen Überschuss verfügen, weil sich dort die privilegiertesten Bevölkerungsteile konzentrieren. Alle anderen Kommunen häufen eine „Krankenhausverschuldung“ an. Die Krankenhäuser dort verfügen über keine Mittel, ihre Leistungen zu verbessern oder ihre Kapazitäten zu erhöhen. Aber da der Nutzer einen Bonus empfangen hat, der eine die Gesundheitsleistungen betreffende Garantie umfasst, und da das öffentliche

Krankenhaus wegen seiner Verschuldung nicht über die erforderlichen Betten verfügt, hat er das Recht, eine private Klinik aufzusuchen. Für die dabei entstehenden Kosten muss der Staat aufkommen. Aber dann ist der Staat auf magische Weise plötzlich bereit, dieser Klinik 800.000 [das Sechsfache!] pro „Bettentag“ zu zahlen. Es werden nicht einmal nur die realen Kosten, sondern genau die einseitig vom Privatunternehmer festgelegten kommerziellen Kosten anstandslos bezahlt. Auf diese Weise hat der Staat allein in den ersten neun Jahren der Implementierung des GES-Systems dem privaten Gesundheitssystem acht Milliarden Dollar zugeschanzt. Ein anderes Beispiel ähnlicher Art: FONASA zahlt den öffentlichen Krankenhäusern pro „Arztbesuch“ 4.950 Pesos, während die Privatkliniken für die gleiche Leistung 11.730 Pesos erhalten. Im Ergebnis waren bis 2012 insgesamt 200 Millionen Dollar „Krankenhausverschuldung“ aufgelaufen. Für den Staat ist das relativ wenig, aber es ist genug, damit das unter dem Prinzip der „Selbstfinanzierung“ verwaltete öffentliche Gesundheitssystem nicht in seine eigene Verbesserung investieren kann.

Während der Regierung von Michele Bachelet wurde der Bau zusätzlicher öffentlicher Krankenhäuser vorgeschlagen und als Lösung des Problems gefeiert. Es handelte sich offenbar um eine sehr fortschrittliche Maßnahme, denn 30 Jahre lang herrschte fast völliger Stillstand beim Bau von Krankenhäusern. Aber sowohl der Bau, als auch der Betrieb dieser Einheiten sind auf Basis von Ausschreibungen und Konzessionen an Privatunternehmen geplant. Die Begründung: man müsse dem Privatsektor Anreize bieten in einem defizitären Geschäftsfeld zu investieren. Also sind Subventionen für Bau und Betrieb der neuen Krankenhäuser vorgesehen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Privatfirmen Gewinne machen. So erwachsen beim Bau zweier Krankenhäuser, dessen reale Kosten 300 Millionen Dollar betragen, dem Staat Kosten in Höhe von 600 Millionen Dollar. Das nur bezogen auf die Subventionen.

Ein bemerkenswerter Effekt ist, dass die chilenische Regierung triumphierend verkünden kann, sie habe Gesundheitsausgaben erhöht. Auf dieselbe Art sind auch die Ausgaben für Bildung, Kultur, Wohnungs- und Straßenbau drastisch gestiegen. Aber niemand spricht darüber, dass hier vor allen Dingen öffentliche Gelder in Privatkassen umgeleitet werden. Die Privatfirmen können vollkommen marktunübliche Preisaufschläge und Gewinnmargen durchsetzen. Die Gesundheitspolitik hat mit ihrer Bevorzugung der kurativen Medizin die Gesundheitslage verschlechtert, statt sie zu verbessern. Niemand thematisiert, dass die staatlichen Gesundheitsausgaben mittels Konzessionen und Boni keinen ständigen Anspruch begründen und also jederzeit ein-

gefroren oder durch einfache Verwaltungsmaßnahmen (ohne zusätzliche Gesetzgebung) nach und nach wieder entwertet werden können. Unausgesprochen ist, dass die öffentlichen Ausgaben weit weniger wachsen als die Privatinvestitionen, vor allem weil der größte Teil dieser Steigerung der öffentlichen Ausgaben in die Kassen eben dieser Privatfirmen fließt.

In Chile wurde versucht, das Gesundheitswesen zu privatisieren, indem die Arbeitenden dazu gezwungen wurden, 7% ihrer Löhne in ein privates System der Krankenversicherung einzuzahlen: in die ISAPRES. Damit aber solch ein System eine minimale Praktikabilität aufweist, sind relativ hohe Löhne erforderlich. Jedoch beträgt in Chile der Durchschnittslohn aktuell nur 390.000 Pesos und er war noch viel niedriger, als das System damals installiert wurde. Obwohl in ISAPRES in der Vergangenheit bis zu 25% der Bevölkerung versichert waren, sind es gegenwärtig nur 16%: die Höchstverdiener. 84% der Chilenen nutzen das staatliche FONASA-System. Trotzdem haben die ISAPRES zwischen 1990 und 2004 direkte staatliche Subventionen von 530 Millionen Dollar erhalten, wodurch sie nicht nur wachsende Gewinne erzielen, sondern auch die wichtigsten Privatkliniken aufkaufen oder mit ihnen Gesellschaften gründen konnten. Und dann kündigte die Regierung in einer Operation, die uns bereits bekannt vorkommt, mit Pauken und Trompeten an, dass „die direkten Subventionen für Privatfirmen im Gesundheitswesen abgeschafft“ würden. Parallel implementierte sie seit 2005 das Garantiesystem GES. Damit haben die ISAPRES und die Privatkliniken, die heute eng miteinander verbundene Gesellschaften bilden, Zugang zu den Nutzern der FONASA erlangt, den anderen 84% - und das auf Kosten des Staates! Das Ergebnis zeigt sich in den bereits genannten Zahlen: zwischen 1990 und 2004 (in 15 Jahren) Subventionen in Höhe von 530 Millionen Dollar; zwischen 2005 und 2013 (in 9 Jahren) acht Milliarden Dollar Transfers vom staatlichen in den privaten Sektor. Der Staat „hilft“ den ISAPRES nicht mehr, er zahlt ihnen ganz einfach was sie unilateral für ihre legitimen Gewinne halten. Dies hat dazu geführt, dass gegenwärtig 57% der Gesundheitsausgaben in Chile im Privatsektor getätigt werden, wo jedoch nur 16% der Bevölkerung bevorzugt behandelt werden.⁷

Es ist müßig festzustellen, dass mit diesen 8,5 Milliarden Dollar locker 20 qualitativ hochwertige öffentliche

Krankenhäuser hätten gebaut und betrieben werden können. So aber wird die öffentliche Infrastruktur im Gesundheitswesen tatsächlich immer ärmer und defizitärer. Entsprechendes geschieht mit dem öffentlichen Bildungswesen, dem Personennahverkehr, dem Wohnungsbau, dem Recht auf Kultur, den Investitionen in die Infrastruktur.

Und natürlich können die Chilenen wie in der Bildung auch in der Gesundheit durch Zuzahlungen bessere Leistungen erkaufen. Im Ergebnis werden 37% der Gesundheitsausgaben unmittelbar von den Familien selbst finanziert.

Der Kern all dieser Mechanismen ist die Prekarisierung der Staatsausgaben und die fortschreitende Umwandlung aller umfassenden und unteilbaren Rechte, die die Arbeitenden durchgesetzt haben, in personalisierte Boni und Zuweisungen. Boni pro Kind für Mütter, Boni für die Opfer eines Erdbebens, Subventionen für die Zusatzzahlungen der Väter an die Privatschulen, Boni für die Verbesserung der Wohnungen als Unterstützung angesichts der gestiegenen Heizmittelpreise, Boni für die Schulmaterialien zum Schuljahresanfang. Alles Boni nach Maßgabe der neo-populistischen und neo-klientelistischen Politik der Parteien, die jeweils zeitweilig die Regierungsgeschäfte übernehmen. Auf diese Weise werden die Staatsausgaben zu einer Menge gelegentlicher Konzessionen, besonderer Zuweisungen anlässlich besonderer, zeit- und räumlich begrenzter Situationen, die solange gewährt werden, solange die Staatsfinanzen gut laufen. Sie verschwinden, wenn in den Kassen Ebbe herrscht oder wenn die Prioritäten es erfordern, Banken oder Großunternehmen vorzuziehen.

Und es muss festgestellt werden, dass es sich um eine Situation handelt, in der der Rückgang der Staatsausgaben KEINE Verringerung der Bürgerrechte darstellt, ganz einfach weil diese Rechte nicht mehr die Kraft und die Beständigkeit einforderbarer Rechte haben, sondern die prekäre Unsicherheit eines Zugeständnisses oder einer hoheitsrechtlichen Schenkung, die kein Recht darstellt. Dasselbe gilt im Arbeitsbereich. Es gibt kein Recht mehr auf ein einforderbares Grundgehalt. Stattdessen ein System diverser Boni für Produktivität, für Verantwortung, für besondere Feierlichkeiten, für besonders gute bei der Verrichtung der Arbeit gezeigte Eigenschaften, die eher Privilegien darstellen als Rechte, die eingefordert und eingeklagt werden könnten. Boni und variable Zuweisungen sind veritable Erziehungsmittel. Denn ihre Zuweisung erfolgt informell, ist ganz von subjektiven Beurteilungen abhängig. Die Arbeitenden werden so gezwungen, ein „positives Verhalten“ an den Tag zu legen, eine „pro-aktive“ Haltung einzunehmen, um möglicher-

⁷ Für eine kritische Analyse der Gesundheitspolitik und als Quelle der hier genannten Zahlen kann auf die Artikel von Matias Goyenechea und Danae Sinclair bei CIPER Chile zurückgegriffen werden:
<http://ciperchile.cl/2013/05/22/las-rentables-heridas-de-la-salud-chilena/>
<http://ciperchile.cl/2013/05/27/como-se-ha-desmantelado-la-salud-publica/>
<http://ciperchile.cl/2013/06/03/propuesta-para-una-salud-publica-gratuita-y-de-calidad/>

weise in den Genuss der Begünstigung zu kommen. So entsteht eine interne Klientelbeziehung zwischen den Arbeitenden und dem mittleren Management eines Unternehmens sowie zwischen diesem mittleren Management und der Geschäftsführung. In den Bereichen mit besonders prekärer Beschäftigung ist es nicht selten so, dass die weniger qualifizierten Arbeiter einen Teil der Boni an das ihnen vorgesetzten mittleren Managements bezahlen müssen, während diese mittleren Angestellten wiederum die Boni ihrer Vorgesetzten zu zahlen haben. So ist eine regelrechte Kette der Lohnplünderung geschaffen worden. Der Niedriglohnsektor ist dabei Basis und Grundvoraussetzung für das Funktionieren dieses Systems.

Aber es lassen sich auch analoge Praktiken unter den kapitalistischen Unternehmern selbst beobachten. Gewöhnlicher- und förmlicherweise als Teil ihrer betreffenden Lieferverträge, kassieren die großen Einzelhandelsfirmen (retail) von ihren Lieferanten zwischen 15% und 20% allein dafür, deren Produkte in ihren Verkaufsregalen auszustellen. Das ist ein Betrag, der zur gewöhnlichen Wiederverkaufsmarge hinzuzurechnen ist, die sie bereits dafür erhalten, diese Produkte anzukaufen und an die Konsumenten weiter zu verkaufen. Darüber hinaus zahlen die Lieferfirmen informell auf verschiedenen Wegen direkt an diejenigen, die sie auswählen können. Der am meisten verbreitete und gängigste ist der Fall der Pharmavertreter, durch die die Pharmaindustrie den Ärzten „Anreize“ aller Art anbietet, damit sie die von ihnen beförderten Produkte verschreiben, auch wenn sie teurer als die möglichen Alternativen sind. Das sind Vorgehensweisen, die sich beim Umgang mit den Apotheken oder mit den öffentlichen Diensten wiederholen. Die Wirkung ist natürlich eine kettenförmige Verteuerung der Produktpreise, die letztendlich von den unmittelbaren Konsumenten getragen wird.

Aus einem allgemeineren Blickwinkel betrachtet ist das, was wir auf all diesen Ebenen beobachten, ein Prozess wachsender Bürokratisierung innerhalb der kapitalistischen Dynamik selbst. Immer mehr vermittelnde Wirtschaftsteilnehmer schalten sich zwischen die unmittelbaren Produzenten von Gütern und Dienstleistungen und die Konsumenten, aber auch zwischen die rechtlichen Eigentümer der Produktionsmittel und die Arbeitenden, die für Aufgaben der unmittelbaren Produktion einen Lohn beziehen. Das ist eine Bürokratisierung neuen Typs, die nicht mehr den fordistischen Formen der Bürokratie aus dem zwanzigsten Jahrhundert entspricht, sondern sich als eine enorme, stark wachsende, volatile und schwankende Bevölkerungsschicht etabliert. Ihr gehören die Funktionsträger für Leitungs- und Koordinierungsaufgaben an, die formell und informell die Vorteile nutzen, die

ihnen ihr lokaler und unmittelbarer Raum zur Machtausübung gewähren mag.

Und es handelt sich um eine Bürokratisierung, in der die Ressourcen des Staates komplett in den Dienst der Privatunternehmer gestellt werden. So setzen sie die Beamten konstant unter Druck, aber natürlich auch umgekehrt. Auch die Beamten können die kapitalistischen Unternehmen erpressen, weil sie vollkommen abhängig geworden sind von den staatlichen Transferleistungen. So erklärt sich auch das Grauen der Unternehmerkreise angesichts populistischer politischer Projekte. Es geht nicht mehr darum, dass das Privateigentum in Frage gestellt werden würde, wie zu Zeiten der „marxistischen Bedrohung“; es handelt sich vielmehr um den Preis, das Stückchen vom Kuchen, das die Unternehmer an jene zu zahlen haben werden, die den Legitimationsmechanismus dieses ganzen Systems beherrschen: die verwaltete Demokratie.

Denn tatsächlich wäre nichts von all dem möglich gewesen ohne die aktive und gefällige Mithilfe der Staatsdiener selbst, deren Reproduktion und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum immer mehr davon abhängt, inwieweit sie in der Lage sind, die Demokratie zugunsten des Kapitals und ihrer selbst zu verwalten. Zu diesem Zweck haben sie das fordistische Regime dauerhafter und stabiler Arbeitsrechte beseitigt und stattdessen Systeme prekärer Arbeit durchgesetzt, die Gewerkschaften zerstört, das Streikrecht vollkommen annulliert, die Werktätigen zu absolut ungleichen Verhandlungsbedingungen gezwungen. Gleichzeitig wurden das regressive Steuersystem, das Zwangssparsystem der AFP-Rentenkassen und das System der Vollkonzessionen für natürliche Ressourcen beibehalten.

Aber es geht auch darum, Beschäftigung im öffentlichen Dienst weiter zu prekarisieren; um die tatsächliche Zerstörung des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesens. Und gleichzeitig muss eine qualifizierte Mehrheit der Wählerstimmen erreicht werden, um Gesetze, die Privatinteressen berühren, zu ändern. Auch das Wahlsystem, das der Rechten die Kontrolle der Hälfte des Parlaments mit nur einem Drittel der Stimmen garantiert, darf nicht geändert werden.

Nur eine konstant fortschrittliche Rhetorik kann die Bürger disziplinieren und das Modell sichern. Nicht nur prekäre Beschäftigung und Überschuldung fesseln die Bürger an ein System, das sie alltäglich der Überausbeutung und der Negation ihres Daseins preisgibt. Sie sind auch gefangen von einer in den Massenmedien immer wieder auftauchenden Illusionskonstruktion: bald werden wir sicher die Nöte überwinden, die uns „zeitweilig“ zu

schaffen machen. Der Grundkonsens der sogenannten „politischen Klasse“ (bei denen es sich in Chile um das „Duopol“ aus Alianza und Concertación handelt), der fast einstimmig von den Medien unterstützt und verstärkt wird, ist gleichzeitig ein populistischer und nachgebender Diskurs. Ausgehend von einer merkwürdigen Rekonstruktion eines „linken“ Diskurses („all dies ist das Erbe der Diktatur“) wandelt er sich in einen von der „Behutsamkeit der Experten“ gereiften Populismus („wir erzielen tägliche Fortschritte... im Rahmen des Möglichen“).

Es handelt sich um eine Rhetorik, in der die epische Schilderung des „Kampfes gegen die Diktatur“ eine wesentliche Rolle spielt. Selbst Präsident Piñera, ein notorischer Rechter und ein mächtiger Unternehmer, zählt es zu seinen Verdiensten, im Volksentscheid von 1988 für das NO, also gegen Pinochet gestimmt zu haben. Dieser Diskurs von Personen, die Chile verraten haben, lebt von einem moralisierenden Ton. Sie seien im Exil gewesen, ihre Eltern seien ermordet worden oder dass sie vor mehr als dreißig Jahren einige Monate in einem Lager verbracht. Das ist eine Rhetorik, mit der sie sich glanzvoll von dem unterscheiden möchten, was sie „die Rechte“ nennen, nur um dann selbst die gleiche rechte Politik zu implementieren. Sie zögern nicht, auf Salvador Allende zurückzugreifen, wenn sie unter Druck geraten. Methodisch aber verleugnen sie seine Politik, wenn sie dabei sind, ihre Aufrufe zur „Verantwortung“ und zur „Umsicht“ zu verbreiten.

Die Haupteigenschaft des chilenischen Modells jedoch, die sich am besten auf andere Länder Lateinamerikas übertragen lässt, und die auch für Europa interessant ist, besteht in der außerordentlichen Fähigkeit der politischen Klasse zu kosmetischen Änderungen: Damit alles beim Alten bleibt. Ihre Fähigkeiten sind olympiareif. Sie behaupten, sie würden „anerkennen“ was sie in der Tat nicht anerkennen, sie seien „bereit zu hören“, was sie nicht hören wollen, sie hätten versucht, etwas zu tun, was sie Minuten zuvor verweigerten.

Ein Lagos, der sagt, die Bergbaukonzessionen seien vergeben worden, weil Chile „über keine Mittel verfügte“ um neue Kupferbergwerke auszubeuten; Bachelet und das gesamte politische Spektrum beim Ankündigen einer neuen Bildungsgesetzgebung; ein Bitar, der behauptet, die Hochschulkredite mit staatlicher Bürgschaft würden für die Studenten von Vorteil sein; ein Piñera, der erklärt, die Studentenbewegung von 2011 sei ein „großer, edler und selbstloser Kampf“ gewesen, das sind nur einige der Highlights dieses Stils.

Man muss berücksichtigen, dass jede Regierung nur vier Jahre im Amt ist. Wenn es Proteste gibt, heißt es „man

muss die Leute anhören“, selbst wenn man danach nichts tut. Wenn die Proteste anhalten, muss man eine riesige handlungsunfähige Kommission gründen „damit alle vertreten sind“. Wenn sich der Konflikt zuspitzt, muss man eine Expertenkommission bilden und einen Gesetzesentwurf ins Parlament senden. Wenn der politische Druck einen zwingt, ein Gesetz zu erlassen, muss man es vage genug abfassen, damit es unanwendbar oder seine Einhaltung unkontrollierbar wird. Wenn die öffentliche Meinung auf Kontrolle besteht, muss man den schlechtesten aller Unternehmer auswählen, einen der sich am Rande der Insolvenz bewegt oder der ausgesprochen korrupt ist, um ihn öffentlich mit Spott und Schande zu bestrafen und so alle anderen zu retten. Wenn der Betroffene aber über genügend Verbindungen mit der Politik verfügt, muss er kurze Zeit mit Getöse verdammt werden, um dann in aller Stille und in der Dunkelheit an seinen Berufungen und Kompensationen zu arbeiten. Aber wenn all dies nicht genügt und die soziale Bewegung ein ums andere Mal die Straßen füllt, muss man zu einem „verantwortungsvollen Verhalten“ und zur „Einhaltung der Kommunikationswege“ aufrufen. Man muss mit dem „Chaos“ drohen und mit den „faktischen Mächten“, man muss daran erinnern, dass „Chile eine Aufgabe für alle ist“, Expertenmeinungen einholen, darauf verweisen, was man in „entwickelten Ländern“ macht, verdeckt damit drohen, dass wir „nicht das Unheil erneut erleben wollen, das unser Land schon einmal getroffen hat“. Man muss die „Unnachgiebigen“ anklagen, nicht „zum Dialog bereit“ zu sein, „die Grundregeln der Demokratie nicht zu beachten“ und „das internationale Prestige unseres Landes zu gefährden“. Macchiavelli könnte auf dieser Grundlage seinen *Il Principe* neu schreiben, würde aber dreimal so viel Seiten dafür benötigen.

Ein solch geschicktes Verhalten der Staatsvertreter ist nur möglich dank der ständigen Förderung rein individueller Interessen. Der rein private Nutzen wird allenthalben gepredigt. Rücksicht auf die Umwelt oder gar deren Schutz, Rücksicht auf die Menschen, die schließlich die Folgen erleiden, all das gilt als nutzlos. Die Mentalität der Erfolgsorientierung verlangt nach präsentablem Erfolg und teurem Konsum. In dieser Mentalität gibt es keine Grenzen des Selbstnutzens. Wer sich immun zeigt gegenüber den Folgen des eigenen Handelns und sich aus jeglicher gesellschaftlichen oder solidarischen Verantwortung verabschiedet, macht „Nächstenliebe“ zur geheiligten Ausnahme. Eine Nächstenliebe, die sich vollkommen in Paternalismus kleidet, in geheucheltes gutes Gewissen oder sogar nur eine weitere Gelegenheit ist für gute Geschäfte. Es gibt bereits zwei traditionelle chilenische Institutionen, die davon ein dramatisches Zeugnis ablegen: die „Teletón“, ein Spendenmarathon zugunsten behinderter Kinder, sowie das Obdachlosenheim „Hogar

de Cristo“, das von der katholischen Kirche einer Privatfirma in Konzession verpachtet wurde.

Diese Mentalität hat eine neue öffentliche Subjektivität begründet. Ärzte in öffentlichen Krankenhäusern erlauben sich ohne moralische Skrupel als Inhaber einer Privatpraxis an den Ausschreibungen von Dienstleistungen teilzunehmen, die sie selbst während ihrer regulären Arbeitszeit bereitstellen sollten. Ja, sie gewinnen solche Ausschreibungen und bieten die betreffenden Dienstleistungen zu den gleichen Terminen an. Niemals jedoch würden sie auf ihre regulären Einkünfte aus der Staatskasse verzichten.

So wird es möglich, dass die privaten Schulunternehmer in Grund- und Mittelschulen darauf drängen, dass ihre Schüler als Personen mit „besonderem Förderbedarf“ (wie Aufmerksamkeitsdefizit oder leichter Sprachschwäche) diagnostiziert werden, nur weil sie deswegen im Vergleich zu „normalen“ Kindern den dreifachen Subventionsbetrag für das betreffende Kind empfangen können. So wird es möglich, dass Ärzte ihre Privatpatienten behandeln, während sie eigentlich die Grundversorgung gewährleisten müssten. So können Bürgermeister die Mittel für Bildung zweckentfremden womöglich sogar aufs eigene Konto, ohne dass irgendwer das wirklich kontrolliert. Die Parlamentsangehörigen entscheiden einvernehmlich und über Parteigrenzen hinweg, nur noch zwei Tage pro Woche zu arbeiten, um die anderen drei Tage mit vom Staat getragenen Fahrtkosten in ihre Bezirke zu reisen, nur um dort permanent für ihre Wiederwahl zu werben. Es führt auch dazu, dass die politischen Parteien ohne jegliche Rückfrage bei den Wählern die Personen bestimmen, die die wegen Rücktritt oder Todesfällen frei werdenden Sitze ihrer Organisationen im Parlament einnehmen werden. Es führt dazu, dass die Hochschullehrer der staatlichen Universitäten privat betriebene Graduiertenprogramme einrichten, dabei den Namen und die Einrichtungen der Universität nutzen und im Gegenzug nur einen Teil ihrer Gebühreneinnahmen abtreten; oder dass sie private Gesellschaften bilden, um im Namen der Universität und oft auch unter Nutzung von deren Infrastruktur an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Es führt dazu, dass leitende Beamte Vorstandsmitglieder der von ihnen kontrollierten Privatfirmen werden. Es führt dazu, dass die Beamten die Verträge zwischen Staat und Privatfirmen absichtlich vage gestalten, auf Staatskosten Gewinnmargen garantieren und jegliche Kontrolle oder Strafzahlungen wegen Nichterfüllung der vertraglichen Vereinbarungen durch die Privatseite erschweren, selbst wenn Nichterfüllungen staatlicherseits oft mit gravierenden Vertragsstrafen belegt sind. Es führt dazu, dass millionenschwere „Geheimfonds“ des Staatspräsidenten und der wichtigsten Ministerien existieren, die wiederum auf

Grund parteiübergreifender Beschlüsse von jeglicher formeller Rechnungslegung oder öffentlicher Einsichtnahme ausgeschlossen sind. Es führt dazu, dass der Senat der Universität aller Chilenen mit Hinweis auf ihren staatlichen Charakter staatliche Finanzierung verlangt, sich aber gleichzeitig selbst vor Gericht weigert, die Gehälter der Funktionäre und Hochschullehrer bekannt zu geben, wozu er per Gesetz verpflichtet wäre. Und so weiter und so weiter.

Zwei Aspekte sind wesentlich für diese Mechanismen: ihre „Normalität“ und ihr Elitismus. Die Bezeichnung Korruption wäre eine moralisierende und voreilige Sichtweise. Denn in Wirklichkeit ist das Teil der normalen, weitgehend institutionalisierten Funktionsweise des Systems. Es geht darum, dieses System theoretisch zu durchdringen, denn es handelt sich nicht um Ausnahmen oder Zufall. Die bürokratischen Interessen sind als etwas Besonderes zu betrachten, sie sind nicht einfach nur „anormale“ oder „korrupte“ Verlängerung der kapitalistischen Interessen. Der „Neoliberalismus“ ist so nicht mehr ein exklusiver Auswuchs der kapitalistischen Logik, sondern eine grundlegend neue Kombination, ein Bündnis zwischen den Interessen der kapitalistischen und der bürokratischen Klasse. Es handelt sich nicht um Beihilfe oder Mittäterschaft des Staats zur Sicherung kapitalistischen Gewinnstreben, also eine Art Verrat an den „wahren“ Zwecken des modernen Staates. Nein, das ist das Wesen des Staates: Die staatlichen Vertreter haben eigene Interessen, sie sind Teil einer sozialen Klasse. Sie bilden, zusammen mit den Bürokraten der großen kapitalistischen Unternehmen und Banken (deren höheres Management, nicht deren Eigentümer), einen Teil des herrschenden Klassenblocks, der mittels Aneignung und Verteilung von Mehrwert, den Missbrauch des realen von den unmittelbaren Produzenten geschaffenen Reichtums verwirklicht.⁸

Mehr als diese Grundfragen, die die Vertiefung des „neoliberalen“ Modells mit dem Aufkommen der bürokratischen Macht in Verbindung bringt, interessiert mich am Ende dieses Kapitels der elitäre Charakter, der sich ausdrückt in der Art und Weise, die Herrschaft über die Gesellschaft zu organisieren. Da es sich um eine Form von Ausbeutung handelt, geht es selbstredend um die Herrschaft einer Minderheit. In der marxistischen Tradition ist

⁸ Zur doktrinären, grundlegenden Annäherung an dieses Problem, auf das ich hier nicht näher eingehen werden, verweise ich auf die Argumentation, die ich in der zweiten Ausgabe des Vorschlag eines hegelschen Marxismus veröffentlicht habe, die sehr bald im Internet unter der Creative-Commons-Lizenz verfügbar sein wird.

⁹ Zum Unterschied zwischen „Klassenanalyse“ und „Schichtenanalyse“, siehe auch den in der vorigen Fußnote angegebenen Text: Vorschlag eines hegelschen Marxismus.

es möglich die schräge und mystifizierende Eleganz des Ausdrucks "élites" zu umgehen, mit dem sie die bürgerlichen Standardsoziologen bezeichnen. Nennen wir sie als das, was sie sind: ein Block herrschender Klassen.

Ein bürgerlich-bürokratischer Klassenblock, der seinerseits von einer drastischen Differenzierung in Schichten durchquert wird.⁹ Die enormen Unterschiede in der Einkommensverteilung, die ich in vorangegangenen Abschnitten dieses Textes kommentiert habe, können hinsichtlich sozialer Klassen und Schichten als der tiefe Unterschied verstanden werden, der äußerst wenige nationale Kapitalisten (viel weniger als 1% der Bevölkerung) sowie das obere Management der Privatunternehmen und des Staatsapparats (durchaus bis zu 10% der Bevölkerung) von den restlichen 90% der Chilenen trennt.

Was die erste dieser Zahlen, die knappen 1% (oder eher 0,1%) der Chilenen betrifft, die große Industrieunternehmer, Banker oder Handelstreibende sind, ist eine melancholische Überlegung angebracht. In Wirklichkeit stellt ihr für den Rest der Chilenen kaum ermesslicher und unerhörter Reichtum nicht mehr als Krümelchen dar, die in ihren Händen als vermittelnde Satrapen verbleiben, nachdem das multinationale Großkapital den in Chile produzierten Reichtum geplündert hat. Die schlichte und tragische Wahrheit ist, dass praktisch der ganze von diesem Land produzierte signifikante Reichtum von den multinationalen Konzernen abgeschöpft wird. Und um das festzustellen, genügt es, die Hauptklaven zu betrachten, von denen aus der „Erfolg“ des chilenischen Modells erzeugt wird: 70% der Kupferexporte und der größte Teil des Eigentums der AFP (Rentenversicherungen) befinden sich in den Händen des ausländischen Kapitals. Die „nationalen“ Kapitalisten pflegen starke Verbindungen mit dem transnationalen Kapital, was Eigentum und Verschuldung betrifft. Mit anderen Worten: der „nationale“ Kapitalismus hat praktisch nichts Nationales an sich.

Die zweite Zahl ist hingegen für die Politik dieses kleinen Landes relevant. Wenn wir feststellen, dass die privaten Krankenversicherungen 16% der Bevölkerung versorgen, dann ist diese Angabe äußerst bedeutsam. Es handelt sich um jene Familien, die diese Krankenversicherung bezahlen können. Das sind mittlere Unternehmer, aber vor allem die hohen Funktionäre, die sowohl aus Staat wie aus Privatwirtschaft ihren Nutzen ziehen können. Sie tun dies mittels ihrer „Expertise“, mittels ihres an eigenen Interessen ausgerichteten Form des Managements, wodurch sie nicht nur öffentliche Mittel manipulieren, die in Wirklichkeit das wichtigste „nationale Unternehmen“ darstellen, sondern auch die privaten Mittel, die ihnen von kleinen und mittleren Aktionären anvertraut werden.

Der Fall des Unternehmens Ripley ist in dieser Hinsicht bezeichnend: Seine eigenen Geschäftsführer haben die kleinen Aktionäre betrogen, die sie trotzdem auf ihren Posten in der Aktionärsversammlung bestätigten. Diese Situation wiederholt sich überall auf der Welt.

Gegen diese Privilegierten stehen die restlichen 90%, die realen Reichtum produzieren. Von kleinen Unternehmern, die vom Finanz- und Handelskapital ausgenommen werden, über die kleinen und mittleren Staatsbediensteten und die Vertreter freier Berufe, bis schließlich zu den Arbeitenden, die handfeste Güter produzieren, welche letztendlich die Quelle des Mehrwerts sind, mit dem alle anderen unterhalten werden.

Für diese 90% sieht die Wirklichkeit prekäre Beschäftigung vor und Verschuldung wegen der hohen Kosten von Gesundheitsleistungen, Bildung sowie Altersfürsorge für die Familien und auch wegen des maßlosen Kreditwuchers im Einzelhandel.

Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse hat jedoch sehr komplexe Folgen für die Entwicklung von Politik, für das Entstehen von Empörung und für die Perspektiven von sozialen Bewegungen. Die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen ist für jedermann offensichtlich und jeder erlebt sie am eignen Leib. Aber eben dieser prekäre Charakter fesselt die Menschen an die wenige und schlechte Arbeit, die sie bekommen können. Gewerkschaftsmitgliedschaft, Tarifverhandlungen oder auch nur passive Proteste am Arbeitsplatz gelten als existenzgefährdende Verhaltensweisen. Die Unternehmen wiederum sind ständig damit beschäftigt, neue Maßnahmen zu entwickeln, um diese Unsicherheit aufrecht zu erhalten, daran zu erinnern und von Zeit zu Zeit ihre willkürliche Macht als disziplinierende Maßnahme unter Beweis zu stellen. Die Präpotenz chilenischer Unternehmer ist in Lateinamerika sprichwörtlich. Ihre Arroganz stützt sich auf eine Übermacht, der keine Grenzen gesetzt werden. Die mittleren und kleinen Unternehmer tragen eine ähnliche Haltung zur Schau sei es als kulturell hochtrabende oder ordinäre Widerspiegelung. Ihr doppelter Charakter macht es noch schmachvoller: Überheblichkeit gegenüber den Werktätigen, maßlose Unterwürfigkeit gegenüber größeren und mächtigeren Unternehmern, von denen sie oft auf ebenso doppelte Art und Weise geschröpft werden.

Die Verschuldung verlängert und verschlimmert diese Knechtschaft. Einerseits ist sie eine mächtige Droge und ermöglicht die Flucht in den eitlen und exhibitionistischen Konsumismus, den die millionenschwere Werbung als Status- und „Erfolgs“-Symbol anpreist. Andererseits lastet sie auf den Ängsten der Menschen, erzwingt wei-

tere Unterwürfigkeiten, und fördert ein Verlangen nach Sinnstiftung, nach etwas, ganz gleich was und auf Kosten von wem auch immer.

Verschuldung, Unterdrückung und Wucher prägen das Leben des Einzelnen in Chile. Die großen Handelshäuser, aufgestellt wie Banken, erhalten von der Zentralbank Geldmittel zu 5% Jahreszins und können diese Mittel als Konsumkredite für Jahreszinsen von 50% oder 60% vergeben. Chilenische Bürger, die kaum mehr als den Mindestlohn verdienen, können ohne jegliche öffentliche Kontrolle drei oder vier Kreditkarten besitzen. So entstehen millienschwere Gewinne auf der einen Seite, Ängste und der Zwang, die schlechten Beschäftigungsverhältnisse ohne jeglichen Protest beizubehalten, auf der anderen.

Vieles ist über die Auswirkungen dieser alltäglichen Unterdrückung auf die Subjektivität veröffentlicht worden. Chile weist Rekordzahlen bezüglich Kindesmisshandlung, Gewalt in der Familie, Aggressivität im öffentlichen Raum auf. Und auch die individuellen Folgen sind erschreckend. Wachsende Depressionsraten, die Zunahme an psychosomatischen Erkrankungen, Dysfunktionen in der Kommunikationsfähigkeit und emotionale Beziehungsstörungen kennzeichnen die psychische Lage.

Geradezu unheimlich ist die Wendung, die diese Entwicklung der Subjektivität genommen hat. Denn auch sie ist zu einem riesigen Geschäft geworden. Chile ist wahrscheinlich eines der wenigen Länder auf dieser Erde, wo man zwei oder drei Apotheken an ein und derselben Straßenecke finden kann. Angstlösende Mittel, Antidepressiva, Muskelrelaxanzien, Tabletten gegen Allergien, gegen Magenleiden, Schlaftabletten, Tabletten um sich wach zu halten – all das geht hier über den Ladentisch. Apotheken und Arztpraxen ersetzen den sozialen Protest mit Arzneimitteln. Die Empörung, die sich ohne schwerwiegende Anstellungs- und Lohnrisiken nicht äußern lässt, kommt schließlich als Somatisierung des Unbehagens zum Ausdruck. Das endet in einem dumpfen Raunen von Medizinern, die das ganze in pharmazeutischen Fachzeitschriften noch ideologisch verbrämen. Sie tun nichts anderes, als das Leiden noch zu verlängern und zu vertiefen. Chile ist das Land des depressiven Zusammenbruchs. Von der einfachsten Arbeiterin bis zum faschistoiden Präsidentschaftskandidaten – alle stehen unter einem gemeinsamen Zeichen: Jede plötzliche Steigerung des ständigen Stressniveaus führt zum Kollaps.

Unter solchen Umständen kann es nicht verwundern, dass die Schüler und Studenten oder die absolut Armen in den Randzonen der Städte oder die Fußballfans die mit allen Mitteln unterdrückte soziale Gewalt öffentlich machen. Die Schüler und Studenten bringen das Unbe-

hagen ihrer Familien und ihr eigenes Angesicht einer solchen Zukunft ans Tageslicht. Die absolut Armen entladen ihren verhaltenen Zorn bei jeder öffentlichen Massenveranstaltung.

Und so ist Chile eine zutiefst gewalttätige Gesellschaft. Jene, die nicht sehen, die ergriffen von einem blinden Gefühl von Allmächtigkeit und Straflosigkeit andere missbrauchen, können nicht grenzenlos dunkle Winde säen und weiter säen. Sie werden früher oder später die von ihnen entfachten Stürme ernten müssen. Sie werden die Stürme ernten. Erst dann wird endlich Chiles Stunde schlagen.

Carlos Pérez Soto ist einer der bekanntesten linken Theoretiker in Chile. Ursprünglich ausgebildet als Physiker unterrichtet er an verschiedenen Universitäten in Chile u.a. marxistische Theorie, Grundlagen der Psychologie und der Antipsychiatrie sowie die Geschichte des Tanzes. Er steht im intensiven Austausch mit den sozialen Bewegungen und ist an den Bildungsprotesten beteiligt.

Chile, la alegría (neoliberal) ya viene

Wie die Medien den Wettbewerb in den Köpfen verankern.

Miguel Castello

Chile, hoy, después de 40 años del golpe militar. Si de lo que se trata es de pensar este Chile de hoy con la plena memoria de lo que fue el golpe de Estado, me parece que de lo que estamos hablando es de saber cuál es su significación en el presente. Hay algo curioso en volver a ese momento del '73 para insistir en lo irrevocable del pasado, como si el pasado se hubiera quedado realmente atrás, como si los culpables o responsables del pasado debieran ser los únicos en tener que dar cuenta de lo que ocurre en el presente, y los otros, los que no tuvieron nada que ver porque no estaban directamente relacionados, pudieran seguir haciendo del presente su propio negocio rentable. Me parece que esto se debe a una cierta significación del golpe militar, que es necesario cuestionar. Que es necesario volver a preguntarse por lo que parece obvio, es decir: qué fue el golpe militar?

Para aquellos a quienes el golpe militar debe quedar definitivamente disociado del presente, para limpiar la imagen actual de la injusticia y de la desigualdad en Chile, la respuesta a esta pregunta consiste en decir que el golpe fue una ruptura política respecto de la organización democrática del país, interrupción política que se habría corregido a partir del año 1988 con el plebiscito del Sí y el No. Para aquellos que queremos insistir en dar cuenta de la injusticia y de la desigualdad existente en el Chile de hoy, el golpe no fue solo una interrupción política de la democracia, sino la interrupción de un proyecto que se llamaba socialismo.

Respecto de ese proyecto, no ha habido ninguna corrección, sino más bien agravantes. Lo que el golpe militar significa es, por esos agravantes - que van más allá incluso del proyecto específico del socialismo de Allende-, el comienzo de la implementación, primero jurídica y luego institucional, del neoliberalismo en Chile. Me parece que si de lo que se trata entonces es de reunirnos a pensar en el Chile de hoy, teniendo como hito el golpe militar, ese hito ya no puede ser el centro de la reflexión, sino tan solo eso, un hito, dentro de algo más general, que es la significación del golpe hoy, es decir, el neoliberalismo. Es en esos mismos términos, que Chile es solo

un hito en el desarrollo del neoliberalismo mundial, y no necesariamente el más claro o el más efectivo. En otros términos, pensar en el Chile de hoy, no significa mirar el neoliberalismo desde Chile, sino más bien al revés, mirar a Chile desde el neoliberalismo. Y, en consecuencia, dejar de mirar a Chile como una excepción -la del golpe militar, que habría permitido el desarrollo del neoliberalismo-, y observarlo como un caso del neoliberalismo entre otros posibles. Es decir, mirar a Chile, y mirarlo para atrás, en la historia de estos 40 años desde el golpe militar, significa mirarlo desde el mismo neoliberalismo que se expresa desde hace también algún tiempo en Estados Unidos y en Europa. Es un acto político relevante decir hoy que la ruptura política ocurrida en Chile con el golpe no se resuelve ni se resolvió con el plebiscito ni con la democracia de los consensos, pues la ruptura política es al mismo tiempo una ruptura con todo lo que los movimientos sociales y políticos habían obtenido durante décadas en Chile en términos de justicia y de igualdad, política, social y económica.

Es en ese sentido, igualmente, que se puede pensar en ese momento del plebiscito, desde hoy, como un hito también importante del desarrollo del neoliberalismo. Es desde esa perspectiva que me parece interesante pensar en el slogan de la campaña del NO, "Chile, la alegría ya viene". Hay, en la película de Pablo Larraín, "NO", una explicación muy interesante de lo que esa alegría significa. En principio, la película trata de la campaña publicitaria del No, y más aun, de la relevancia que adquiere un joven publicista en la orientación de la campaña. Esa orientación queda muy clara desde el inicio de la película: hay que ganar el plebiscito, y no es volviendo al pasado, es decir, a las razones del golpe, que se va a lograr. No, hay que mostrar la alegría que viene, desligada de los movimientos sociales y políticos reales por la justicia y la igualdad. La película de Larraín ha sido criticada por aquellos que dicen que no expone suficientemente el contexto político de la campaña y menos aun las condiciones reales de las relaciones de fuerza, en las que la oposición jugó un rol fundamental para que se llevara a cabo el plebiscito. Lo que a mí me parece es que el tema de la pelí-

cula no es ese, es decir, las peleas reales que se daban en la calle, sino la realidad de la lógica política que en ese momento se está fraguando. O en otros términos, que si la película se concentra en la campaña publicitaria, no es porque “reduzca” toda la campaña por el NO a una campaña publicitaria, sino porque la política que allí se está jugando para el futuro de la política en Chile es precisamente lo que se le critica a la película: la implementación de la reducción de la política a una política publicitaria y plebiscitaria de la oligarquía. Mi idea es mostrar en qué sentido esa política de “la alegría ya viene” es coherente con la implementación del neoliberalismo, o en otros términos, con la alegría neoliberal: reducir la alegría a una operatoria de satisfacciones singularizadas, individuales o grupales, de tal manera que permita la implementación de una oligarquía política coherente con el desarrollo del neoliberalismo.

Para explicitar el desarrollo de mi argumentación, me parece necesario especificar por una parte cual es la lógica interna del neoliberalismo, cual es el principio que lo moviliza, cuales son los mecanismos que permiten la implementación de este principio y cuales el objetivo de esta implementación. Para ello, me interesa en primer lugar, disipar el terreno de dos falacias recurrentes sobre el neoliberalismo.

La primera falacia es que el neoliberalismo consistiría en oponer los intereses individuales a los intereses del Estado, de manera que se puedan privilegiar la defensa de los intereses individuales. La segunda falacia es que el neoliberalismo consistiría en suprimir o disminuir al mínimo el rol del Estado en la organización interna de la sociedad.

Respecto del primer punto, importa decir que el neoliberalismo no consiste en privilegiar los intereses del individuo, sino en la privatización de individuo mismo dentro de las relaciones de la concurrencia capitalista. Esta privatización es una privación a la vez de lo público y de lo privado del individuo, en función de una expropiación generalizada de la riqueza social. Privación de lo público en los términos de una reducción del individuo a un espacio que lo desligue de los espacios públicos de decisión en los cuales él mismo se constituye como sujeto social. Privación de lo privado en el sentido de una puesta a disposición del individuo a su reducción en un agente de capitalización y de expropiación. Mi idea es mostrar cómo operan conjuntamente esas dos formas de privatización y esa expropiación en el neoliberalismo.

Respecto del segundo punto, es imprescindible mostrar que el Estado, para los neoliberales, debe jugar un rol activo en la implementación de los mecanismos propios al

neoliberalismo. Que ese rol no se reduce en ningún caso a “ponerse a un lado” y dejar que el mercado funcione solo, sino muy por el contrario, el rol del Estado es facilitar a través de mecanismos muy precisos la realización de un mercado neoliberal.

En términos teóricos es importante insistir en la redefinición neoliberal del concepto mismo de mercado. El mercado no es para los neoliberales un espacio natural que se organiza espontáneamente. No es tampoco un espacio físico en el cual se produce el intercambio de bienes producidos socialmente. El mercado es para los neoliberales un espacio que hay que “construir” a partir de un principio formal, que ellos llaman el principio de la concurrencia de capitales. Es en este sentido, que si el mercado no es un espacio natural, espontáneo, de intercambio de bienes, sino un espacio a producir para la concurrencia de capitales, lo que importa es determinar cuáles son los mecanismos que deben utilizarse para realizar ese principio formal de la concurrencia. El Estado es, para los neoliberales, esencial en esa realización, en el sentido de implementar los mecanismos que permitan la privatización de las relaciones de carácter público, en primer lugar de la acción pública misma en relaciones de capitalización. No se trata, por esto, solo de privatizar las instituciones o los bienes de carácter público, sino también, y esencialmente, de privatizar las relaciones entre la acción pública del Estado y los grupos o individuos de una sociedad.

Podemos ahora entonces enunciar la lógica, el principio, los mecanismos y el objetivo del neoliberalismo de manera breve. La lógica del neoliberalismo puede definirse no solo como una lógica económica, sino como una lógica política: el liberalismo es una lógica en su manera de gobernar. Esta lógica está fundada en un principio que debe orientarla en todos sus aspectos: el principio de la concurrencia. El mecanismo general es la privatización de las relaciones privadas y públicas para su conversión en relaciones de capitalización. Ese mecanismo puede adquirir diferentes nombres, como por ejemplo, singularización o autonomización. Singularización cuando se trata del mecanismo que opera por ejemplo entre el Estado y el individuo (bonos, subsidios, becas, ayudas). Autonomización cuando se trata de la relaciones entre el Estado y las diferentes instancias, más o menos institucionalizadas (autonomía de las universidades, autonomía de los municipios, autonomía de proyectos locales). Pero también, en el sentido, de la singularización de las relaciones entre los individuos entre sí, como por ejemplo en todo lo que se refiere a la familia, las reglas de conducta, los contratos de trabajo. Esos mecanismos de privatización-singularización-autonomización, no son en sí ni el principio ni el objetivo del neoliberalismo.

El principio es, como decíamos, la creación permanente e indefinida de un espacio de concurrencia de capitales, y el objetivo es la expropiación de la riqueza social hacia las instituciones de capitalización y de gestión de los flujos de capital. Como los mecanismos de privatización-singularización-autonomización, no bastan para esta expropiación, aunque ellos sean suficientes para la creación del espacio propio al principio formal de la concurrencia, es necesario que ellos contengan a su vez un mecanismo que los haga internamente dependientes de la expropiación: dos de los mecanismos más importantes en esa dirección son, por una parte, el endeudamiento, y, por otra, la gestión de aspectos "vitales" de los individuos, tales como la salud o la vejez [sistemas de capitalización de la salud y de la jubilación].

El neoliberalismo es al mismo tiempo una teoría de la organización política del estado y una teoría de la organización social. Es importante insistir sobre este doble carácter de la teoría neoliberal, porque es necesario entender la coherencia interna de esos dos aspectos, la necesidad de la doble implementación neoliberal. En términos teóricos, el neoliberalismo consiste en considerar que los procesos de organización social y política se fundan en la organización de la heterogeneidad de los intereses singulares. La pregunta que los neoliberales se plantean es: como conseguir a partir de la irracionalidad individual y en consecuencia, de la irracionalidad social, una forma de organización social que permita regular por ella misma la sociedad, de modo tal que se consiga al mismo tiempo una cierta estabilidad social, una fuerte productividad económica y la expresión de la heterogeneidad de los intereses de los individuos que componen la sociedad? No se trata en ese sentido de separar el Estado y la sociedad, de manera tal que, como para los liberales clásicos, se puedan oponer los intereses individuales e incluso algunos intereses colectivos, a los intereses del Estado, para limitar el poder estatal. De lo que se trata es de hacer que el principio formal de la concurrencia permita expresar la heterogeneidad de los intereses existentes al interior de la sociedad, sin que esa heterogeneidad inhiba la posibilidad de la organización social, y que ese principio formal sea al mismo tiempo un principio de organización política. Se trata de encontrar un principio de coherencia interna por medio del cual los intereses individuales correspondan a una cierta racionalidad social y política. En otros términos, de lo que se trata para los teóricos neoliberales es de hacer de la concurrencia un principio formal que permita obtener un imperativo social sin necesidad de la mediación de la moral individual ni de una racionalidad subjetiva.

Dado que la heterogeneidad de los intereses existentes al interior de la sociedad, heterogeneidad que es cons-

titutiva de la sociedad misma, puede conllevar a la crisis de la cohesión social, la manera de lograr mantener esta cohesión social a partir de la heterogeneidad de intereses es que esos intereses se encuentren de hecho constreñidos en su realización misma – y no por una autoridad exterior – a participar de la organización productiva. El principio de la concurrencia tiene la ventaja de que es un principio operatorio.

Pero, precisamente, como la concurrencia no es natural, en el sentido en que ella no se da de manera espontánea en la sociedad, el Estado debe tener un rol activo en su puesta en práctica. El mecanismo que permite concretamente la implementación de la concurrencia es la conversión de toda actividad individual y social en "flujo de capital". En Chile esto es bastante manifiesto en la educación. Si en Chile la educación obedece a un modelo neoliberal no es solo porque las instituciones educativas están en gran parte en manos privadas, sino esencialmente porque ella obedece al mecanismo de conversión en capital de manera precisa: educarse es invertir, y para invertir es necesario obtener un capital que pueda ser invertido. Si ese capital no se posee, la capitalización podrá obtenerse por medio de créditos, que son formas de capitalización y de recapitalización futuras. El Estado no debe intervenir para perturbar los mecanismos propicios al flujo posible de capitalizaciones, sino por el contrario debe crear todos los mecanismos para que ese flujo se extienda lo mejor posible a toda la organización social. Es por esto que el Estado no debe en ningún caso ofrecer ni educación gratuita ni créditos que inhiban los procesos de flujo de capital, sino ofrecer la garantía que ese capital podrá circular por los medios que son los más propicios, se entiende, por medio del sistema bancario y financiero. El Estado en ese sentido no es exterior al mecanismo de la concurrencia, muy por el contrario, es un agente activo en dos sentidos: por una parte, implementando un régimen de educación que obliga a los estudiantes a transformarse en agentes de la concurrencia, y por otra parte, haciéndose él mismo agente de la concurrencia en su transformación en garante de una transferencia permanente de los recursos del estado hacia el sector bancario y financiero. El principio de la concurrencia debe ser aplicado en todos los ámbitos: instituciones del Estado, educación, salud, justicia, criminalidad, entre otros. Su aplicación consiste en aislar los elementos de cada uno de esos ámbitos, singularizarlos, para luego hacerlos operar según el principio de la concurrencia. Quisiera insistir en que el aislamiento no es el fin de la política neoliberal, sino uno de los mecanismos esenciales para obtener el verdadero fin que es la concurrencia, la competencia entre ellos por la obtención de capital. Este aislamiento permite que cada unidad social, individuos, grupos o instituciones, se con-

vierta en una unidad de capital dentro de un flujo general de capitales. Se trata de que incluso las unidades que en principio no "poseen" un capital, como suele decirse, puedan operar según la lógica del capital. Como conseguirlo? El ejemplo de Chile es en ese punto paradigmático: el endeudamiento. El mecanismo más propicio para hacer que cada unidad social se transforme en unidad de la concurrencia es convertirlo en agente de capital, en unidad capitalizable. El endeudamiento es el mecanismo concreto que permite lograrlo. Los individuos, los grupos y las instituciones son unidades concretas de la concurrencia gracias al hecho de que son ellos mismos unidades financieras gracias al endeudamiento. Que el endeudamiento en Chile se haya extendido hasta los sectores más pobres y que sea la regla en los sectores sociales medios, no es una consecuencia del liberalismo, sino el mecanismo necesario para hacerlo funcionar.

Sin embargo, aunque es el mecanismo más importante, no es el único. El segundo aspecto de mi presentación consiste en mostrar que los mecanismos de orden legislativo e institucional están ligados a otros mecanismos sin los cuales sería, según mi parecer, muy difícil obtener los resultados que se han obtenido en Chile durante estos 40 años, en especial durante los últimos 23 años. Quisiera aclarar que no me refiero a procesos propiamente psicológicos, sino al mecanismo que hace que la singularización y la concurrencia sean vividos como imprescindibles. De lo que quisiera hablar es entonces de un mecanismo que no opera en el individuo propiamente tal, sino directamente en una modalidad básica de las relaciones sociales: la comunicación.

Lo que quisiera mostrar en primer lugar respecto de este punto es que es necesario pensar la neo-liberalización de la comunicación en Chile no tanto en términos de la privatización de los medios de comunicación, que es sin duda de un carácter simplemente obscuro, sino más bien en los términos de la inserción del principio de la concurrencia al interior de los procesos propios a lo que llamamos comunicación. Me parece que la cantidad de información o la diversidad de contenidos propuestos por los medios de comunicación son problemas secundarios si consideramos el análisis de la generalización del principio de la concurrencia al interior de los procesos internos a los medios de comunicación. La idea central es la misma que ya he enunciado: la comunicación debe ser ella misma la manifestación de la concurrencia de intereses heterogéneos y múltiples, de tal forma que pueda funcionar bajo la forma de la pluralidad informativa, sin con ello perturbar en lo más mínimo la lógica de la concurrencia. Muy por el contrario, esa diversidad debe fortalecerla.

En ese sentido, me parece importante considerar los medios de comunicación, no como el vehículo o el medio de imponer, a través de la transmisión de ciertos contenidos, la ideología neoliberal, sino comprender cómo los medios de comunicación son los operadores culturales prácticos del neoliberalismo, en la doble medida en que por una parte, ellos mismos operan según la lógica de la concurrencia informativa, y por otra, en que la información es percibida y utilizada como una unidad singular dentro de esta concurrencia informativa. En otros términos, me parece posible mostrar que la comunicación es en el neoliberalismo, un mecanismo de conversión de la información en capital. El procedimiento es el mismo que ya he expuesto: transformar a la comunicación en unidades aisladas para poder luego insertarlas en el juego de la concurrencia, de tal manera que haya una coherencia fuerte entre la diversidad de la información y la continuidad formal entre una información y otra. Dicho de manera muy simple, que sea posible pasar de la ley de pesca a las encuestas electorales, y luego al partido de fútbol de la selección, y luego al rating de las telenovelas, y luego a las marchas de los estudiantes, y luego a la conmemoración del golpe de estado, y luego de vuelta al campeonato de fútbol nacional y a la Copa Davis, todo ello acompañado permanentemente de publicidad. Es decir, que cada una de esas informaciones pueda regularse según la lógica de la concurrencia de intereses diversos y heterogéneos, sin producir ningún conflicto o contradicción entre ellas ni entre los ámbitos sobre los que tratan. Deben ser informaciones relativamente breves, en ningún caso explicativas o argumentativas, marcadas de alguna tonalidad emocional o afectiva particular y organizadas según un orden visual (y auditivo en los casos en que se pueda) que permita fácilmente desplazarse entre ellas, detenerse en alguna para luego desplazarse sin trabas hacia otra. El hecho de que las informaciones estén organizadas según algunas reglas que permiten su clasificación en categorías como deportes, política, sociedad, cultura, espectáculo, no impide el funcionamiento general de la concurrencia, sino que por el contrario, lo estimula. Pues se puede pasar de una categoría a otra en tan solo algunos minutos. La ganancia ideológica obtenida por el neoliberalismo no está en el control directo de los contenidos, o en el de la información, sino en la puesta en práctica de la concurrencia informativa, en sus dos aspectos, como concurrencia entre los periodistas y como concurrencia entre las unidades informativas mismas. En otros términos, la ganancia ideológica es que la información pueda funcionar como un capital, es decir, como capital informativo. Es en esos términos que me refiero a la idea de un operador cultural, pues el mecanismo de conversión de la comunicación en capital informativo crea las condiciones efectivas, y no simplemente ilusorias, de la sensación de integración social, la sensación

de vivir cada uno, también en cuanto unidad informativa, en un mismo mundo, sin que haya ningún compromiso existencial concreto en la creación de ese mundo común. Este operador cultural permite al mismo tiempo la conservación de la estratificación social, según los usos del capital informativo, en el sentido del uso de la diferenciación de la información como garante de la capacidad concurrencial. No pretendo decir que este mecanismo esté aislado de los otros mecanismos del neoliberalismo, sino todo lo contrario, que él corresponde a una misma lógica. Es posible afirmar, por ejemplo, que la privatización de la educación, en el sentido de la privatización de las relaciones entre las instituciones educativas y los estudiantes, concebidos como unidades de capitalización, y como antes lo intenté hacer percibir, como unidades de endeudamiento y de circulación de capitales en el sistema financiero, forma parte de un mismo proceso junto con la capitalización de la información.

Baste enunciar rápidamente la oferta educacional, por medio de formaciones técnicas y de post-gradados, totalmente sometida a la competitividad del mercado educacional para darse cuenta que hay una coherencia entre la capitalización informativa y la capitalización de títulos profesionales, en el sentido de que esas formaciones no enseñan propiamente un oficio, sino más bien un cierto manejo de la información de la cual el título mismo forma parte. La conversión de la información en capital juega un rol importante en la percepción de las relaciones del individuo con la sociedad, pues crea una realidad particular en la que la existencia social del individuo pasa por la singularización de esas relaciones. Esta singularización es coherente con una existencia concebida como capitalización en la medida en que lo que la información permite en términos prácticos, para el neoliberalismo, es la percepción de una vida social a la que no se puede acceder de otra manera que invirtiendo en ella, invirtiendo la existencia personal sin ningún compromiso existencial.

Es por esto que frente al mecanismo de singularización de la información que permite su conversión en factor de concurrencia y de capitalización cultural extendida por la singularización del individuo y la autonomización de los grupos, la alternativa no puede provenir sino de la colectivización al mismo tiempo de la producción informativa y de la difusión de la información. En concreto, esa colectivización se manifiesta como la puesta en relación de lo que en el neoliberalismo aparece como una unidad informativa singular y cuyo único valor proviene, en el neoliberalismo, de su circulación concurrencial. La colectivización es un fenómeno que aparece en el hecho mismo de oponerse a la privatización (singularización), como es característico de los movimientos políticos. Esto hace que las informaciones que aparecen, en principio, ais-

ladas e inconexas entre sí, aparezcan por la colectivización, integradas en un conjunto de relaciones comprensivas, explicativas o analíticas. No es extraño por esto mismo que una prensa, más analítica y argumentativa, emerja precisamente con la emergencia de movimientos sociales y políticos que se oponen al neoliberalismo.

El caso de la televisión, como elemento operador cultural me parece aun más explícito, y quisiera detenerme en este caso, por una razón particular, que es que le da el sentido al título de mi conferencia: Chile, la alegría (neoliberal) ya viene.

Hay, a pesar de lo que deseamos creer, una alegría neoliberal, y que no es solo ni necesariamente la de los que obtienen los mayores beneficios del neoliberalismo. Esa alegría neoliberal es la alegría de las que en una traducción neoliberal se pueden llamar las unidades concurrenciales de capitalización. Capitalización de qué? Del placer. Lo que quiero proponer como hipótesis de análisis es que la televisión opera como un mecanismo de singularización del placer que es coherente con la diversidad de intereses posibles en el caso de la entretención y de la oferta propuesta por la industria cultural. Existe una manera de singularizar el placer para producir su conversión en capital de goce. Esa manera consiste en producir instancias parciales y limitadas de satisfacción, dentro de márgenes precisos que puedan inscribir el placer en una continuidad creada por la aparición inagotable de esas instancias. Dicho de otra manera, una determinada lógica de la oferta televisiva que permite pasar de una instancia de placer a otra instancia de placer sin ninguna traba o dificultad: que se pueda pasar de la telenovela a la publicidad y de la publicidad al noticiero, y del noticiero al programa llamado investigativo, con la publicidad siempre de por medio, del matinal a la publicidad y de la publicidad a la tele-realidad, sin que la diversidad de todos esos contenidos impida una desconexión de placer entre unos y otros, y sin que, sin embargo, se obtenga un placer general en el conjunto de ellos. Muy por el contrario, lo que se produce es que entre todas esas instancias múltiples y diversas se organiza una unidad, por medio de la sensación de placer que cada una de ellas singularmente produce. Esa sumatoria no es propiamente una acumulación de placer, sino, muy por el contrario, una parcelación del goce que hace que la sumatoria sea siempre puramente operatoria y no cualitativa. Lo que queda como resultado no es la acumulación de esos instantes de placer (risas, catarsis, sensación de identificación, sensación de compañía, sensación de éxito o de conquista) en una sensación de bienestar general, sino la operación misma que hace que un instante se prolongue en otro instante y así en un continuo, dejando más bien la sensación de agotamiento o de angustia en el instan-

te de apagar la conexión o de detener el flujo continuo. La alegría del neoliberalismo es la alegría que se opone al goce de una existencia percibida como una existencia social concreta, que al mismo tiempo se opone a la alegría de una vida plena compartida con los demás. Lo que quiero decir es que esa satisfacción neoliberal de placeres parcelarios continuos es real. Esos placeres no son ficticios, son reales. Pero reales en su singularización, en función de lo que significa la capitalización de la cultura. Los telespectadores ríen, se consuelan, se excitan, se liberan de las tensiones de esa excitación, se descargan, por medio de esos placeres parcelarios, y por el efecto de procuración depositado en los personajes de la televisión, y eso, quiero decirlo claramente, funciona. Lo que funciona es la capitalización del placer, es decir, la desconexión del placer con instancias de colectivización del placer en función de su utilización, para crear una continuidad con el mecanismo de endeudamiento (que opera con la misma lógica del placer parcelario) y a la vez para profundizar los mecanismos de precarización laboral y social. Lo que quiero decir es, en definitiva, que ese tipo de placer es real porque coincide con su precarización. Mientras menos instancias colectivas de experiencias de placer hay (disminución correlativa con la precarización de las relaciones sociales y económicas) menos instancias de expresión colectivas del placer (disminución correlativa con una mayor generalización del placer singularizado) son posibles. Y viceversa.

La película "No", que trata del plebiscito de 1988, me parece significativa en ese aspecto. De qué se trata la campaña del No? De una alegría que ya viene. Cuál es la alegría que esa campaña muestra? Es la alegría de la justicia? Es la alegría de la libertad? Es la alegría de la igualdad? Es esa alegría que no puede tener otra forma que la del individuo reconociéndose en sus relaciones sociales, o dicho al revés, de la alegría de las relaciones sociales en las que el individuo se reconoce como un sujeto existiendo en un mundo común con los demás? No, no es esa la alegría de la campaña publicitaria del No. La alegría de esa campaña es la alegría de los placeres singularizados, de la imagen publicitaria que lo produce, y que no incita ni invita a realizar la alegría de la justicia, de la libertad y de la igualdad, sino aquella de la televisión misma, la de una alegría que se puede vivir del otro lado del televisor sin necesidad de encontrarse con los demás, sin necesidad de comprometerse con un proyecto social, sin necesidad de comprometerse con la realización de la justicia, sin necesidad de encontrarse con otros en la lucha por la igualdad, sin necesidad de manifestar otra libertad que la de votar No, pero principalmente sin el placer de todo ello, sin el goce de vivir en un mundo común diferente del placer parcelario continuo de las unidades de capitalización. Es en este sentido que

me parece importante afirmar que la comunicación, y la televisión en particular, son los mecanismos operatorios privilegiados de una política neoliberal.

Frente a ellos qué hacer? No es mi intención indicar aquí una suerte de programa a seguir, sino tan solo participar en la explicitación de los aspectos que me parecen necesarios para una crítica del neoliberalismo en general, y en Chile en particular. En primer lugar, analizar la lógica del neoliberalismo como una lógica efectiva. En segundo lugar, estudiar cómo esa lógica depende de un principio que se llama concurrencia, cuyo mecanismo es la conversión del sujeto social en unidad de capitalización. En tercer lugar, observar cómo ese mecanismo se reitera en los diferentes ámbitos de la existencia social de los individuos. En cuarto lugar, enunciar los operadores culturales por medio de los cuales ese mecanismo se hace efectivo a diferentes niveles, en particular en lo que se refiere a lo que aquí he llamado placer parcelario continuo o alegría neoliberal. En quinto lugar, reflexionar sobre la manera de revertir el proceso y la dirección de la singularización y la capitalización, a través de la articulación de los individuos en dirección de la institución de lazos de colectividad.

Desmontar la lógica de la concurrencia a partir de la supresión de la singularización de las relaciones entre los individuos, entre los individuos y las instituciones del Estado, entre las instituciones del Estado ellas mismas. En sexto lugar, poner atención en los movimientos actuales que se sitúan por fuera del neoliberalismo, reclamando justicia, igualdad y libertad, y que de hecho se oponen al placer parcelario descubriendo el placer de manifestarse libremente y colectivamente. Finalmente, insistir en que a esta alegría neoliberal podemos oponer otra alegría, la del goce de vivir en un mundo común posible no gracias al consenso y a los acuerdos, sino gracias a la acción misma de manifestar la divergencia y de exigir la justicia y la igualdad.

Miguel Castello ist Diplompsychologe und studierte an der Universidad de Chile. In Paris promovierte er als Doktor der Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt politischer Philosophie. In Chile und nun Paris unterrichtet er an der Universität Paris 7 Denis-Diderot Kommunikationspsychologie. Er ist nach dem Putsch geboren und war in der Studentenbewegung aktiv.

Die juristische Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen

Der Kampf gegen die Straflosigkeit ist noch lange nicht gewonnen.

Marcelo Henriquez Kries

Der folgende Beitrag erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt sich auch nicht um eine wissenschaftliche Arbeit. Er ist vielmehr als Beitrag zur Debatte über den juristischen Umgang mit den Menschenrechtsverbrechen in Chile gedacht.

Ich beginne mit drei Schlagzeilen. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Rubén Ballesteros lehnt es ab, sich im Namen der chilenischen Justiz für deren Mittäterschaft bei den Menschenrechtsverbrechen der Diktatur zu entschuldigen.

Wer ist Rubén Ballesteros? Seit 2005 arbeitet er am Obersten Gerichtshof Chiles. Seit Anfang 2012 ist er dessen Vorsitzender. In fast allen Fällen, in denen er sich als eines der fünf Mitglieder der Strafgerichtskammer des Obersten Gerichtshofs mit der Ahndung der Menschenrechtsverbrechen der Diktatur beschäftigt hat, hat er sich entweder für die Amnestie dieser Verbrechen oder deren Verjährung ausgesprochen. In den Verfahren, in denen Ex-Diktator Augusto Pinochet die parlamentarische Immunität entzogen werden sollte, und später während des Strafprozesses gegen ihn, hat er sich als Mitglied des Berufungsgerichts in Santiago immer zu Gunsten des Generals ausgesprochen.

Doch die Geschichte reicht weiter, denn er gehört seit 1972 der chilenischen Justiz an. Nach dem Putsch vom 11. September 1973 war er in Valdivia, im Süden Chiles, an mehreren sogenannten Kriegstribunalen beteiligt. Noch immer rechtfertigt Ballesteros seine Beteiligung an diesen Instanzen, die ganz klar im Widerspruch zu jedem rechtsstaatlichen Verfahren stattfanden und dem einzigen Zweck dienten, der Willkür und dem Terror einen legalen Anstrich zu geben. Er habe damit Menschen vor dem Tode retten wollen, so Ballesteros. Nachgewiesenermaßen hat er Urteile mitunterzeichnet, in denen Anhänger der Unidad Popular aus fadenscheinigen Gründen zu 20 bis 25 Jahren Haft verurteilt wurden. Das Mindeste, das zu erwarten wäre, ist, dass er aus Grün-

den der Befangenheit gar nicht an Prozessen teilnimmt, die sich mit den Verbrechen der Diktatur befassen. Vielleicht sollte er sogar wegen seiner Beteiligung an den erwähnten Kriegstribunalen selbst vor Gericht stehen.

Er ist übrigens kein Einzelfall am Obersten Gerichtshof. Zumindest zwei weitere Richterinnen dieser Instanz sind umstritten. Da wäre Rosa Egnem zu nennen, seit 2009 am Obersten Gerichtshof. Kurz nach dem Putsch vertuschte sie die Ermordung bzw. das Verschwindenlassen von 18 Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnen und eines Forstunternehmens in ihrem damaligen Arbeitssitz Yumbel. Eine weitere Person ist Gloria Cevesich, im August 2013 in die oberste Instanz gewählt worden. Auch sie hat als Richterin des Berufungsgerichts in etlichen Fällen zu Menschenrechtsverbrechen während der Diktatur zu Gunsten Pinochets oder des ehemaligen Chefs seines Geheimdienstes DINA und gegen die Ansprüche der Familienangehörigen der Opfer entschieden.

Eine weitere Schlagzeile um eine berüchtigte Persönlichkeit. Manuel Contreras, ehemaliger Chef von Pinochets Geheimpolizei DINA, wird in Chile gerne als das personifizierte Böse dargestellt. Erst kürzlich wurde er ungeschminkt und ohne kritisches Hinterfragen wie eine Jahrmarktsattraktion vorgeführt. Am Mittwoch, den 11. September 2013, hat CNN Chile ein Exklusiv-Interview mit ihm ausgestrahlt. Er nutzte die Gelegenheit, die ihm zwei skrupellose Journalisten lieferten. Scheinbar ohne Vorbereitung oder ein solides Hintergrundwissen haben sie General Contreras einen Monolog der Lügen, Erniedrigungen und Drohungen vor einem Millionenpublikum ermöglicht. Unter anderem hat er die Folter Zehntausender und das Verschwindenlassen Hunderter Gefangener geleugnet. Die fehlende Distanzierung und professionelle Ethik dieser Journalisten und des Fernsehsenders sind ein gutes Beispiel, wie ein nicht geringer Teil der chilenischen Gesellschaft mit den Menschenrechtsverbrechen der Diktatur umgeht. Ohne jegliches Mitgefühl werden die Familienangehörigen der Opfer erniedrigt. Die hier ange-

sprochene Situation steht sinnbildlich für das moralische Patt, von dem die politische Rechte und einige Vertreter der Parteienkoalition „Concertación“ sprechen. Sie betonen immer wieder: „Wir sind alle mitverantwortlich für den Putsch und den darauffolgenden Staatsterrorismus“. Diese Sichtweise ist schließlich sehr bequem, denn dann ist niemand schuldig.

Die vielleicht größten Schlagzeilen der letzten Wochen in Chile waren aber dem Fall um Juan Emilio Cheyre gewidmet. Cheyre war von 2002 bis 2006 Oberkommandant des Heeres und bis vor wenigen Wochen Vorsitzender der chilenischen Wahlbehörde. Von dieser Position musste er am 21 August 2013 zurücktreten, nachdem er in einer Debatte mit Ernesto Lejderman aufgefordert worden war, das Verbrechen an Lejdermans Eltern aufzuklären. Cheyre hatte vor Gericht ausgesagt, dass er nicht über dieses Verbrechen informiert gewesen war, als er Ende 1973 als Leutnant und Adjutant des Oberst Lapostol beauftragt wurde, ein verwaistes zweijähriges Kind an einen in der Nachbarschaft befindlichen Nonnenorden abzugeben. In der Diskussion im Fernsehen sagte er, er habe erst 2003 von diesem Verbrechen erfahren, also zum Zeitpunkt der Strafanklage gegen Pinochet, Lopostol und weitere Täter und Hintermänner dieses Verbrechens. Auch habe er den Bericht der sogenannten Rettig Kommission nicht gelesen, da dieser nicht öffentlich zugänglich sei. Der Rettig-Untersuchungsbericht, der 1991 von Präsident Patricio Aylwin vorgestellt wurde, ist eine Art Kataster der Ermordeten und Verschwundenen der Diktatur, in dem auch der Fall Lejderman erwähnt wird. Mittlerweile ist er öffentlich in den Bibliotheken und auch online einzusehen.

Schon 2002, bevor er von Präsident Ricardo Lagos zum Oberkommandant des Heeres ernannt wurde, erhoben Frauen Anklage gegen Cheyre. Sie sagten aus, Folteropfer einer Einheit unter Cheyres Kommando gewesen zu sein. Diese Anklage wurde damals von der Justiz eingestellt. Erst kürzlich haben die vier Frauen, eine Mutter und ihre Töchter, aber das Verfahren gegen ihn erneut vor Gericht gebracht.

Täter und Nutznießer dieser und mindestens 3.200 weiterer Verbrechen mit Todesfolge hatten sich 1978 ein Amnestie-Gesetz zu(-un-)recht gelegt. Es enthebt diejenigen, die in der Anfangszeit der chilenischen Militärdiktatur von 1973 bis 1978 Menschenrechtsverletzungen begangen haben, jeglicher rechtlichen Verantwortung. In den wenigen Fällen, die trotz dieses Gesetzes bis zur letzten Instanz durchgefochten werden konnten, hat sich das Oberste Gericht in den vergangenen Jahren fast immer für die sogenannte halbe Verjährung ausgesprochen. So kamen viele von den Tätern ohne Haftstrafen davon.

Die wenigen verurteilten Offiziere verbüßen ihre Strafe in einem Sondergefängnis mit weitreichenden Privilegien.

So kommt es, dass es heute im Zusammenhang mit den Verbrechen der Militärdiktatur etwa 1.300 offene Strafverfahren gibt. Bisher wurden nur 240 Personen verurteilt, aber nur etwa 70 ehemalige Angehörige der Streitkräfte verbüßen auch Haftstrafen in den sogenannten Sondergefängnissen. In den Fällen, in denen bisher keine Verjährung ausgesprochen wurde, sind einige wenige Täter zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Zum Vergleich: in Chile sitzen Angehörige der Mapuche für bis zu 25 Jahre in Haft, weil sie wegen Angriffen auf Privatbesitz von Grundbesitzern, wie dem Verbrennen von Scheunen und Nutzfahrzeugen in denen keine Menschen zu Schaden kamen, verurteilt wurden. Dabei ist zu beachten, dass sie nach einem Terrorismusgesetz verurteilt wurden, das unter Pinochet verabschiedet wurde.

Apropos Gefängnis, vielleicht ist einigen noch das Unglück von 2011 in Erinnerung, als 81 Häftlinge bei einem Brand der Haftanstalt San Miguel ums Leben kamen. Dieses Unglück hat damals deutlich gemacht, unter welchen unmenschlichen Bedingungen die Gefangenen in Chile leben und in welchen absolut überfüllten Einrichtungen sie ihr Dasein verbringen. Dies ist aber nicht die Situation, unter der die verurteilten Militärs zu leiden hätten. Für sie wurden unter der Regierung des Präsidenten Eduardo Frei zwei Spezialgefängnisse gebaut, Cordillera und Punta Peuco. Sie weisen einen Schnitt von über vier Wärtern pro Häftling auf. Für die Unterbringung der Häftlinge bringt der Staat zehnmal soviel auf, wie für einen normalen Gefangenen. Dabei sind die Investitionen in die Infrastruktur nicht berücksichtigt. Es gibt dort Tennis- und Grillplätze, ein Schwimmbad, Fitnessräume und geräumige Empfangssäle, in denen die Militärs ihre Familienangehörigen und Freunde während der ganzen Woche empfangen dürfen und andere ähnliche Privilegien genießen. Deshalb prahlte Contreras in dem Interview auch, er befände sich in keinem Gefängnis, sondern in einer militärischen Einrichtung, die seinem Rang entspreche.

Was die militärischen Dienstgrade und Ehrentitel all der verurteilten Militärs angeht, so wurde noch nicht einmal darüber debattiert, ihnen diese abzuerkennen und sie aus den militärischen Institutionen auszustoßen. Im Gegenteil Rente, Gesundheitsvorsorge in den eigenen Einrichtungen und (bis vor wenigen Jahren) Strafverteidiger bekommen sie weiterhin von den Streitkräften gestellt.

Obwohl das Wahlprogramm der Mitte-Links Parteienkoalition, der so genannten „Concertación“, von 1989 (also zum Ende der Diktatur) vorsah, das Amnestie-Gesetz zu annullieren, haben sie nichts unternommen, um dieses

Versprechen einzulösen. Sie begründeten das damit, dass sie nicht über die parlamentarischen Mehrheiten verfügten. Doch als sie während der Regierung von Ricardo Lagos, zwischen August 2000 und März 2002, und später unter Michelle Bachelet, von Anfang ihrer Regierungszeit und bis etwa zwei Jahre später, über diese Mehrheiten im Parlament verfügten, taten sie es ebenso wenig.

Man könnte noch hinzufügen, dass Präsident Lagos nach der Vorstellung des offiziellen Berichts über die Opfer der Folter (in Chile als „Valech Kommission“ bekannt) ein interessantes Gesetzesvorhaben ins Parlament einreichte. Danach war es der Justiz untersagt, Zugang zu den Informationen des Berichts zum Zwecke der Strafverfolgung zu erhalten. Binnen 48 Stunden stimmte das Parlament diesem Gesetz zu, das die Namen und weitere Identifikationsmöglichkeiten der Täter dieser Verbrechen für 50 Jahre geheim hält.

Trotz dieser erschreckenden Beispiele wird das Schweigen um die Verbrechen der Diktatur immer häufiger durchbrochen. Die Straflosigkeit wird angegangen. In Chile haben die Familienangehörigen die Hoffnung nicht aufgegeben, dass weitere Verdächtige vor die Justiz gebracht werden. Oder anders ausgedrückt: Dass umfassend aufgeklärt wird, wer unmittelbar an der Verschleppung, der Folter und der Ermordung Tausender beteiligt war und auch wer die Befehle dazu erteilt hat, welche repressiven Strukturen damit verbunden waren.

Wir könnten Hoffnung schöpfen, wenn Verfahren vorankommen und zu Ergebnissen führen würden, wie die Klage gegen den Medientycoon Agustin Edwards wegen Anstiftung zum Mord an Ismael Darío Chávez Lobos. Edwards ist durch seine Zeitung „El Mercurio“ bekannt, einem Flaggschiff der Konservativen. Sie wurde nachweislich vom US-Geheimdienst finanziert, um den Militärputsch zu legitimieren. Die Klage hat Carlos Chávez wegen der Ermordung seines Vaters und weiterer 118 Personen eingereicht. Es ist ein erster Versuch, an die intellektuellen Hintermänner der berüchtigten Operation „Colombo“ zu gelangen. „Colombo“ war eine Aktion der Militärjunta, die versucht hat das Verschwindenlassen und die Ermordung dieser 119 Personen, darunter Minderjährige und schwangere Frauen, als Racheakt zwischen verfeindeten Strömungen innerhalb der Linken darzustellen. Der Medienkonzern „Mercurio“ und andere Zeitschriften in Brasilien und Argentinien, die diesem Thema eine eigene Ausgabe widmeten, beteiligten sich damals an diesem Propaganda-Verbrechen.

Der Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit spiegelt letztendlich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wider. So lässt sich erklären, dass in Argentinien die Aufklärung, vor allen Dingen aber die Verurteilungen und die Strafma-

ße weiter vorangeschritten sind. Die argentinische Gesellschaft ist in dieser Hinsicht der chilenischen weit voraus. Argentinien ist ein Land, in dem die sozialen Bewegungen seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrtausends eine unglaubliche Dynamik entwickelt haben und seit Langem die Angst von sich schütteln konnten.

Mitte des letzten Jahrzehnts wurde das letzte der beiden Amnestiegesetze außer Kraft gesetzt. Seit 1983, dem Ende der argentinischen Diktatur, wurden 427 Täter verurteilt und aktuell sind 1049 Personen angeklagt. Auch die Strafmaße sind erheblich härter als in Chile. Der Fall des Priesters und Polizei-Kaplans Christian von Wernich, der für seine Mittäterschaft in 31 Fällen von Folter und sieben Mordfällen zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, zeigt, wie die argentinische Gesellschaft die Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeht. Sie geht sogar dazu über, jetzt die Menschenrechtsverbrechen der Franco-Diktatur zu ahnden. Im Rahmen eines Strafprozesses, der von Familienangehörigen der Opfer des Franco-Regimes in Argentinien initiiert wurde, hat die argentinische Richterin María Servini de Cubría einen internationalen Haftbefehl gegen vier berüchtigte Folterer der spanischen Diktatur erlassen.

Ein solcher Aufbruch fängt in Chile gerade erst an und der Prozess musste erst von außen angestoßen werden. Dieser Anstoß war die Festnahme Pinochets 1998 in London. Damals konnte er sich auf den Pakt unter Gentleman verlassen: Der sozialistische Außenminister Miguel Insulza und sein Labour Kollege, der britische Minister des Inneren Jack Straw, retteten ihn vor dem Zugriff der spanischen Justiz. Dennoch ging nach der Festnahme zunächst ein Aufatmen durch Chile, das Schweigen und die Angst begannen sich zu lösen. Die Schülerproteste Mitte des letzten Jahrzehnts und die anhaltenden Studentenproteste seit 2011, zusammen mit vielen weiteren Protesten auf lokaler Ebene in Punta Arenas, Coyaique, Tcopilla oder auch die Streiks der Forstarbeiter, der Leiharbeiter der Kupferindustrie oder der Postbediensteten in den letzten Tagen deuten daraufhin, dass ein neuer Zyklus angefangen hat.

Das überraschende Ausmaß der Gedenkmärsche am 40. Jahrestag des Putsches war ein Zeichen dafür, dass sich die Menschen nicht mehr mit der „Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen“ abspeisen lassen und dass sich im Gegenteil eine immer breitere soziale Basis den Forderungen der Familienangehörigen nach Aufklärung und Gerechtigkeit anschließt. Dank des unermüdlichen Beharrens und der Ausdauer der Familienangehörigen, ihrer Organisationen und deren Anwälten ist es gelungen, den von den Eliten ersehnten Schlussstrich unter das Thema Menschenrechtsverbrechen zu verhindern. Auf die Unterstützung der Regierungen konnten die Familienangehörigen nicht hoffen. In seinem autobiographischen Werk

„Lektionen der Regierungsfähigkeit“ (erschienen 1997) gibt Enrique Bönninger, Präsidentsminister unter Patricio Aylwin, zu, die Strategie der Regierung Aylwin sei gewesen, entgegen des eigenen Wahlprogramms auf den Versuch der Annullierung des Amnestiegesetzes zu verzichten. Zitat: „Dies bedeutete, dass es zu keinen Strafurteilen gegen die Verantwortlichen der Verbrechen kommen würde“

Den Erfahrungen zum Trotz spricht vieles dafür, dass das neu zu wählende Parlament das Amnestiegesetz von 1978 außer Kraft setzt und damit auch ein Zeichen an die Justiz sendet. Die Gesellschaft erwartet von ihr, dass sie sich 40 Jahre später (spät genug!) endlich ihrer Verantwortung stellt.

Dafür gibt es auch ernsthafte Bestrebungen innerhalb des Wahlkampf- und Programmteams von Michelle Bachelet, der aussichtsreichsten Kandidatin für das nächste Präsidentenamt. Auch wenn sie in ihrer vorherigen Amtsperiode diese Forderungen vor allem aussaß. Damals wurden die Forderungen aber, wie gesagt, noch nicht von einer breiteren Öffentlichkeit getragen wurde.

Es reicht aber nicht einige pathologisch-kriminelle Figuren, wie die des Manuel Contreras, in ein 5-Sterne Hotel zu verbannen, um dann zu sagen, in Chile gäbe es eine ernsthafte Aufarbeitung des schlimmsten Kapitels der jüngeren Geschichte. Im Gegenteil gibt es besorgniserregende Meldungen aus Chile, was die fehlende ernsthafte Revidierung, Distanzierung, Verurteilung des Putsches, der Diktatur und der damit verbundenen Menschenrechtsverbrechen betrifft. Zum Beispiel sollen die chilenischen Streitkräfte ihre guatemaltekkischen Kollegen zu Fragen der inneren Sicherheit ausbilden. Solange das Konzept und die Doktrin von der inneren Sicherheit und vom internen Feind Bestand haben, kann und muss man die Zusammenarbeit auf dieser Ebene öffentlich denunzieren. Ähnliches gilt natürlich auch für die Beteiligung hunderter Offiziere und Unteroffiziere an den Kursen der School of the Americas, umbenannt in Western Hemisphere Institute for Security, die seit 1946 mehr als 60.000 lateinamerikanischen Militärs durchlaufen haben. Zum Unterrichtsstoff gehörten nach einem Bericht von 1996 der US-amerikanischen Geheimdienst-Überwachungsbehörde unter Präsident Bill Clinton Exekutionen, Erpressungen, Misshandlungen und Nötigung. Nichtsdestotrotz wird sie weiterhin von den Regierungen Chiles und der meisten Nachbarländer für die Ausbildung ihrer Militärs in Anspruch genommen.

Die Verbrechen der Diktatur passierten nicht ohne Grund. Die Gewalt, die Angst und der Schrecken waren nur Mittel zum Zweck, um ein System der strukturellen Gewalt zu etablieren. Der Putsch in Chile, aktiv gestützt von der US-amerikanischen Regierung und begrüßt vom Öko-

nomen und Nobelpreisträger Milton Friedman und den „Chicago Boys“, bereitete das Feld für eine perfekte Laborsituation, um ihre neoliberale Wirtschaftsdoktrin zu erproben. Nach der gewaltvollen Operation konnten die Medikamente zur Heilung zum Zuge kommen: Das bedeutete Staatsbetriebe, kollektive gesellschaftliche Ressourcen und Systeme der sozialen Daseinsfürsorge zu privatisieren, Löhne und Sozialausgaben massiv zu reduzieren, die Macht der Gewerkschaften und Beschäftigten zu brechen.

Hinter den aktuellen „Erfolgszahlen“ des chilenischen BIP verbirgt sich eine tiefe soziale Kluft. Diese ist in kaum einem anderen Land in Lateinamerika so extrem wie in Chile. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die bis weit in die Mittelschicht hinein in permanentem Stress lebt, weil sie in wenig abgesicherten Arbeitsverhältnissen ständig viel Geld heranschaffen muss, um sich private Leistungen zu erkaufen. Gleichzeitig sind viele davon überzeugt, Teil eines „modernen“ und „modellhaften“ Landes und Lebens zu sein.

Nach einer Studie der Universidad de Chile gibt es in keinem anderen Land, für das Statistiken zur Verfügung stehen, eine höhere Konzentration des Reichtums des 1% gegenüber den restlichen 99% der Bevölkerung. Dieses ungeheuerliche Niveau der Ungleichheit und der Konzentration von Reichtum führt nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu einem echten physischen Auseinanderdriften der Gesellschaft. Nach Angaben der OECD, der Chile seit 2010 als einziges südamerikanisches Land angehört, ist Santiago die Stadt mit der höchsten sozialen Segregation in Vergleich zu 30 weiteren Städten, in denen diese Studie durchgeführt wurde. Die arme Bevölkerung ist so an den Rand der Stadt abgedrängt worden wie nie zuvor. Die Auswirkungen auf das Bildungssystem und die Zukunftsmöglichkeiten der jüngeren Generationen sind spätestens seit den Studentenprotesten 2011 auch außerhalb Chiles bekannt.

Marcelo Henríquez Kries war Teil des ersten Flüchtlingskontingents aus Chile, das Ende Dezember 1973 in Frankfurt am Main landete. Die Familie war geflohen, nachdem der Vater Hernán Henríquez Aravena Ende September 1973 von Militärs entführt und ermordet worden war. Marcelo Henríquez Kries hat in Chile Journalismus studiert und ist freier Journalist mit langjährigen Einsätzen als freier Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks und als Entwicklungshelfer in Bolivien.

Eine Chronologie der chilenischen Kirche von Unten

Die Zerschlagung der volkikirchlichen Bewegung unter Pinochet.

Michael Ramminger

Die Kirche des Volkes in Chile, die in den achtziger Jahren eine bedeutsame Rolle im Widerstand gegen die Diktatur spielte, hatte eine lange Vorgeschichte, deren Kontext sowohl die weltweite 68er-Bewegung, die Revolution in Kuba, die Entstehung der Dependenztheorie, als auch die daran anschließenden Reformbewegungen in der katholischen Kirche waren, wie das II. Vatikanum von 1962 bis 1965 und später 1968 die lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellín und die Entstehung der Theologie der Befreiung.

In Chile gab es seit 1964/65 eine große Unzufriedenheit unter den ChristInnen mit der Christdemokratie, die 1969 zur Abspaltung eines dissidenten Flügels als Mapu (Movimiento de Acción Popular Unitaria) führte. Es kam zu ersten Reformbewegungen auch innerhalb der Kirche. So besetzten im August 1968 200 Laien, sieben Priester und drei Nonnen die Kathedrale unter dem Motto: „Für eine Kirche an der Seite des Volkes und ihres Kampfes“. Kardinal Henríquez, der später im Kampf für die Menschenrechte eine wichtige Rolle spielen sollte, suspendierte daraufhin die sieben Priester, setzte sie aber bald wieder ein. Gleichwohl waren die christlichen Sektoren natürlich alles in allem noch an die Christdemokratie gebunden. Bezeichnend für die Situation ist folgendes Zitat des späteren Befreiungstheologen José Aldunate, der 1971 kurz nach der Wahl Allendes sagte: „Ich habe für Tomic (den christdemokratischen Kandidaten, M.R.) gestimmt. Und am Tag, als Allende siegte, war ich auf der Alameda (der Hauptstraße Santiagos, M.R.) und sah eine große Welle von Menschen aus den Armenvierteln kommen: sie kamen zufrieden, tanzend und singend, weil sie zum ersten Mal in ihrem Leben einen Präsidenten hatten, der auf ihre Sehnsüchte und Rechte antworten wollte. Ich sah die Hoffnung dieses Volkes und fällt die Entscheidung, alles dafür zu tun, dass diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden sollten.“

So traf sich zwischen dem 14. und 16.04.1971 die sogenannte „Gruppe der 80“, um über die Rolle der ChristInnen beim Aufbau des Sozialismus nachzudenken. Es ging darum, als Teil des ideologischen Kampfes nachzuweisen, dass

man als ChristIn SozialistIn sein konnte, um die Legitimität der Unidad Popular zu stützen: „Wir fühlen uns mit diesem Prozess verbunden und wollen zu seinem Erfolg beitragen. Der tiefe Grund dieser Verbundenheit und dieser Entscheidung liegt in unserem Glauben an Jesus Christus, der sich in der Geschichte erneuert und verkörpert. Christ-Sein heißt solidarisch sein. Solidarisch sein, heißt in diesem historischen Moment an diesem historischen Projekt, zu dem das Volk sich entschieden hat, teilzunehmen.“ Am 01.09.1971 wählt die „Gruppe der 80“ einen Generalsekretär und baut ein ständiges Büro auf. Sie nennen sich „Priesterliches Sekretariat der Christen für den Sozialismus“, später einfach „Christen für den Sozialismus“.

Zwischen dem 23. und 24.04.1972 findet in einem Gewerkschaftshaus das erste lateinamerikanische Treffen der ChristInnen für den Sozialismus mit 400 Delegierten aus ganz Lateinamerika statt. Vom 24. Bis 26.11.1972 gibt es ein großes nationales Treffen in der Gemeinde Padre Hurtado mit 350 Delegierten aus 18 Provinzen (140 Priester, 20 evangelische Pastoren, 60 Ordensleute und 130 Laien). Themen sind: 1) Schritte und Perspektiven des ideologischen Kampfes in Chile 2) Kritik der katholischen Soziallehre 3) Die Christen und die Interessen der Arbeiterklasse.

Aber schon seit Beginn dieser Arbeit sieht sich die Bewegung der Kritik und Repression durch die chilenische Bischofskonferenz ausgesetzt. Ihre letzte öffentliche Artikulation ist ihre Kritik am einflussreichen reaktionären Padre Raúl Hasbún, der den Rücktritt Allendes im Fernsehen gefordert hatte. Mit dem Putsch ist das Projekt beendet. Es sollte Jahre dauern, bis sich ChristInnen wieder politisch artikulierten. 120 katholische Geistliche, 30 protestantische Pastoren, 35 Ordensleute und 200 Laien müssen ins Exil. Viele waren vorher verhaftet und gefoltert worden, mindestens 32 wurden ermordet, u.a. Joan Alsina, Miguel Woodward, Etienne Pesle, Gerardo Poblete, Omar Venturello Antonio Llidó. Am 13.11.1973, vier Tage nach dem Putsch, veröffentlichte das Sekretariat der chilenischen Bischofskonferenz das Papier „Christlicher Glaube und politisches

Handeln“ und verkündet darin: „Deshalb und im Blick auf das Vorhergesagte, verbieten wir Ordensleuten und Priestern die Mitgliedschaft in dieser Organisation[...]“. In der damaligen Situation kam das gewissermaßen Beihilfe zu Mord gleich. Es ist eine Schuld, der sich die chilenische Kirche bis heute nicht wirklich gestellt hat.

Kurz nach dem Putsch gründeten die katholische und protestantische Kirche ebenso wie die jüdische Gemeinde das Comité Pro Paz, das gegen Menschenrechtsverbrechen zu agieren suchte. Leider musste es schon kurze Zeit später die Arbeit wegen der Repression wieder einstellen. Einer der wenigen diktaturkritischen katholischen Bischöfe, Kardinal Raúl Silva Henríquez, beantragte daraufhin in Rom bei Papst Paul VI. die Einsetzung eines Solidaritätsvikariats, einer offiziellen Einrichtung der katholischen Kirche Santiagos. Diese „Vicaria de la Solidaridad“ arbeitete bis 1992 in der Begleitung politisch Verfolgter, suchte Menschenrechtsverbrechen aufzuklären und gegen sie zu protestieren und leistete soziale Unterstützung für die Familien Verschwundener. Unter ihrem Schutz engagierten sich viele Linke weiter gegen die Diktatur.

Gleichwohl repräsentierte die Vicaria nur einen kleinen Teil der katholischen Kirche. Die Bewegung der ChristInnen für den Sozialismus war 1973 zerschlagen worden. Erst ab Mitte der siebziger Jahre reorganisierte sich die Kirche des Volkes wieder neu – wenn auch weder unter dem Namen „Christen für den Sozialismus“ noch unter dem Begriff der Befreiungstheologie. Bis zum Jahr 1983 stand die Kirche in Santiago unter der Leitung von Kardinal Silva Henríquez, der ein großer Kritiker und Gegner der Militärdiktatur war. Trotzdem blieben der Kardinal, einige Generalvikare und Priester gegenüber der Politisierung der Gemeinden und insbesondere gegenüber der Koordinationsstelle der Basisgemeinden misstrauisch.

Bereits im September 1977 wurde wieder eine Tagung mit Laien, Priestern und Ordensschwwestern aus den westlichen, südlichen, östlichen und nördlichen Zonen Santiagos in der Gemeinde Padre Hurtado (mit ca. 90 Teilnehmenden) durchgeführt. Eines der zentralen Themen war die Analyse der „Solidarität mit der Arbeiterklasse“. In der Idee der „Gemeinde des Engagements“, die als Ideal vorgeschlagen wurde, ging es darum, dass die sich Gemeinde als solche (und nicht nur die einzelnen Gemeindeglieder) nicht nur gegen die Konsequenzen, sondern auch gegen die bleibenden Ursachen der Situation der Armut und Unterdrückung engagieren sollte.

Die Zeit zwischen 1981 und 82 stellt eine wichtige Phase dar, denn seit 1980 führten die christlichen Basisgemeinden die populären Kreuzwege durch, die ihnen Öffentlichkeit verschafften und ihnen dadurch ermöglichten, sich

selbst als eine wichtige Strömung in der Kirche von Santiago wahrzunehmen. In der Phase der „nationalen Proteste“ (1983–1986) spielten diese christlichen Gemeinden eine wichtige Rolle als Begegnungsort einer ganzen Welt von sozialen Organisationen und Bewegungen. Es gab eine Koordinierungsstelle der christlichen Basisgemeinden, die im Jahr 1985 mit circa 300 Gemeinden Kontakt hatte.

Das Misstrauen gegenüber der Politisierung der Gemeinden verschärfte sich sehr schnell, nachdem Kardinal Fresno Kardinal Silva Henríquez im Amt nachfolgte. Durch seine Figur, seine Sprache, seine Initiativen war er eindeutig eine konservative Persönlichkeit, wenngleich auch ihm eine Versöhnung mit der Diktatur nicht gelang. Von seinem Amtsantritt an häufte sich in der Koordinationsstelle und bei den von ihr organisierten Aktivitäten Kritik an seiner politischen Haltung. Gleichzeitig wächst das Misstrauen der kirchlichen Hierarchie – jetzt bereits mit neuen von Fresno ernannten Generalvikaren – gegenüber der Politik, die die Koordinationsstelle vertritt. Ein wichtiger Meilenstein in diesem Prozess war der Aufstieg von A. Moreno, der für seine Sympathie für die Diktatur und seine den Putsch rechtfertigenden Äußerungen bekannt war. Er wurde zunächst zum Generalvikar eines populären Stadtteiles, später zum Weihbischof von Santiago und anschließend zum Erzbischof von Concepción ernannt. Es war Papst Johannes Paul II., der ihn am 22. April 1986 zum Weihbischof in Santiago de Chile ernannte. Aufgrund dieser Ernennung veröffentlichte die Koordinationsstelle in Concepción einen harten (Protest-)Brief, in dem die Ernennung durch den Vatikan als grobe Unverschämtheit gegenüber der chilenischen Kirche, der lokalen Kirche von Concepción und der Lage, in der sich das Land befand, bewertet wurde (vgl. F. Castillo, Evangelium, Kultur u. Identität).

Zu dieser Zeit nahmen die jährlich stattfindenden „Kreuzwege“ oder Prozessionen gesellschaftlich bedeutsame Themen auf, wie z.B. 1980 der Kreuzweg zum „Patio 29“ des Generalfriedhofs und zu den Gräbern der verhafteten Verschwundenen. Diese Prozession fand mitten in der von den „Chicago Boys“ ausgelösten Wirtschaftskrise statt. 1982 war „Christus in der Arbeiterklasse gekreuzigt“ das Thema des Kreuzweges, der in einer heruntergekommenen Industriezone des Südosten Santiagos stattfand. 1983 fand der Kreuzweg mit Bezug auf arbeitslose und obdachlose BewohnerInnen der Armenviertel statt. 1984 zog der Zug in Anknüpfung an die Ereignisse der Proteste des vorherigen Jahres in einen der von der Repression am härtesten betroffenen Stadtteile, Pudahuel-Süd. Dabei wurde der BewohnerInnen des Armenviertels gedacht, die bei Demonstrationen ums Leben gekommen waren.

Von 1983 bis 1989, d.h. in der Zeit von Monsignore Fresno, findet ein Prozess der Neuordnung (Wieder-Anpas-

sung) der politischen Position der chilenischen Kirche statt. Hierbei spielte die Vatikanpolitik wahrscheinlich eine wichtige Rolle. Die kirchliche Hierarchie reduziert öffentlich ihr konfliktives Profil gegen das Regime. Somit verschwammen so wichtige Ausrichtungen wie die Verteidigung der Menschenrechte und die Solidarität der populären Organisationen. In dem Maße, in dem die populäre Opposition gegen das Militärregime zunahm, nahm das Schweigen der Hierarchie stetig zu. Das Thema, für das Kardinal Fresno eintrat, war das der „Versöhnung“, dessen indirekte politische Umsetzung in der „nationalen Übereinkunft“ (acuerdo nacional, August 1985) und ihrer Bestrebung, einen Dialog zwischen der Regierung und der gemäßigten Opposition herzustellen, stattfand. Die Koordinationsstelle und die Gemeinden sahen diese neue Ausrichtung der kirchlichen Hierarchie als Ausdruck ihrer allmählichen Distanzierung zur populären Welt. Von 1987 an führte die Perspektive eines Überganges zur Demokratie dazu, dass die Hierarchie noch größere Vorsicht walten ließ. So betonte sie in ihren Erklärungen zum Volksentscheid 1988 nur die moralische Pflicht zu wählen, ohne etwas darüber zu sagen, was dort auf dem Spiel stand (F. Castillo, Evangelium, Kultur und Identität).

Die Kirche des Volkes war in den achtziger Jahren Bestandteil des gemeinsamen Widerstandes gegen die Militärdiktatur. Dieser Widerstand war immerhin so stark, dass ab Mitte der achtziger Jahre die bürgerliche Klasse und ihre Parteien über einen eigenen Ausweg aus der Diktatur nachdachten. Die Linke hatte ihrerseits ernsthafte Hoffnungen, die Diktatur beseitigen zu können und den verfassungsmäßigen Zustand von 1971-73 wieder herstellen zu können. 1986, das „entscheidende Jahr“, endete allerdings mit dem fehlgeschlagenen Attentat auf Pinochet und schon 1985 hatte die bürgerliche Klasse den acuerdo nacional, das nationale Übereinkommen in Gang gesetzt, um auf ihre Weise und unter Ausschluss der Linken die Diktatur überwinden zu können. In diesem Prozess spielte dann auch die katholische Kirche wieder eine wichtige Rolle, sie übernahm Moderation und Koordination dieses Prozesses. Insofern kann man sagen, dass um 1987 die Volksbewegungen und die Linke besiegt und von den nachfolgenden „Demokratieprozessen“ in der sich abzeichnenden Concertación ausgeschlossen waren.

Auch die Basisgemeinden blieben von dieser Entwicklung nicht verschont. Sie standen schon all die Jahre unter dem Druck eines großen Teiles der chilenischen Bischofskonferenz und natürlich auch der römischen Kurie unter Johannes Paul II. und Großinquisitor Ratzinger mit seiner Kampagne gegen die Befreiungstheologie.

Trotz ihrer vielen Bemühungen um die Schaffung neuer Räume sah sich die Koordinationsstelle im Januar 1999

gezwungen, sich selbst aufzulösen. Der Konflikt mit der Kirchenhierarchie spitzte sich mit dem Amtsantritt des neuen Erzbischofs von Santiago, Monsignore Oviedo, zu. Während eines Interviews mit einer von der Koordinationsstelle delegierten Gruppe bezeichnete Monsignore Oviedo die Koordinationsstelle als eine Gruppe aus der „parallelen Kirche“, deren Absicht die Beeinflussung der Gemeinden sei, obwohl die Kirche dafür bereits über ein offizielles Organ verfügte. Danach drängte er den für diesen Stadtteil zuständigen Generalvikar dazu, die Beziehungen mit der Koordinationsstelle abzurechnen und sandte ihr einen Brief zu, in dem er weiter auf dem „Parallelismus“ beharrte und die Durchführung des Kreuzzuges ablehnte, da dieser eine Störung im Pastoral der Diözese darstellte (F. Castillo, Evangelium, Kultur und Identität).

Von dieser Niederlage hat sich die „Kirche des Volkes“ nie wieder erholt. Heute spielen die Basisgemeinden kaum noch eine Rolle in der chilenischen Wirklichkeit. Bleibt als Trost vielleicht nur, dass auch die offizielle Kirche zunehmend an Einfluss verliert und sich gerade noch über ihre klassischen Themen wie Abtreibungsdebatte, Scheidung und ihre eigenen Missbrauchsskandale in der Öffentlichkeit halten kann.

Viele der Informationen verdanke ich folgenden Autoren:

Fernando Castillo, Evangelium, Kultur und Identität, Münster 2000. Fernando Castillo arbeitete in den achtziger Jahren in der Koordinationsstelle der Basisgemeinden.

Mario Amorós, La iglesia que nace del pueblo, en: Julio Pinto Vallejos (Coord) Cuando hicimos historia. La experiencia de la Unidad Popular, Santiago de Chile, LOM, 2005. pp.107-126.

Michael Ramminger ist katholischer Theologe und Mitbegründer des Instituts für Theologie und Politik in Münster. Derzeit wirkt er bei dem internationalen Forschungsprojekt „Globalisierung, Religion und Kapitalismus“ der katholischen Universität Goiania/Brasilien mit. Er ist langjähriger Mitarbeiter der Zeitschrift „Solidaridad - Berichte und Analysen aus Chile“ sowie Herausgeber des Buches „Evangelium, Kultur und Identität“ mit Texten des chilenischen Befreiungstheologen und Soziologen Fernando Castillo.

Como aprendí a ser chileno

Exilerfahrungen in chilenischen Liedern und Gedichten.

Pavel Eichin

Zum 40. Jahrestag des Putsches gegen die Regierung Salvador Allendes und der Unidad Popular fand in Frankfurt am Main die Tagung Chile im Wandel statt. In diesem Kontext wurde ich gebeten, einen Workshop zu leiten, der sich mit der Thematik des chilenischen Exils aus der Perspektive der „zweiten Generation“ befassen sollte¹. Meine subjektiven Erfahrungen und Beobachtungen als Teil dieser Generation sollten dabei mit „soziologischer Distanz“ reflektiert und vermittelt werden. Ich möchte in diesem Text nun einige Überlegungen darstellen, die aus der Vorbereitung und der Arbeit im Workshop selbst hervorgegangen sind.

Um uns auf die spezifischere Frage nach den Kindern der chilenischen ExilantInnen einzulassen, möchte ich zunächst einige grundlegende Aspekte des Exils benennen, die uns dabei helfen werden, diese Erfahrung zu verstehen. Ich beginne hierfür mit einer Passage aus einem Werk des argentinischen Schriftstellers Juan Gelman, der wie kaum ein anderer zentrale Elemente des Lebens der „Argenguayos, Urulenos, Chilentinos, Paraguanos“ in der „Nacht des südamerikanischen Exils“ der 1970er und 80er Jahre benennen konnte.

Serías más aguantable, exilio, sin tantos profesores del exilio, sociólogos del exilio, llorones del exilio, alumnos del exilio, profesionales del exilio, buenas almas con una balancita en la mano pesando el más el menos, el residuo, la división de las distancias, el 2 x 2 de esta miseria.

*Un hombre dividido por dos no da dos hombres.
Quién carajo se atreve a multiplicar mi alma por uno.*

Juan Gelman, 11 – 05 – 1980

Du wärst erträglicher, Exil, ohne die vielen Lehrmeister des Exils, Soziologen des Exils, Jammergestalten des Exils, Schüler des Exils, Professionellen des Exils, treue Seelen mit einer kleinen Waage ausgestattet, das Mehr und das Weniger messend, den Rest, die Division der Entfernungen, das 2 mal 2 dieses Elends.

*Ein Mensch geteilt durch zwei ergibt nicht zwei Menschen.
Wer wagt es, verdammt noch mal, meine Seele mit Eins zu multiplizieren.*

Juan Gelman, 11 – 05 – 1980²

Die Wut Gelmans, die hier so deutlich zu spüren ist, weist auf einen zentralen Aspekt des Exils. Selbst seit Mitte der siebziger Jahre in der Verbannung verwehrt er sich hier gegen Versuche, eine zutiefst persönliche Erfahrung zu verallgemeinern, zu normieren und zu verdinglichen. Denn das Exil ist vor allem eins: Einsamkeit. Und so muss mit Gelman davon ausgegangen werden, dass es nicht das Exil gibt, das erforscht, vermessen und gelehrt werden kann, sondern so viele Exil-Erfahrungen, wie Menschen, die diese Situation erleben müssen.

Seine Irritation wendet sich im Grunde jedoch auch gegen die Erfahrung selbst, gegen die Kräfte des Exils, das sich im Singular gerade dadurch auszeichnet, dass es keine Rücksicht auf Individualität und Differenz nimmt. Seine Kräfte wirken, ganz gleich welche Existenzweisen uns sonst auszeichnen mögen und selbst so zentrale Dimensionen unseres Seins wie Geschlecht, Rasse, Klasse oder Ethnie werden durch sie durchdrungen und verändert. In der neuen Gemeinschaft, die das Exil hervorzubringen vermag, müssen sich die Individuen in ihren sozialen Positionen deshalb neu sortieren, in einem Gefüge, dessen Gültigkeit sich nur in dieser extremen Situation aufrechterhalten kann.

Doch auch nach dem Ende der politischen Umstände, die das Exil bewirkt haben und unabhängig davon, ob die einzelnen Personen wieder in ihre Heimat zurückkehren,

¹ Wenn ich hier von der ersten und der zweiten Generation spreche, meine ich im Prinzip die Gruppe derer, die in Chile geboren wurden und die Gruppe derer, die im Ausland zur Welt kamen. Etwas genauer differenzierend geht es darum, ob die Personen ihren Bezug zu Chile aus ihrer Erfahrung in diesem Land schöpften oder ob sie sich ihre Identität als Chilenin/Chilene aneigneten, ohne jemals dort gelebt zu haben.

² Gelman 2009: 26, meine Übersetzung

wirkt das Erlebte weiter. Es ist dieses Fortwirken in den Lebensweisen der Menschen, das hier von Interesse ist und unsere Überlegungen leitet. In ihm wird am deutlichsten, warum das Exil als formende Kraft verstanden werden muss, die über das Persönliche und Einmalige hinausgeht. Denn die Einsamkeit des Exils ist gleichzeitig eine kollektive Erfahrung, deren Individualität nur berücksichtigt werden kann, wenn seine allgemeinen Wirkungsweisen verstanden werden.

Allmählich beginnt sich die überfüllte U-Bahn zu leeren. Die schweigsame Masse der Menschen, die sich von der Arbeit nach Hause transportieren lässt, hat sich auf ein überschaubares Maß reduziert, während der Anteil der dunkelhaarigen Fahrgäste gestiegen ist. Der freigewordene Raum wird alsbald von einem Jungen benutzt, um an den Stangen des Wagens zu spielen, während seine Mutter mit seiner jüngeren Schwester den Lichtern der vorbeifahrenden Autos zusieht. Als sie am Lindenbaum vorbeifahren, hält der Junge in seinem Spiel inne, um wie immer den uralten knorrigen Baum zu betrachten, der der Station ihren Namen gibt. Auf einmal ist am Ende des Abteils Miguel mit seiner Mutter zu erkennen. Die Jungs begrüßen sich freudig, wissend, dass heute ein besonderer Tag ist. Einige Stationen später ist der Rand Frankfurts erreicht. Es ist dunkel und kalt, dennoch ist der Platz vor der FH im Nord-West-Zentrum voller Kinder. Claudio, Daniela, Carola, Jorgito, Victor Pablo, Alejandro, die Sossenheimer und Bonameser Cliques, die Kinder der Fuentes und der López, Alvaro mit seinen langen Haaren und Gabrielita, sie alle sind da, ebenso wie viele weitere, bekannte und auch unbekannte, neue Gesichter. Das Spiel der Jüngeren ist bereits im vollen Gange und besteht im Wesentlichen darin, in irgendwelche Rollen zu schlüpfen und alle Türen zu öffnen, jeden Winkel des riesigen Gebäudes und seiner Umgebung zu erkundschaffen, sich in der Garderobe zu verstecken... Überall wird spanisch gesprochen.

Ab und zu treffen die Kinder auf eine Gruppe von Erwachsenen, die sie anhalten: Das ist der Sohn von Gemita, das ist die Tochter von Nora. Nein! Wie groß ihr geworden seid! Wie alt bist du jetzt genau? Sieben?! Und du gehst schon zur Schule? Ich hab euch im Arm gehalten, als ihr noch Babys wart...wir waren gerade angekommen...

Weiter geht es, bis der große Gong ertönt und alle Anwesenden, von denen mindestens die Hälfte irgendwie bekannt ist, strömen in den halberleuchteten Saal. Hier müssen die Kinder mitkommen, damit sie wissen, wo die eigene Familie ihre Plätze hat. Anschließend dürfen sie

wieder raus unter der Bedingung, sich nicht all zu weit vom Saal zu entfernen.

Irgendwann, nach den Reden, beginnt gedämpft Musik zu ertönen. Das ist der Zeitpunkt, zu dem es viele Kinder wieder zurück in den Saal zieht. Meistens kauern sie sich direkt in den Freiraum zwischen der ersten Reihe und der Bühne. Dort stehen die Musiker, große, dunkellockige Männer in Kleidern mit indigenen Motiven und mit Instrumenten, wie sie an den Wänden der Wohnzimmer praktisch jeder chilenischen Familie in Frankfurt und Umgebung hängen. Sie spielen ein Lied, bei dem zwei der Männer sich an den Rand der Bühne stellen müssen, um ihre riesigen Zampoñas überhaupt vor sich positionieren zu können. Die Jungs verstummen mit den ersten Klängen. Das scharfe, tiefe, tiefe Dröhnen der Rohre hat absolut nichts mit dem zu tun, was sie sonst als Musik kennen. Es sind Nachrichten aus einer anderen Welt. Es ist Musik aus Chile.

In der Pause füllt sich jeder Winkel des Gebäudes mit angeregt diskutierenden Grüppchen. Viele haben einen Plastikbecher mit Rotwein in der Hand, es wird geraucht und gegessen: Empanadas, Sopaipillas, Stückchen mit Manjar. An einem Rand des Foyers stehen Info-Tische mit chilenischen Fahnen, Flugblättern, Wimpeln und Stickern von Allende und der Unidad Popular. Bücher und Schallplatten werden verkauft. Zwischen all dem schlängeln sich die Kinder durch, allein, zu dritt, zu zehnt.

Als der Gong wieder ertönt, ist nicht mehr ganz klar, ob die Unterbrechung des Konzerts zu Ende geht oder ob der zweite Teil die Pause unterbricht. Sehr schnell hat die Musik jedoch wieder die Menge beisammen. Jetzt singt die Gruppe ein sehr bekanntes Lied: ... Amigo, amigo, amigo de la tristeza soy, amigo, amigo, buscando un amor yo voy... Der Höhepunkt des Stücks ist ein Spiel zwischen Publikum und Sänger: Lara-larala-larai! tönt es wuchtig von der Bühne. Canta!! kommt es noch wuchtiger aus der Menge zurück. Und wieder: Lara-larala-larai!, worauf der ganze Saal skandiert: Amigo!!

Nach dem Konzert wird die in der Pause begonnene Dynamik wieder aufgenommen. Erst sehr allmählich beginnt die Veranstaltung sich aufzulösen. Die kleinsten Kinder schlafen schon auf zusammengeschobenen Sesseln, während ihre Eltern sich immer wieder von verschiedenen Menschen verabschieden. Irgendwann sitzen die Jungs wieder in der U-Bahn auf dem Weg nach Hause. Am Dornbusch versinkt die Bahn in den Tunnel Richtung Innenstadt. Das konkreteste Stückchen Chile, das die Jungs bis tief in die 1980er Jahre kennen lernen sollen, löst sich langsam auf, um in die Frankfurter Nacht überzugehen.

Das Exil als politische Maßnahme zielt, in den Worten des palästinensischen Literaturwissenschaftlers Edward Said, auf die Würde der Menschen.³ Sie wird ihnen verweigert, in dem ihnen all das verweigert wird, was in ihrem bisherigen Leben eine Selbstverständlichkeit war: der Ort, an dem sie lebten, der Kontakt zu ihrer Familie, ihrer Sprache, die Zugehörigkeit zu bestimmten Wertesystemen und Traditionen – kurzum die Verbannung ist die ebenso offizielle wie reale Negation der Identität der Exilantinnen und Exilanten. Die im Prinzip unüberbrückbare Zäsur zwischen der Vergangenheit eines Menschen und seiner gegenwärtigen Situation produziert ein permanentes Gefühl ‚am falschen Ort‘ zu sein.

Um der radikalen Bedrohung ihrer Identität etwas entgegenzusetzen, reagieren ExilantInnen deshalb oftmals mit einem Zusammenschluss ihrer Gemeinschaft (der im schlimmsten Fall in einer völlig übertriebenen Solidarität enden kann, in der alle Außenstehenden mit Misstrauen und Ressentiment betrachtet werden). Eine zentrale Rolle dabei spielt der Rückgriff auf die eigene Kultur, der eine Form von Erinnerung ermöglicht, die sich dem Zerfall der Identität widersetzt.

Ereignisse wie das vorher beschriebene Konzert der Gruppe Illapu stellen einen solchen Zugriff dar. Weit über die primären politischen Ziele dieser Veranstaltungen hinaus – Geld für den Widerstand zu sammeln und Öffentlichkeit und Solidarität zu erzeugen, um Druck auf das Regime in Chile auszuüben – liegt ihre nachhaltige Bedeutung in der Fähigkeit der Exilgemeinschaft, für kurze Zeit einen Raum aufleben zu lassen, in dem jede und jeder seine Identität als Chilenin oder Chilene erleben konnte.

Das dabei die Musik das vereinende Element war, ist angesichts ihrer enormen Rolle in der Entwicklung der Bewegungen, die mit Allende 1970 die Wahlen gewannen, nicht verwunderlich. Denn die Nueva Canción Chilena (Neues Chilenisches Lied) hatte bis 1973 nicht nur die Empfindungen, Ziele und Träume vieler Menschen reflektiert und zum Ausdruck gebracht, sondern auch den politischen Handlungsspielraum der Akteure der Unidad Popular und der chilenischen Linken deutlich erweitert. Indem sie mit Victor Jara als zentraler Figur die Definition des Wir, das das Pueblo Unido (vereintes Volk) darstellte, über die Grenzen der parteipolitischen Diskurse ausdehnte und dem Bedürfnis der Menschen, Subjekte ihrer eigenen Geschichte zu werden eine ästhetisch-mythische Grundlage gab, war sie zweifelsohne eine sehr wichtige Mitgestalterin des gesamten Prozesses.⁴

Im Exil behielt die Musik diesen Protagonismus bei, nun jedoch selbstverständlich geprägt von der Katastrophe des 11. Septembers und der anhaltenden Diktatur. Die Arbeit der bedeutendsten Gruppen der Nueva Canción wie Inti-Illimani, Quilapayun, Illapu, Patricio Manns, Isabel und Angel Parra, die sich alle selbst im Exil befanden, drehte sich jetzt maßgeblich um die Verarbeitung der Niederlage und den Versuch, den Widerstand zu artikulieren. Der berühmte Ausspruch „No hay revolución sin canciones“⁵ (Es gibt keine Revolution ohne Lieder), mit dem sich die Musikerinnen und Musiker der Nueva Canción zur Unidad Popular bekannten, ist vor dem Hintergrund der konkreten historischen Ereignisse weiterzuführen: ohne Lieder keine Revolution und ohne Lieder auch kein Kampf gegen die Diktatur.

Die Dimension dieses Kampfes, die uns hier beschäftigt, ist wie schon gesagt seine Auswirkung auf das Leben der zweiten Generation. Da der Widerstand zentral über die Auseinandersetzung um die Identität der Exilgemeinschaft verläuft, ist es an dieser Stelle wichtig, sich sowohl mit expliziten, wie auch latenten Sinngehalten zu befassen, die dabei transportiert werden. Dafür wollen wir uns mit Liedern befassen, die in diesen Konzerten gesungen wurden. Sie sind das zentrale Element, das die künstlerische Verdichtung der Erfahrungen der Exilgemeinschaft zum Ausdruck bringt. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass diese Musik vor und nach den Konzerten eine konstante Präsenz im Leben der einzelnen Individuen inne hat, die sich nicht nur auf das relativ passive Hören von Schallplatten und Kassetten beschränkt, sondern auch ein aktives Musizieren und Tanzen beinhaltet. Die außerordentliche, nicht-alltägliche Instanz des Konzerts, die die Erfahrung des „Chilenisch-Seins“ ermöglicht, stellt dabei einen Höhepunkt im Verhältnis zu dieser Musik dar, welche durch das Erleben der Gemeinschaft bestätigt und verinnerlicht wird.

Die Musik der Nueva Canción behandelt – ganz in der Tradition der lateinamerikanischen Populärmusik⁶ und entgegen der überwiegenden Darstellungen, die sie zu einer „Protest- und Pamphlet-Musik“ reduzieren – ein breites Spektrum von Themen. Von den allerpersönlich-

³ Vgl. Said 2001, S.175 f.

⁴ Ich habe an anderer Stelle (Eichin 2013) das Verhältnis zwischen Musik und Gemeinschaft im Chile der Unidad Popular analysiert.

⁵ Er wird oft Allende selbst zugesprochen, war aber das Motto eines öffentlichen Treffens von Nueva Canción und Salvador Allende.

⁶ Deren Einfluss auf das Leben der Menschen ungleich höher als in Deutschland ist.

ten Empfindungen bis zu historischen Erfahrungen gesellschaftlicher Gruppen, über politische Pamphlete und Hymnen stellen sie ein Fundus an Reflexionen und Wissen dar, welches das Selbstverständnis der chilenischen Linken entscheidend mitgestaltet hat.

Hier soll nun ein Lied betrachtet werden, das sich spezifisch mit der Thematik des Exils befasst. Ob seine Transzendenz innerhalb der chilenischen Exilgemeinschaften darin begründet liegt, dass es explizit die Überwindung statt der Konstatierung der Verbannung ins Zentrum stellt, kann an dieser Stelle nur vermutet werden. *Vuelvo* der Gruppe Inti-Illimani sticht jedenfalls mit aller Deutlichkeit aus der großen Zahl von Liedern über das Exil hervor und markiert einen wichtigen Moment in der kulturellen Produktion der Exilgemeinschaft. *Vuelvo* ist Teil einer Arbeit, die darauf zielt, das Entsetzen abzuschütteln und in mehrerer Hinsicht bedeutende neue musikalische Wege beschreitet [Canción para matar una culebra, 1978].

Bevor wir uns jedoch mit dem Lied direkt auseinandersetzen, ist es wichtig zu bedenken, dass die Verarbeitung von Widersprüchen und Konflikten, die die Werke zu Ausdrucksformen ihrer Zeit machen, in ihrer tiefreichenden Bedeutung nicht auf dem ersten Blick wahrzunehmen sind. Erst durch eine analytische Betrachtung ist es möglich zu verstehen, was die innere Kohärenz des Werkes ausmacht und in welchem Verhältnis dies zu seiner Umwelt steht. Was hier rekonstruiert werden soll, ist nicht, was die Autoren mit dem Stück bewusst sagen wollten, sondern das, was durch das Stück tatsächlich ausgedrückt wird, was also strukturell und oftmals latent (im Gegensatz zu manifest) in dem Werk steckt. Da die Musik dabei eine entscheidende Rolle spielt, müssen wir den Text als Liedtext behandeln, weshalb es für das Verständnis der Argumentation von großem Vorteil ist, wenn sie nicht nur den anschließenden Text lesen, sondern das Lied auch hören (z. B. auf Youtube). Betrachten wir also *Vuelvo*.

Vuelvo (Ich kehre zurück)
[Patricio Manns – Horacio Salinas 1978]

*Con cenizas, con desgarros,
con nuestra altiva impaciencia,
con una honesta conciencia,
con enfado, con sospecha,
con activa certidumbre
pongo el pie en mi país.*

*Pongo el pie en mi país
y en lugar de sollozar,*

*de moler mi pena al viento,
abro el ojo y su mirar
y contengo el descontento.*

*Vuelvo hermoso, vuelvo tierno,
vuelvo con mi esperadura,
vuelvo con mis armaduras,
con mi espada, mi desvelo,
mi tajante desconsuelo,
mi presagio, mi dulzura,
vuelvo con mi amor espeso,
vuelvo en alma y vuelvo en hueso
a encontrar la patria pura
al fin del último beso.*

*Vuelvo al fin sin humillarme,
sin pedir perdón ni olvido:
nunca el hombre está vencido,
su derrota es siempre breve,
un estímulo que mueve
la vocación de su guerra,
pues la raza que destierra
y la raza que recibe
le dirán al fin que él vive
dolores de toda tierra.*

Vuelvo hermoso, vuelvo tierno ...

*Mit Asche und Wunden,
mit unserer vermessenen Ungeduld
einem reinen Gewissen,
mit Zorn und Argwohn,
mit reger Gewissheit
betrete ich mein Land.*

*Ich betrete mein Land
und anstatt aufzuschluchzen
und meine Trauer in den Wind zu stoßen,
öffne ich die Augen und ihren Blick
und halte meinen Unmut zurück.*

*Ich kehre schön und zärtlich zurück,
ich kehre zurück mit meinem steinigen Warten,
ich kehre zurück mit meiner Rüstung,
meinem Schwert, meiner Rastlosigkeit,
meiner resoluten Trostlosigkeit,
meiner Vorausahnung, meiner Sanftheit,
ich kehre zurück mit meiner dichten Liebe,
kehre zurück in Leib und Seele,
um das reine Vaterland wiederzufinden
an das Ende des letzten Kusses.*

*Ich kehre schließlich zurück, ohne mich zu erniedrigen,
ohne um Vergebung und Vergessen zu bitten:
der Mensch ist nie besiegt,
seine Niederlage immer flüchtig,
ein Anstoß in der Berufung,
für seinen Krieg,
denn die Rasse, die verbannt,
und die Rasse, die aufnimmt,
zeigen ihm letztendlich, dass seine Schmerzen
an jedem Ort zu finden sind.*

Ich kehre schön und zärtlich zurück ...

Die ersten Klänge der Gitarren, mit denen Vuelvo beginnt, haben einen betont ernsthaften Charakter. Stilistisch auf einer Tonada ruhend – eine stark in der chilenischen Musiktradition verwurzelten Liedform – verbinden sie somit in einer Art konzeptuellen Blende die rigorose emotionale Disposition, die der zwischen a- und e-Moll springende 6/8 Rhythmus erzeugt, mit einem Verweis auf Chile, der von allen, die mit chilenischer Musik vertraut sind, auf Anhieb wahrgenommen wird. Streng, gewichtig, zielstrebig und chilenisch beginnt Vuelvo.

In der nun einsetzenden Aufzählung der inneren Befindlichkeit des Zurückkehrenden sticht zunächst hervor, dass seine Charakterisierung gleich zu Beginn auf ein Uns rekurriert, welches auf dem kollektiven Empfinden einer selbstbewussten und stolzen Kampfbereitschaft beruhen soll. Von diesem Wir ausgehend, wird nun Zeile für Zeile eine innere Verfassung erkennbar, die sich in jedem ihrer Elementen direkt mit dem Leid der Verbannung, der zurückliegenden Niederlage von 1973 und der herrschenden Diktatur in Verbindung bringen lässt. In diesem Zustand und von einer „regen Gewissheit“ geleitet, auf die wir noch zurückkommen werden, wird die Verbannung bewusst herausgefordert.

An dieser Stelle vollzieht die Musik eine äußerst wichtige Bewegung, die wir berücksichtigen müssen, um die Architektur des Werkes zu verstehen. Die angesammelte Energie, die durch die Aufzählung der einzelnen Aspekte und der Direktheit und angespannten Entschlossenheit der Musik entsteht, scheint sich in der Aktion im Schluss der ersten Strophe zu entladen: die bisherige Strenge wird exakt im Verlauf des Wortes „país“ in die Helligkeit eines D-Dur Akkordes geführt, wodurch die entschlossene Aktion („betrete ich mein Land“) mit dem einsetzenden Motiv der Tiple (kolumbianisches Saiteninstrument) verbunden wird. Die Verwendung dieses Kontrastes im Verlauf des Liedes, produziert durch die Sinnhaftigkeit, die

im Zusammenspiel mit dem Liedtext entsteht, die primäre Bedeutung des Werkes.

So wird an dieser Stelle ein Versprechen der Auflösung wahrgenommen, gleichsam als erster Baustein einer zweiten, nicht explizit in Worte gefassten Narration, die auf emotionaler Ebene parallel zur rein textlichen Erzählung verläuft. Dieses Versprechen, das im metallischen Klang der Tiple transportiert wird, währt jedoch nur zwei Takte. Die kurze Figur wird sofort wieder in die rhythmisch-harmonische Strenge des Beginns der Strophe zurückgeleitet, wodurch jegliches Verweilen in dem Gefühl, das Ziel womöglich bereits erreicht zu haben, unterbunden wird.

Unter diesem Vorzeichen entwickelt sich die zweite Strophe, die von der Selbstkontrolle des Rückkehrers geprägt ist. Ohne sich den geringsten Ausdruck seines Schmerzes zu gestatten, verlangt er sich ein umfassendes Durchdringen der gegenwärtigen Situation ab. Selbst der infolgedessen aufkommende Zorn wird zurückgehalten, was von derselben Ernsthaftigkeit, die das Lied einleitet, musikalisch bestätigt und untermauert wird.

Doch diese an den Rand der Selbstverleugnung grenzende Haltung reibt sich nicht im geringsten mit der Komplexität der Persönlichkeit des Rückkehrers. In der dritten Strophe wird in einem deutlichen Kontrapunkt zwischen seiner Kampfbereitschaft und solchen Attributen wie „schön und zärtlich“, „Sanftheit“ und „dichter Liebe“ die Tatsache betont, dass der Zurückkehrende dies mit seinem ganzen Wesen tut, um zwei Ziele zu erreichen.

Dabei wird diesmal auf textlicher Ebene die Verheißung vorweggenommen, die musikalisch durch das Tiple schon einmal angedeutet wurde: Ganz gleich, ob das „reine Vaterland“ zu finden bedeutet, wieder an das Projekt der Unidad Popular anzuknüpfen – ein Gedanke, der 1978 sehr viel Kraft hatte – oder etwas abstrakter auf ein Chile anspielt, das den Verbannten so schmerzlich fehlt, das „reine Vaterland zu finden“ kann nur über die Überwindung der Pinochet-Diktatur gelingen. Erst dann könnte die Illusion verwirklicht werden, an das „Ende des letzten Kusses“ zurückzukehren, in Leib und Seele – ohne Krieg und als ob die Zeit stehen geblieben wäre.

Das Motiv der Tiple, das beim Betreten des Landes sofort in Disziplin übergang, wird nun entwickelt. Dreimal wiederholt sich die helle Figur, die das Wort „país“ unterstrichen hatte, bevor die Gitarren in einen Galopp übergehen, der, wie so viele rhythmische Elemente der chilenischen Gitarre, den Bewegungen des Reiters nachempfunden ist. In Kombination mit Schwert und Rüstung erscheint eine archetypische Figur, zu der Patricio Manns, der Verfasser des Textes, eine besondere Affinität hat (El cautivo de Til-

Til, Arriba en la cordillera, et cetera). Unter dem gedämpften Dröhnen der Pauken geht dieser Ritt des Helden in einen kurzen Moment der Hoffnung über, um letztendlich doch wieder an das strenge Initialmotiv zu gelangen.

In diesem kurzen und rein musikalischen Zwischenspiel, das mehr als nur eine Überleitung zwischen den Strophen ist, wird die gesamte Epik der imaginierten Rückkehr vorgeführt. Der abschließende Anschluss an das Initialmotiv, dass nun klar als Aufbruch in den Kampf gelesen werden kann, weist auf eine lange und schwierige Auseinandersetzung hin, für die der Rückkehrende, wenn er nicht direkt zum Krieger wird, mindestens einige seiner zentralen Eigenschaften übernehmen muss. Der Beginn der letzten Strophe ist in dieser Hinsicht eindeutig: Jede Möglichkeit einer Rückkehr, die dem Konflikt ausweicht und jedwede Einigung, die ein Vergessen der Geschehnisse impliziert, wird als Demütigung angesehen, die kategorisch abgelehnt wird.

Dabei leitet ihn die „rege Gewissheit“, von der zu Beginn die Rede war und die nun im Chor vorgetragen wird, um den Wahrheiten Nachdruck zu geben, die dem Rückkehrenden seine historische Rolle und Verantwortung deutlich machen. Zentral dabei ist der Ursprung der „Berufung seines Krieges“. Es ist die 1973 erlittene Niederlage, die – in einer sehr gängigen historischen Interpretation der chilenischen Ereignisse – auf seiner Friedfertigkeit beruhte, die den Anstoß für die Transformation des Rückkehrenden darstellt. In der Wiederholung der Strophe kehrt er in „Schönheit und zärtlich“ zurück, dabei vom Galopp der Gitarren begleitet: der Rückkehrende kann sich mit all seinen Attributen in den Kampf begeben, es gibt keinen essentiellen Widerspruch mehr zwischen Lieben und Töten. Für den Erfolg dieser Veränderung bürgt die Musik, indem sie das helle Motiv der Tiple nicht mehr in die Pflicht zurückführt, sondern in der Auflösung verbleibt.

Verbinden wir dies mit den historischen Ereignissen, die den Kontext von *Vuelvo* ausmachen. 1978 waren alle Hoffnungen jener zunichtegemacht, die mit einem schnellen Ende der Diktatur rechneten oder die Möglichkeit einer Verhandlung mit dem Regime in Betracht zogen. Zum Zeitpunkt der Aufnahme des Liedes kämpften bereits Hunderte, vor allem in Cuba ausgebildete chilenische Offiziere in Nicaragua und zwei Jahre später erklärte der Generalsekretär der chilenischen Kommunistischen Partei Luís Corvalán aus dem Moskauer Exil den bewaffneten Widerstand gegen die Diktatur für legitim.

Doch so spannend und aufschlussreich der Prozess der Veränderung ist, den die Verfechterinnen und Verfechter des „chilenischen Weges zum Sozialismus“ (der in einem weitgehend friedlichen Übergang zum Sozialismus be-

stand] durchlaufen mussten, und über den die Repräsentation der Rückkehr in *Vuelvo* viel mehr zu sagen vermag, als hier darzustellen möglich ist, ist es nicht diese Subjektivierung, die uns hier interessiert. Wir werden uns also weder mit den Männlichkeitsbildern befassen, die hier konstruiert werden, noch um die Unerreichbarkeit des Anspruchs kümmern, den die Rückkehrenden an sich selbst stellen. Weder die Frage der Gewalt, noch das Thema der Schuldgefühle, die so manche der im Lied aufgezählten Attribute nährt, können wir hier vertiefen. Aus der Perspektive der Exil-Erfahrung der zweiten Generation interessiert uns in erster Linie die Alternativlosigkeit der Rückkehr, die hier so überzeugend vermittelt wird. In *Vuelvo* bekommt das allgemeine Verlangen nach Rückkehr, das das Leben der Gemeinschaft im Exil prägt, eine besondere Dringlichkeit. Die eigene Sehnsucht wird in den Kontext eines Kampfes gestellt, auf den alles ankommt. Es ist der Verlauf der Geschichte der auf dem Spiel steht, Exil und Rückkehr wird nicht als Einzelschicksal wahrgenommen, sondern als Teil einer notwendigen Etappe auf dem Weg in eine bessere Welt. Die Rückkehr wird zur Mission und je militanter (im politischen Sinne) die Gemeinschaft, desto klarer wird dieser Auftrag, dem sich alles andere unterzuordnen hat.

Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, was das für Auswirkungen für das gewöhnliche Leben im Exil besitzt. Immer in Beziehung zur Heimat gesetzt, finden die Erfahrungen der ersten Generation in einer Art Zwischenraum statt, der in Funktion des Exils existiert. Gelman drückt es sehr treffend aus, wenn er sagt, dass die erste Pflicht des Exilanten darin besteht, sein Exil nicht zu vergessen. In den Erzählungen und Reflexionen über das Leben im Exil wird entsprechend die gewöhnliche und alltägliche Erfahrung ausgeblendet und unsichtbar gemacht. Die Zeit des Exils wird überbrückt, reduziert oder, wie in *Vuelvo*, gar nicht erst erwähnt.⁷

In den Liedern, die aus der Exilerfahrung hervorgegangen sind, findet sich dieses Verhältnis zur Alltäglichkeit und die Notwendigkeit der Rückkehr vom ersten bis zum letzten Moment der Verbannung. Betrachten wir kurz einige Auszüge weiterer wichtiger Lieder, diesmal auf rein textlicher Ebene. In Isabel Parras *Ni toda la tierra entera* aus dem Jahr 1974 finden wir folgende Sätze (Auszüge):

⁷ Dieselbe Strategie findet sich übrigens auch in Interviews mit „Zurückgekehrten“ („Retornados“ ist die Bezeichnung, die im chilenischen Sprachgebrauch üblich ist). In ihren Darstellungen über das Exil sprechen sie zumeist entweder von ihrer Ankunft oder dem Wegzug aus dem Land, in dem sie im Exil waren oder über außerordentliche Erfahrungen, die unmittelbar mit Chile verbunden waren, lassen aber sonstige Erfahrungen unerwähnt. (Ich verdanke diesen Hinweis der chilenischen Sozialpsychologin Evelyn Hevia.)

...

*A pesar de lo que digan
no me olvido, compañero,
de que el pan que me alimenta
siempre será pan ajeno.*

*Quisiera estar en mi puerta
esperándote llegar.
Todo quedó allá en Santiago,
mi comienzo y mi final.
Si me quedara siquiera
el don de pedir un sí
elegiría la gloria
de volver a mi país.*

...

*Gleich was gesagt wird, Genosse,
vergesse ich nicht,
dass das Brot, das mich ernährt,
immer fremdes Brot sein wird.*

*Ich stünde so gerne an meiner Tür
darauf wartend, dass du kommst.
Alles ist in Santiago zurückgeblieben,
mein Anfang und mein Ende.*

*Wenn mir wenigstens die Gabe bliebe
etwas wünschen zu dürfen,
würde ich das Glück wählen,
in mein Land zurückzukehren.*

Auch bei Patricio Manns, der lange vor Inti-Illimani eine der wichtigsten Figuren der Nueva Canción war, stoßen wir in *Cuando me acuerdo de mi país*, auf die Mission der Rückkehr und auf verschiedene Wege, das Hier und Jetzt aufzuheben:

...

*Cuando me acuerdo de mi país
me escarcho y estoy.*

*Cuando me acuerdo de mi país
me muero de pan,
me nublo y me voy,
me aclaro y me doy,
me siembro y se van,
me duele y no soy,
cuando me acuerdo de mi país.*

*Cuando me acuerdo de mi país
naufrajo total.*

*Cuando me acuerdo de mi país
me nieva la sien.*

...

*Cuando me acuerdo de mi país
me calzo el deber,
me ofusco gentil,
me enciendo candil,
me encrespo de ser,
despierto fusil,
cuando me acuerdo de mi país.*

...

*Wenn ich an mein Land denke,
begreife ich und verharre.*

*Wenn ich an mein Land denke,
sterbe ich vor Brot,
verwolke ich und gehe,
werde ich klar und gebe mich hin,
säe ich mich selbst und werde verlassen,
habe ich Schmerzen und existiere nicht,
wenn ich an mein Land denke.*

*Wenn ich an mein Land denke,
ist es völliger Schiffbruch.*

*Wenn ich an mein Land denke,
werden meine Schläfen zu Schnee.*

...

*Wenn ich an mein Land denke,
kleide ich mich in Pflicht,
verdunkle ich sanft,
beginne ich zu leuchten,
verraut mich vor Sein,
erwache ich als Gewehr,
wenn ich an mein Land denke.*

Und noch im Moment der tatsächlichen Rückkehr, in diesem Fall der Gruppe Illapu, finden sich Verweise auf das Leben im Exil als eine verlorene Zeit:

*Vuelvo para vivir (Ich kehre zurück, um zu leben)
Andrés Márquez 1988*

*Vuelvo a casa, vuelvo compañera,
vuelvo mar, montaña, vuelvo puerto,
vuelvo sur, saludo a mi desierto
vuelvo a renacer, amado pueblo.*

*Vuelvo, amor vuelvo
a saciar mi sed de ti.*

*Vuelvo, vida vuelvo
a vivir en mi país.*

*Traigo en mi equipaje del destierro,
amistad fraterna de otros pueblos.
Atrás dejo penas y desvelos,
vuelvo por vivir de nuevo entero.*

...

*Ich kehre heim, ich komme zurück, Gefährtin,
Meer, Gebirge, Hafen,
ich kehre zurück, Süden, ich begrüße meine Wüste,
ich werde wiedergeboren, geliebtes Volk.*

*Ich komme zurück, Liebste,
um meinen Durst an dir zu stillen.
Ich kehre zurück, mein Leben, ich kehre zurück,
um in meinem Land zu leben.*

*In meinem Gepäck der Verbannung
bringe ich brüderliche Freundschaft anderer Völker.
Zurück lasse ich Leiden und Rastlosigkeit,
kehre zurück um wieder ganz zu leben.*

...

Trotz der Anerkennung der Freundschaften, die im Grunde auf einer etwas unpersönlichen Ebene der Völker gemacht wurden, dominiert das Bild der „Wiedergeburt“, des Zurücklassens von „Leiden und Rastlosigkeit“ um „wieder ganz zu leben“, das an den Jubel geknüpft wird, wieder im eigenen Land zu sein. Von Manns und Parra bis Inti-Ilimani und Illapu gibt es also eine Kontinuität, die ihre Konstanz aus der Art und Weise bezieht, wie ein großer Teil der Exilgemeinschaft, zu der all diese AutorInnen gehörten, ihr Leben gelebt und vorgestellt hat.⁸ Ob Pflicht oder verzehrendes Verlangen, episch, intim, depressiv oder jubelnd, kunstvoll instrumentiert oder nur mit Gesang und Gitarre, wir stoßen immer wieder auf dieselbe Vorstellung, die in verschiedenen Variationen ausgedrückt wird. Um wieder „ganz zu leben“, kein „fremdes Brot“ mehr zu essen oder wieder lieben zu können, musste man nach Chile zurück.

Diese so nachvollziehbare Überzeugung, die eine kaum zu überschätzende Rolle für die erste Generation spielt, wirkt ebenso auf das Leben der zweiten, allerdings mit einer entscheidenden Differenz. Der Bruch in der eigenen Geschichte, das Exil als Zäsur zwischen Vergangenheit und Gegenwart, von der zu Beginn des Textes die Rede war, existiert nicht als tatsächliche Erfahrung im Leben der zweiten Generation. Der Satz „Alles ist in Santiago zurückgeblieben, mein Anfang und mein Ende“ trifft gerade nicht auf deren Biographien zu. Auch die Strategie, das

Exil als „Zwischenraum“ zu betrachten, als Etappe, die irgendwie zu überwinden ist, um nach der Rückkehr wieder zum Leben zu erwachen, ist naheliegend und sie wurde auch sehr oft gewählt. Sie impliziert aber eine Gewalt gegen die zweite Generation, die wir rekonstruieren können, wenn wir das bisher Gesagte zusammenfügen.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Rückgriff auf die eigene Kultur durch die Exilgemeinschaft ihren Kindern ermöglichte, eine Identität zu erlangen, die sie in Einklang mit ihren Familien brachte und die ihnen auch durch ein Umfeld abverlangt wurde, dass sie mit großer Selbstverständlichkeit als „Ausländer“ betrachtete. Doch dieser Prozess endete nicht im Erlernen der Sprache, der Tänze und Lieder oder Teilen einer Eigenart, die wir als „chilenisch“ bezeichnen können.⁹ Er bedeutete auch die Identifikation mit den Inhalten und Werten, die diese Kultur vermittelte und die so wichtig für die erste Generation waren. Das Problem jedoch, das entsteht, wenn eine Gemeinschaft die Gegenwart als nichtig definiert, ist unausweichlich. Für die Kinder des Exils war weder das Brot, noch der Regen oder der Fluss, der durch ihre Stadt floss, fremd. Die Jugendlichen mussten nicht nach Santiago, um sich zu verlieben, die Adoleszenz war alles andere als das Nicht-Leben, als welches das Exil vom Großteil der Elterngeneration wahrgenommen und vermittelt wurde. Aussagen wie „ich kehre zurück, um zu leben“, „ich existiere nicht“, „ich werde wiedergeboren“ reduzieren das Leben außerhalb Chiles auf ein Nichts, das höchstens aus „Asche und Wunden“ besteht. Und in ihrem Wunsch, so zu sein wie die Erwachsenen im allgemeinen und ihre Eltern insbesondere, hat ein großer Teil der zweiten Generation sowohl die Mission der Rückkehr als auch dieses Verhältnis zur eigenen Erfahrung verinnerlicht.

Somit beginnt das Exil, eine eigene Subjektivität zu produzieren. Es ist klar, dass die Annullierung der eigenen Erfahrung nichts mit dem zu tun hat, was die erste Generation ihren Kindern vermitteln wollte, noch das dies von

⁸ Selbstverständlich gab es ExilantInnen, die andere Wege gefunden haben. Davon gibt es aber in der wichtigsten kulturellen Ausdrucksform des Exils kaum Zeugnisse. In Palimpsesto, der LP Inti-Ilimani nach Canción para matar una Culebra, findet sich ein Lied, in dem eine Reflexion über das Leben im Exil zu finden ist, die das Thema der Alltäglichkeit behandelt. Bezeichnenderweise ist Da una finestra aperta jedoch auf italienisch, als müsste die Sprache gewechselt werden, um Sätze zu sagen wie „ma cosa fa nel mercato mio figlio giocherellando in italiano?“ oder „lo volevo partire/partire non è permesso/in tanto farò del vostro il mio tempo.“

⁹ Dies wurde sehr deutlich im Workshop, der diesem Text zugrunde liegt. Während der Arbeit an Vuelvo, stellte sich heraus, dass ein Teil der Leute gewisse Passagen als »pathetisch« empfand, was von einem anderen vehement verneint wurde. (Die einen waren „Deutsche“, die anderen hatten „Exilhintergrund“, sie dürfen raten, wer welche Position vertrat.) Das Interessante bei der Sache ist, dass hinter dieser harmlosen Anekdote die Tatsache steckt, dass die Kinder des Exils eine erkennbare Sensibilität gegenüber bestimmten kulturellen Signalen entwickeln konnten, auch wenn sie in einem Umfeld aufgewachsen waren, dass die gleiche Information anders interpretierte.

Letzteren bewusst wahrgenommen wird. Aber in der Bemühung, ihnen ihre chilenischen Wurzeln lebendig zu erhalten, öffnet sich der Spalt, durch den die Verarbeitung des Traumas der Eltern ins Unterbewusstsein der Kinder sickert. Während das Exil die erste Generation von ihrer Vergangenheit trennt, indem es sie von ihrem Territorium verbannt, trennt es die zweite Generation von ihrer Geschichte, indem es das Territorium entwertet, in welchem sie ihre Erfahrung lebt.

Die unausweichliche Wirkung, die vom Exil auf das Leben der Einzelnen ausgeht, besteht also in der Spannung, die es zwischen der affektiv-familiären Erinnerung und der alltäglichen Erfahrung, die an den Ort des Exils gebunden ist und die wir hier territoriale Erinnerung nennen wollen, etabliert. Der spiralförmige Konflikt, in dem sie sich befinden, endet auch nicht nach der »Rückkehr« nach Chile. Für die zweite Generation bedeutet sie nicht das vermeintliche Ende des Exils im Sinn einer Aufhebung seiner Wirkung. Viel mehr beginnt nun ein inneres, individuelles Exil deutlich zu werden, das in der Verneinung der eigenen Erfahrung wurzelt. Solange nicht beide Erinnerungen akzeptiert werden, ohne sie gegeneinander auszuspielen, wirken die Kräfte des Exils uneingeschränkt weiter.

Roberto und sein Cousin Lino spielen im Garten mit Matsch. Es ist einer der letzten sonnigen Tage des Sommers 2013. Durch das offene Fenster höre ich, wie sie über eine Suppe beraten, die sie in einem alten Topf kochen wollen. "Tocino! Ok, Lino? Tocino?" schlägt Roberto vor, aber Lino lehnt ab: "Das schmeckt mir nicht!" Sie einigen sich auf Haifisch und Eis. Nach einer Weile schallt es aus dem Hof:

„Papa, i' muss Pipi!“

„Ya, vamos al Baño hijito!“

Wir überqueren die Diele und Roberto sagt: „Luz, Papa.“

Ich mache das Licht an, wir sind gut gelaunt, einfach so.

„Te pongo la cosa para sentarte en el baño?“

„Töpfchen, papa!“

„Ah, prefieres sentarte en la pelela mejor?“

„Ja, Töpfchen, papa!“

Er wird ungeduldig und macht Anstalten, es sich selber zu holen, weshalb ich beschließe zu erklären: „Si hijito, si te la doy al tiro, Töpfchen es en aleman, pero, ehh, nosotros hablamos en español y en español es pelela.“ Ich bin nicht sehr zufrieden mit der Erklärung, denn der Hinweis auf die Sprache erscheint mir zu abstrakt und wird ihn wahrscheinlich verwirren.

„Töpfchen, Papa!“

„Si, tu tienes razón hijito,“ – ich muss ein wenig schmun-

zeln angesichts seiner Hartnäckigkeit – „en aleman es Töpfchen, pero en Chile se dice pelela.“

Roberto betrachtet mich einen Moment, streckt den Kopf ein wenig nach vorne und sagt mit glockenklarer Stimme: „Fraaankfuuurt, Papa!“

Frankfurt/Santiago 2013-2014

Literatur:

Eichin, Pavel: „Der Klang der Utopie. Lieder und Gemeinschaft im Chile der Unidad Popular“, in: Baer, W. /Dellwo, K.-H. (Hrsg.): Bibliothek des Widerstands, Bd. 28: Salvador Allende und die Unidad Popular, Hamburg 2013, S. 267 – 301.

Gelman, Juan: Bajo la lluvia ajena (notas al pie de una derrota), Barcelona – Madrid 2009.

Said, Edward W.: „Reflections on Exile“ in: Reflections on Exile and Other Essays, Cambridge 2001, S. 173 –187.

Pavel Eichin ist als Sohn einer chilenischen Exilfamilie in Frankfurt am Main geboren. Er lebte von 1991 bis 2005 in Santiago de Chile, wo er als Toningenieur und Musikproduzent arbeitete. Seit 2005 wieder in Frankfurt studierte er hier Soziologie. In der letzten Phase des Studiums beginnt er mit Liedanalysen zu experimentieren. Zur Zeit ist er in Chile und Deutschland im Bereich der Kulturanalyse tätig.

Der Kampf gegen Straflosigkeit in Chile

Die Vereinigung zur Verbreitung und Verteidigung der Rechte des Volkes (CODEPU).



Der medico Partner Corporación de Promoción y Defensa de los Derechos del Pueblo (CODEPU) leistet Unterstützung für die Überlebenden der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur in Chile, insbesondere für diejenigen, die aufgrund der mangelhaften Aufarbeitung noch keine „Wiedergutmachungsleistungen“ erhalten haben: Folteropfer, politische Gefangene, Menschenrechtsverteidiger etc. CODEPU arbeitet in der psychosozialen Beratung von Opfern von Menschenrechtsverbrechen, in Bildungsinitiativen über das Thema Menschenrechte, in der Recherche, Dokumentation und Veröffentlichung von Menschenrechtsverstößen, und sie begleitet Opfer schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen juristisch.



Seit Mitte der 1980er Jahre unterstützt medico kontinuierlich die Arbeit der chilenischen Menschenrechtsorganisation CODEPU. Neben ihrem Einsatz für die juristische, gesellschaftliche und psychosoziale Aufarbeitung der Diktaturverbrechen hat CODEPU die Verteidigung von Minderheitenrechten immer als Arbeitsschwerpunkt gesehen. Daraus entstanden ist eine langjährige Arbeit mit den Mapuche.

Diese Arbeiten können Sie unterstützen unter dem Stichwort: Chile.



medico international
 Spendenkonto 1800
 BLZ 500 502 01
 Frankfurter Sparkasse
 BIC: HELADEF1822
 IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
 Stichwort: Chile
 Onlinespenden: www.medico.de/spenden



medico international

Der Verein

Seit mehr als 40 Jahren leistet medico international Hilfe für Menschen in Not und arbeitet an der Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung. In Solidarität mit den Ausgegrenzten und Marginalisierten im globalen Süden setzt sich medico für menschenwürdige Lebensverhältnisse ein, die ein Höchstmaß an Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit ermöglichen. Kernpunkt ist dabei die Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika, die medico in ihrem Kampf für bessere Lebensbedingungen unterstützt. Da das Ziel nicht darin besteht, Not und Gewalt nur zu lindern, sondern ihre Ursachen zu überwinden, leistet medico eine aktive Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit gegen globale Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse. 1997 wurde die von medico international initiierte Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

www.medico.de

Die Stiftung

Gesellschaftliche Veränderungen brauchen solidarisches Engagement, Zeit und Ausdauer. Die stiftung medico international wurde 2004 gegründet, um die Arbeit von medico und deren Unabhängigkeit in der Zukunft zu sichern. Aus den Zinserträgen ihres Vermögens fördert sie Projekte des Vereins und setzt sich so für mehr globale Gerechtigkeit und die Verwirklichung des universellen Menschenrechts auf Gesundheit ein. Förderschwerpunkte sind die Unterstützung einer globalen Gesundheitsbewegung, die Entwicklung von psychosozialer Arbeit und die Stärkung der Rechte von Menschen, die Opfer von Folter, Krieg und Katastrophen sind.

www.stiftung-medico.de



medico international

Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt/Main
Tel.: [069] 944 38-0
Fax [069] 43 60 02

info@medico.de
www.medico.de



stiftung

medico international